
Schweizerische Zeitschrift für Soziologie

herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie
mit Unterstützung der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft
(Schweizerische Akademie der Geisteswissenschaften)

Revue suisse de sociologie

publiée par la Société suisse de sociologie
avec l'aide de la Société suisse des sciences humaines
(Académie suisse des sciences humaines)

Inhaltsverzeichnis/Table des matières

Editorial/Editorial 323

J.-P. GARBADE

L'action éducative de la peine 335

J. BINDER

Multidimensionale Analyse von kategorialen Daten: log-lineare Modelle 365

L. GILLIOZ

Les pratiques infirmières en psychiatrie: approche sociologique 381

F. HÖPFLINGER

Zur Interessenorientierung kaufmännischer Angestellter. 399

ATELIER: H. GESER

Berufliche Probleme und Chancen schweizerischer Soziologieabsolventen 415

P. ZEUGIN

Soziologie – schlechte Berufschancen? 416

R. LEVY & R. RITSCHARD

Absolventenbefragung 422

Buchbesprechungen/Bibliographie critique 437

Summaries in English 453

Index 455



Editions Georgi

EDITORIAL

Schon verschiedentlich hat das Redaktionskomitee der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie Standortbestimmungen aufgenommen, um die realisierte Diffusion des wichtigsten Kommunikationsinstruments der Schweizer Soziologen kurz abzuklären. Es sollen auch hier wieder signifikante Fakten über die gesamte Publikation durch die Zeitschrift vorgestellt werden. Dies geschieht jedoch nicht, um schon bekannte Tatsachen zu wiederholen, noch um einer narzistischen Tendenz zu genügen, die darin bestünde, die Zeitschrift als einseitiges Fragenobjekt hinzustellen.

Gerade weil sie eines der sichersten Indizes des Standes der Soziologie in der Schweiz ist, soll die kurze Beschreibung der bisher geleisteten Veröffentlichungen dazu dienen, gewisse Tendenzen hervorzuheben, deren Kenntnis für jedwelche Redaktionspolitik unabdingbar ist. Wir kommen auf diesen letzten Punkt nochmals zurück, nachdem einige Daten über die Publikationsarbeit der Zeitschrift festgehalten worden sind.

1. EINIGE CHARAKTERISTIKEN DER VERÖFFENTLICHTEN SOZIOLOGISCHEN PRODUKTION

Die hier vorgestellten Daten beziehen sich auf alle Nummern der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie, die bisher erschienen sind, Nr. 1, 1979 inbegriffen.

1.1. Die Zeitschrift hat seit ihrer Gründung 107 Artikel, mit insgesamt 2060 Seiten publiziert; 107 Autoren zeichneten als Verfasser.

1.2. Hinsichtlich der Produktion von Artikeln und des Ausmasses ihrer Ausbreitung tritt deutlich hervor, dass die Zeitschrift vorwiegend das Organ der Schweizer Soziologen ist. In der Tat haben nur 4 ausländische Verfasser ihre Arbeiten in unserer Zeitschrift veröffentlicht. Autoren, die anderen Richtungen angehören als der Soziologie (ungefähr zwanzig; die genaue Anzahl ist schwerlich zu erstellen), haben vor allem in den "Ateliers" oder in thematischen Nummern mitgearbeitet, folglich meistens nach direkter Aufforderung und Einladung der Verantwortlichen dieser Rubriken.

1.3. Die regionale Verteilung zeigt zwei Hauptproduktionsgebiete von Artikeln auf:

	Anzahl Artikel	Anzahl Seiten
Genf	33	727
Zürich	31	597
Lausanne	16	269
Basel	8	151
Bern	7	119
Aarau	2	20
Freiburg	1	21
Neuenburg	1	26
Andere (Tessin, Ausland)	8	130

In die Gebiete geringer soziologischer Produktion fallen somit Neuenburg, Freiburg, ja sogar Bern und Basel. Man müsste dazu auch Sankt-Gallen zählen, sowie andere Regionen, die nur wenig oder gar nicht vertreten sind (Ausland, mit 4 Autoren und 4 Artikeln).

1.4. Die Mehrheit der Verfasser gehörten zur Zeit der Publikation ihrer Artikel den soziologischen Instituten und Abteilungen der Universitäten an: 74 Autoren waren in dieser Stellung; 33 arbeiteten in anderen Organismen. Hier fallen ebenfalls regionale Unterschiede auf: in Zürich und Lausanne liefern die Universitäts-Institute mehr Publikationen als andere Forschungsstellen. Das Gegenteil ist in Genf der Fall.

	Anzahl Artikel	Anzahl Seiten
<i>Zürich:</i>		
Soziologisches Institut	20	379
Andere Institute	11	216
<i>Lausanne:</i>		
Institut communication		
Section sociologie, EPUL, IES	11	207
Andere	5	62
<i>Genf:</i>		
Département de sociologie	11	258
Andere Institute und Abteilungen	22	466

In Basel und Bern weisen die Autoren, die nicht dem soziologischen Institut angehören, eine geringe Uebersetzung auf.

1.5. Auf die Gesamtheit der veröffentlichten Artikel bezogen, werden gewisse Teilgebiete der Soziologie ganz deutlich privilegiert (die folgenden Gruppierungen,

obwohl teilweise fragwürdig, weisen auf gewisse Tendenzen hin); andere hingegen treten nur selten oder gar nicht auf.

	Anzahl Artikel	Anzahl Seiten
Soziologie	26	306
Theoretische Ausrichtung	9	108
Soziologische Forschung	4	17
Methodologie	7	143
Soziologen	1	6
Schweizerische Gesellschaft für Soziologie	5	32
Devianz, Marginalität	16	389
Religion	12	178
Ökologie, Raumplanung	9	195
Soziale, ökonomische, kulturelle Stratifikation	8	238
Sozialarbeit	8	63
Politische Soziologie	6	122
Wirtschafts-Soziologie, Entwicklung	5	144
Kultur, Kunst	4	134
Organisationen	3	55
Rechtssoziologie	3	63
Minderheiten, Ausländer	2	59
Familie, Sozialisierung	2	54
Medizin	1	23
Alter	1	16
Psychosozialogie	1	21

Die Fakten, welche schon mehrmals von den Verantwortlichen des Verzeichnisses der laufenden soziologischen Forschungen in der Schweiz und vom Redaktionskomitee der Zeitschrift hervorgehoben wurden, haben sich kaum verändert: über gewisse soziologische Gebiete werden nur selten Studien veröffentlicht, ja sind überhaupt nicht vertreten.

Dazu muss die Soziologie des Rechts, der Kultur, der Medizin, der Arbeit, des Wissens, des Alters gezählt werden. Die Wirtschaftssoziologie ist eher auf Verhältnisse zwischen Industriemächten und Entwicklungsländer ausgerichtet als auf ökonomische Problemstellungen in den Industrieländern selber oder in der Schweiz. Wenige Arbeiten sind erschienen, in denen politische Kräfte (Parteien, Gruppen), Gewerkschaften (Arbeiter, Angestellte, Arbeitsgeber), sowie Vertreter verschiedener sozialer Interessenskreise und ihre Organisationen analysiert werden.

Zweifellos können die an verschiedenen Orten unternommenen Studien kurz- oder mittelfristig Publikationsmaterial liefern und somit einige Lücken wenigstens teilweise schliessen (Medizin, Alter, z.B.).

Die oben gemachten Feststellungen drängen jedoch die Frage einer in der Zeitschrift ausgeglichener Vertretung der in der schweizerischen Soziologie praktizierten Verschiedenheiten der Forschungen und Standpunkte auf.

Die Zugehörigkeit zu einem soziologischen Institut oder einer Forschungsabteilung ist deutlich eine der Vorbedingungen für die Verfassung von Artikeln. Die anderswo ausgeführten soziologischen Arbeiten führen nur selten zu Veröffentlichungen im Rahmen der Zeitschrift. Sicher kann man dabei Gründe anführen, die sich auf diesen Soziologen eigenen Partikularitäten ihrer beruflichen Funktionen und auf die Verschiedenheit ihrer Interessen abstützen. Zudem müssen auch die Auswirkungen angeführt werden, welche die Zeitschrift als solche und ihre dominanten Facetten determiniert haben.

2. FÜR EINE REDAKTIONSPOLITIK

Die genauer untersuchende Studie der schweizerischen Soziologieproduktion, wie sie sich durch ihre Veröffentlichung in der Zeitschrift darstellt, würde eine umgehende Analyse der verschiedenen Typen der Artikel sowie der Kriterien erfordern, welche über Annahme oder Zurückweisung der vorgelegten Arbeiten entscheiden. Dies ist jedoch nicht unser Ziel. Wir beschränken uns hier darauf, einige Tendenzen zu charakterisieren und die wichtigsten Züge einer praktizierbaren Redaktionspolitik anzugeben.

Erstens das fast vollständige Ausbleiben ausländischer Autoren (sie publizierten vorwiegend in den ersten Nummern) hat zweifellos den Rückzug der soziologischen Produktion innerhalb des Landes begünstigt und eine stärkere Konfrontierung mit anderen theoretischen und empirischen Orientierungen und Gebieten verhindert. Die Zeitschrift hat seit ihrem Bestehen die Schweizer Autoren und die schweizerischen soziologischen Objekte begünstigt. Mehr und mehr jedoch produzieren allein Schweizer über schweizerische Fragen auf Grund schweizerischer Interessen. Das Redaktionskomitee diskutiert momentan über verschiedene Mittel, die zur Oeffnung und zur Diverzifizierung beitragen: Aufforderungen an mögliche Verfasser; thematische Nummern über in der Schweiz ungenügend publizierte Problemstellungen; Einführung neuer Rubriken, die sich mit aktuellen Fragen und Debatten befassen; engere Zusammenarbeit mit Soziologen, welche auf gewissen, in der Schweiz wenig untersuchten Gebieten spezialisiert sind.

Die zweite Tendenz ist durch eine zunehmend ausgeprägtere Konformität gegenüber akademischen Masstäben gekennzeichnet. Unbestritten tendiert eine spezialisierte Zeitschrift dahin, jene Kriterien zu handhaben, welche Problemstellungen, Methoden, Interpretationen von Daten aufgrund akademischer und universitärer Interessen privilegieren. Gegen diese Nivellierung zu einer mittleren (wenn nicht mittelmässigen) soziologischen Tendenz ist es nötig, die wichtigsten Orientierungsprinzipien und Funktionen der Zeitschrift hervorzuheben, nämlich die Intensivierung des Austausches zwischen den Soziologen und zwischen ihnen und andern interessierten Kreisen, der Beitrag zur Entwicklung und zum Aufbau soziologischen Wissens, ob sich dieses auf die Humanwissenschaften, auf soziale Systeme

oder auf politische, ökonomische, soziale, kulturelle Fragen und Probleme bezieht.

Diese Optik der Redaktionspolitik beinhaltet demnach, dass die Zeitschrift offen ist für integrierte Artikel, wie auch für polemische und konfliktuelle Arbeiten; für akademische Beiträge und für neuere, risikofreudigere Veröffentlichungen. Zudem sind keine soziologischen Gebiete ausgeschlossen: Methodologien, Theorien, spezifische Teilgebiete, kritische Abklärungen oder Bibliographien bezüglich des Standes eines bestimmten Kreises der Soziologie.

Endlich soll eine Anzahl anderer Mittel genannt werden, welche die Funktionen der Konfrontierung und der Debatte der Zeitschrift fördern. Das Schaffen neuer und wechselnder Rubriken wurde schon genannt. Anfügen möchten wir die Möglichkeit von Stellungnahmen zu publizierten Artikeln, sowie Repliken der Autoren; die Akzentuierung der Profile und der Abgrenzungen der Artikel; die eindeutigere Position des eingenommenen Standpunktes. Dadurch kann vermieden werden, dass die Verfasser eine Gesamt-Risikoversicherung gegenüber der Bewertung durch das Redaktionskomitee einhandeln, die darin besteht, gestellte Problematiken und angeführte Analysedaten zu verniedlichen; jeder Spezifität und jeder Partialität vorzubeugen und die Zugehörigkeit und die Referenzen zu verschiedenen Richtungen und Schulen anzuhäufen, um sie alle zu neutralisieren.

Die hier skizzierte Stellungnahme will nicht einseitig Partei ergreifen. Sie möchte im Gegenteil neue Impulse hervorrufen, um die der Zeitschrift eigenen Funktionen der Instrumentalität für die Soziologie, in der Schweiz im besonderen, zu verstärken. Die verschiedenen angeregten Mittel sind in dem Sinne eine Anfangsphase, welcher später, je nach gemachter Erfahrung, neue folgen können.

Werner Fischer

EDITORIAL

A plusieurs reprises, le comité de rédaction de la Revue suisse de sociologie a procédé à des mises au point pour évaluer le travail de diffusion réalisé par ce principal support de communication pour les travaux sociologiques suisses que représente la Revue. Si on se livre ici à un nouveau repérage de quelques faits significatifs concernant l'ensemble des articles publiés par la Revue depuis sa création, ce n'est ni pour répéter des constatations déjà faites, ni pour satisfaire une tendance narcissique consistant à prendre la Revue comme objet d'interrogations. Parce que cette dernière est sans doute un des indicateurs les plus sûrs de l'état de la sociologie en Suisse, la description du travail de publication accompli doit permettre de dégager certaines tendances dont la connaissance est indispensable si l'on veut mener une quelconque politique rédactionnelle. Nous reviendrons sur cette question quand nous aurons établi quelques données relatives à la publication réalisée par la Revue.

1. QUELQUES CARACTERISTIQUES DE LA PRODUCTION SOCIOLOGIQUE DIFFUSEE

Les faits présentés ici se réfèrent à l'ensemble des numéros de la Revue suisse de sociologie parus à ce jour, y compris le No 1, 1979.

- 1.1. Depuis sa création, la Revue a publié 107 articles, totalisant 2060 pages; 107 auteurs y ont collaboré.
- 1.2. Il apparaît nettement que la Revue est avant tout l'organe des sociologues suisses, tant en ce qui concerne la production d'articles que l'étendue de sa diffusion. En effet, seulement 4 auteurs étrangers ont contribué par des écrits; et les auteurs qui ne sont pas sociologues (au total une vingtaine, chiffre qui est peu sûr) ont publié principalement dans les "Ateliers" et dans les numéros thématiques, le plus souvent donc à la suite de sollicitations directes.
- 1.3. La répartition régionale met en évidence deux principaux centres producteurs

d'articles :

	Nombre d'articles	Nombre de pages
Genève	33	727
Zürich	31	597
Lausanne	16	269
Bâle	8	151
Berne	7	119
Aarau	2	20
Fribourg	1	21
Neuchâtel	1	26
Autres (Tessin, étranger)	8	130

Dans les zones à faible production sociologique se situent donc Neuchâtel, Fribourg, voire Berne et Bâle. Il faudrait y ajouter Saint-Gall ainsi que d'autres régions peu ou non représentées jusqu'à présent (dont l'étranger avec 4 auteurs et 4 articles).

- 1.4. La majorité des auteurs appartenait, au moment de la publication de leurs articles, aux Instituts ou Départements universitaires de sociologie; c'est le cas de 74 auteurs; 33 travaillent dans d'autres cadres. Mais là aussi, les différences régionales apparaissent; ainsi à Zürich et à Lausanne, les Instituts universitaires fournissent davantage d'articles que les autres services de recherche. A Genève, c'est la situation inverse.

	Nombre d'articles	Nombre de pages
<i>Zürich :</i>		
Institut de sociologie	20	379
Autres instituts	11	216
<i>Lausanne :</i>		
Institut communication, Section sociologie, EPUL, IES	11	207
Autres	5	62
<i>Genève :</i>		
Département de sociologie	11	258
Autres instituts et services	22	466

A Bâle et à Berne, les auteurs n'appartenant pas aux Instituts de sociologie sont un peu surreprésentés.

- 1.5. Les publications privilégient incontestablement certains domaines de la sociologie (le regroupement, bien que sujet à caution, indique néanmoins quelques

tendances), laissant plus ou moins complètement de côté certains autres :

	Nombre d'articles	Nombre de pages
Sociologie	26	306
Orientation théorique	9	108
Recherche sociologique	4	17
Méthodologie	7	143
Sociologues	1	6
Société suisse de sociologie	5	32
Déviance, marginalité	16	389
Religion	12	178
Ecologie, aménagement du territoire	9	195
Stratification sociale, économique, culturelle	8	238
Travail social	8	63
Sociologie politique	6	122
Sociologie économique, développement	5	144
Culture, art	4	134
Organisation	3	55
Sociologie juridique	3	63
Minorité, étrangers	2	59
Famille, socialisation	2	54
Médecine	1	23
Vieillesse	1	16
Psychosociologie	1	21

Les faits soulignés à plusieurs reprises par les responsables de l'Inventaire des recherches sociologiques en Suisse et par le comité de la Revue restent les mêmes : certaines branches de notre discipline font l'objet de peu de publications, voire ne sont pas représentées du tout.

Il en est ainsi de la sociologie du droit, de la culture, de la médecine, des connaissances, de la vieillesse, etc..... Il faut relever en outre que les études de sociologie du travail sont rares; la sociologie économique est davantage centrée sur les rapports entre pays industrialisés et pays en voie de développement que vers des problématiques économiques des pays industriels eux-mêmes ou de la Suisse. Peu de travaux analysent par ailleurs les forces politiques (partis, groupements), les syndicats (d'ouvriers, d'employés, de patrons), ainsi que les représentants d'intérêts sociaux différents et leurs organisations.

Sans doute, des études entreprises à différents endroits, peuvent à court ou à moyen terme fournir du matériel de publication qui fera disparaître quelques lacunes (médecine, vieillesse, par exemple).

Mais l'ensemble des différentes constatations faites ci-dessus amène la ques-

tion d'une meilleure représentation, au niveau de la Revue, de la diversité des recherches et des points de vue pratiqués par la sociologie suisse.

Manifestement, l'appartenance à un institut universitaire ou à un service de recherche est une condition préalable à la production d'articles. Le travail sociologique effectué ailleurs ne donne que rarement lieu à des écrits publiés par la Revue. En plus des motifs qui tiennent aux particularités des fonctions professionnelles ainsi que des intérêts des sociologues engagés à des postes extérieurs aux instituts et aux services de recherche, il faudra analyser les effets produits par la Revue elle-même, à travers ses facettes dominantes.

2. EN VUE D'UNE POLITIQUE REDACTIONNELLE

L'étude plus approfondie de la production sociologique suisse telle qu'elle apparaît à travers les articles publiés par la Revue exigerait une analyse circonstanciée des différents types de produits diffusés, ainsi que des critères qui président à l'acceptation ou au refus des écrits. Ce n'est pas notre but maintenant. On se limitera à souligner certaines tendances et à indiquer les principales lignes d'une politique rédactionnelle praticable.

En premier lieu, l'absence quasi-totale d'auteurs étrangers (ils ont publié dans les premiers numéros et plus du tout par la suite) a sans doute favorisé le repliement de la production sociologique à l'intérieur du pays et écarté une confrontation plus vive avec d'autres domaines théoriques et empiriques. La Revue a, dès l'origine, privilégié les auteurs suisses et les objets sociologiques suisses. Mais, de plus en plus, seuls les Suisses produisent sur des questions suisses par rapport à des intérêts suisses. Le comité de rédaction examine actuellement différents moyens d'ouverture et de diversification : appel à des auteurs, numéros thématiques sur des problématiques moins représentées en Suisse, insertion de rubriques spéciales relatives à des questions et des débats d'actualité, collaboration plus étroite avec des sociologues spécialisés dans certains domaines moins étudiés en Suisse qu'ailleurs.

La deuxième tendance est caractérisée par une conformité qui semble aller en s'accroissant par rapport à des canons académiques. Il est indéniable qu'une Revue spécialisée tend à mettre au premier plan des critères qui privilégient les problématiques, les méthodes, l'interprétation des données en vertu des enjeux et des intérêts strictement académiques et universitaires. Contre ce nivellement vers une tendance sociologique moyenne, il est indispensable de réaffirmer les lignes directrices de la Revue, à savoir l'intensification des échanges entre sociologues et entre ces derniers et un public plus vaste, la contribution au développement des connaissances sociologiques qu'elles se réfèrent aux sciences humaines elles-mêmes, aux systèmes sociaux ou aux questions et problèmes politiques, sociaux, culturels, économiques, etc.

Dans cette optique de politique rédactionnelle, la Revue est ouverte aux articles intégrés ainsi qu'aux écrits polémiques et conflictuels; aux contributions académiques et aux approches nouvelles et risquées. Il ne saurait y avoir d'exclusive

non plus en ce qui concerne les objets matériels : méthodologies, théories, domaines spécialisés, mise au point critique ou bibliographie annotée relative à une branche particulière de la sociologie.

Enfin, il faudrait évoquer tout un ensemble d'autres moyens permettant de relancer les fonctions de confrontation et de débats de la Revue. La création de nouvelles rubriques modifiables selon les circonstances a déjà été mentionnée. On peut y ajouter la publication des prises de position par rapport à des articles, ainsi que des réponses des auteurs; l'accentuation des profils et des contours des articles; la position plus affirmée des points de vue adoptés afin d'empêcher que les auteurs ne prennent ce qu'on pourrait appeler une assurance-tout-risque par rapport au comité de rédaction en euphémisant les problèmes posés et les preuves apportées, en se préservant de toute spécificité et de toute partialité, et en multipliant — pour les neutraliser — les affiliations et les références aux divers courants et chapelles sociologiques.

La prise de position qui vient d'être présentée n'entend pas prêcher un parti-pris. Elle voudrait au contraire provoquer des impulsions nouvelles afin d'accroître la fonction d'instrumentalité de la Revue pour le champ sociologique, suisse en particulier. Les différents moyens esquissés constituent à ce titre un point de lancement auquel peuvent s'en ajouter d'autres qui naîtront de la pratique.

Werner Fischer
Secrétaire général

L'ACTION ÉDUCATIVE DE LA PEINE Une interprétation du Code pénal suisse (CPS)* selon une perspective historique

Jean-Pierre Garbade

Genève

RÉSUMÉ

La présente étude prend comme point de départ la prison qui constitue, avec le système progressif qu'elle incarne, le moyen mis en place en vue d'atteindre l'objectif de la peine défini par la lutte contre la criminalité à l'aide d'une action éducative. Notion ambiguë, car elle peut tendre vers différents effets selon la conception inhérente de l'homme et de l'évolution du monde. Une conception appelée statique a donné naissance à une politique éducative tendant à accoutumer le détenu à des comportements conformes à certaines valeurs "bourgeoises" pour lui éviter des conflits, alors qu'une conception dite dynamique fonderait une politique tendant à fortifier la personnalité pour la rendre plus apte à résoudre des conflits. Une analyse des mécanismes de la prison mettant à jour la conception statique qui anime sa politique éducative consolidée par ses structures aboutit à la constatation que la prison a érigé ces dernières en objectif, aliénant l'objectif éducatif initial. Suit la description des bases scientifiques d'une conception dynamique qui justifierait une politique historiquement plus adéquate et paraissant seule conforme à l'objectif criminologique de la peine. Une telle politique éducative serait basée sur une certaine attitude des agents du système, une thérapie sociale dont certaines modalités, paraissant essentielles, sont décrites.

ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist das Gefängnis, welches mit dem progressiven Strafvollzug das Mittel bildet, das zur Erreichung des Strafzwecks eingesetzt wird. Als solcher wird Verbrechensbekämpfung durch Erzeugung einer erzieherischen Wirkung vom Gesetz erwähnt. Die Studie basiert auf der Zweideutigkeit des Ausdrucks "erzieherische Wirkung", denn je nach dem Menschenbild und der Einstellung zur gesellschaftlichen Entwicklung kann Erziehung auf verschiedene Erfolge ausgehen. Auf einer statischen Einstellung beruht die Erziehungspolitik, die den Gefangenen an ein normkonformes Verhalten gewöhnen will, um ihn vor neuen Konflikten zu schützen. Hingegen würde eine dynamische Einstellung eine Erziehungspolitik erfordern, welche die Stärkung der Persönlichkeit des Gefangenen anstrebt, um ihn zur Konfliktlösung zu befähigen. Anhand einer Analyse des Gefängnisgeschehens wird das statische Weltbild aufgezeigt, welches hier die Erziehungspolitik beherrscht und durch die Gefängnisstrukturen verfestigt wird. Diese werden zum Selbstzweck erhoben und entfremden den ursprünglichen Erziehungszweck. Es folgt die Beschreibung wissenschaftlicher Grundlagen einer dynamischen Einstellung welche, aus dem Gesichtspunkt des geschichtlichen Bewusstseins, eine geeignetere, das heisst zweckkonformere Erziehungspolitik ermöglichen würde. Eine solche Politik würde aus Verhaltensweisen bestehen die man Sozialtherapie nennen kann und deren angenommen wichtigste Elemente aufgeführt werden.

1. INTRODUCTION

1.1. *La réintégration sociale, un alibi révélateur*

N'est-ce pas accorder une fausse crédibilité aux autorités pénitentiaires que d'engager avec elles le débat sur les moyens d'atteindre l'objectif de la réinsertion sociale des détenus, alors que dans le système progressif actuel, celle-ci est un non-sens? N'est-ce pas donner foi à des propos qui en fin de compte ne servent que d'alibi à la sauvegarde d'une institution du pouvoir?

*art. 37, ch. 1, al. 1.

Mais on doit accepter ce risque si l'on ne veut pas se couper de toute communication avec le système dont nous poursuivons la rénovation. La nécessité d'une telle communication est dans la logique de la perspective historique choisie, qui procède de l'idée que rien n'évolue, ni ne change sans référence à son passé, à son histoire. Tout système possède en lui le ressort de sa propre évolution (Bloch, 1961, p. 13). Parler le langage du système, c'est donc entrer dans son histoire pour pouvoir y agir.

Il faut prendre le pouvoir au mot. C'est aussi, nous semble-t-il, le seul raisonnement qui permette au prisonnier du système de se retourner contre sa prison. La réinsertion sociale est le mot clef sur lequel doit s'ouvrir la dialectique entre le prisonnier et le système pénitentiaire enfermé sur lui-même. Il permet au prisonnier de justifier sa lutte aux yeux de la population et d'éviter que sa lutte ne se fasse en vase clos.

1.2 Les objectifs de la peine

Nous n'entrerons pas dans l'analyse des objectifs latents du système pénitentiaire, soit ceux du contrôle social procédant directement de la volonté qu'a le pouvoir de rejeter tout comportement déviant. Pour une analyse de la "volonté" du pouvoir de culpabiliser les citoyens et de leur fabriquer des boucs émissaires, de sa volonté de distinguer le Bien du Mal et de susciter par cette distinction le respect de son autorité et la peur, nous renvoyons aux auteurs suivants : Foucault, "Surveiller et punir"; E. Naegeli, "Die Gesellschaft und die Kriminellen"; A. Plack, "Die Gesellschaft und das Böse".

Les valeurs prônées par le système classique d'exécution des peines, que nous étudierons par la suite, sont là pour témoigner de l'existence de ces objectifs latents du système pénitentiaire, du fait que ces valeurs sont celles de la personnalité autoritaire, respectueuse des structures hiérarchiques qui la gouvernent et lui assurent une assise externe.

Notre analyse porte uniquement sur les objectifs patents du système en raison du point de vue adopté : parler avec les mots qu'emploie le système pour se justifier et pour définir sa fonction sociale. La fonction sociale de la peine est définie en Suisse par la loi pénale à l'art. 37 ch. 1 al. 1 CPS qui a la teneur suivante : "La réclusion et l'emprisonnement seront exécutés de manière à exercer sur le détenu une action éducative et à préparer son retour à la vie libre". Quoi qu'en dise le mot, obligatoirement ambigu, la peine ne poursuit pas nécessairement un but coercitif de punition qui aurait une existence propre à côté du but de réintégration sociale.

1.3 La perspective historique

La première tâche consistera à justifier notre assertion : l'action éducative est le but primordial de l'exécution des peines, et à préciser le sens exact du terme d'"action éducative" dans une perspective historique (Burisch/Frey *in* : Burisch/Weil, 1976, p. 1455), c'est-à-dire, en prenant conscience du dynamisme de toute chose, qui est le résultat d'une histoire faite par les hommes (Sandkuehler, 1973, p. 365).

“Perspective historique” implique qu’il faut prendre comme point de référence de l’analyse l’intention historique, la fonction sociale patente du système pénitentiaire. Si cette fonction est restée immuable, les conceptions et les intérêts des personnes impliquées dans le système ont évolué. L’analyse historique consiste alors à étudier les processus évolutifs qui peuvent exister dans un système afin de l’adapter constamment à son objectif historique, compte tenu des intérêts des personnes impliquées. Mais c’est aussi l’étude des blocages de ces processus d’innovation, l’étude de la naissance et du maintien de structures figées destinées à garantir l’application d’une politique conforme à certains intérêts particuliers. Notre but est donc de rechercher si la politique traditionnelle appliquée dans l’exécution des peines est conforme au but éducatif défini à l’art. 37 ch. 1 al. 1 CPS, et quelle autre politique le serait davantage en raison du fait qu’elle faciliterait les processus d’innovation, et garantirait à l’organisation sa flexibilité.

Fidèle à cette perspective historique, l’objet de cette analyse sera l’ensemble des processus d’innovation ainsi que leur blocage, et les possibilités qui permettraient de créer des relations de coopération entre les condamnés et leurs agents éducateurs pour atteindre l’objectif de réinsertion sociale des premiers dans le respect des intérêts des uns et des autres. Cet objet de l’analyse est défini comme l’organisation de l’exécution des peines comprise au sens historique et évolutif. Nous empruntons à Wolfram Burisch cette définition du terme d’organisation par opposition au terme d’institution (Burisch, 1973, pp. 18, 23 ss, 73).

Par institution sont définis des processus relationnels figés par des règles normatives, par un ordre donné, des conventions et la contrainte. Une institution est une organisation qui n’est plus gouvernée par ses propres buts mais par les objectifs imposés par la volonté de maintenir les structures existantes. Une institution est une organisation figée, fermée aux mutations et aliénée, car elle ne se préoccupe plus des objectifs qui ont légitimé sa création et qui servent à justifier son existence (Burisch/Frey, 1976, p. 18 ss). Il est intéressant de rapprocher cette notion d’institution de celle des “automatismes socio-culturels” employée par Laborit : ce sont des préjugés permettant à un système fermé (du point de vue de l’information circulante) de maintenir sa structure hiérarchique interne de dominance, l’information circulante étant celle qui sert à adapter une structure donnée à sa finalité : la fonction liée à la structure ne se réalise que grâce à la libre circulation de l’information concernant la finalité de l’ensemble organique (Laborit, 1974, pp. 74, 103, 135 ss).

Cette délimitation des termes d’organisation et d’institution met en garde contre l’erreur qui consiste à dire que toute organisation doit obligatoirement posséder des structures hiérarchiques et autoritaires. Cette distinction est essentielle par rapport au but et à la perspective historique de cette étude qui consiste à analyser les moyens de débloquer des institutions devenues leur propre idéologie organisationnelle, et de relancer les processus d’innovation qui permettent à l’organisation de rester attachée à son objectif historique et aux intérêts de ses participants.

2. L'OBJECTIF PROPRE

2.1. *La ratio legis de l'art. 37 ch. 1 al. 1 CPS*

2.1.1. Action éducative et objective criminologique

La peine est une contrainte substitutive. Elle sert à protéger les biens juridiques ("Rechtsgüterschutz"). Son objectif ne peut être que criminologique : elle doit servir à empêcher le crime, à lutter contre les causes de la criminalité tout en exprimant une sanction pour faire valoir une norme sociale. Comme l'affirme Lackner, cette opinion est aujourd'hui incontestée : le droit pénal est dans son essence "Schutzrecht" et ne doit être mis en œuvre par l'Etat que pour garantir la paix sociale¹.

Cette idée avait déjà été exprimée par Franz von Liszt pour qui le but de toute législation pénale devait être la lutte efficace contre le crime (Graven, 1952, p. 209 ss). Von Liszt distinguait trois fonctions de la peine exécutée en prison : une fonction éducative d'amendement pour les détenus "amendables" (besserungsfähig), une fonction d'intimidation pour les délinquants occasionnels et une fonction d'internement pour les détenus considérés comme irrécupérables (besserungsunfähig). Cette classification se retrouve tout au long de l'histoire pénitentiaire (von Liszt, 1881, p. 163).

De ces trois fonctions, la fonction éducative "est certainement la meilleure garantie pour la protection des biens juridiques" (Schultz, 1974, p. 44). Le côté fondamental de la fonction éducative de la peine avait déjà été relevé par la commission du Conseil national chargée d'examiner l'avant-projet du CPS ce qui est intéressant du fait que c'est elle qui a introduit le terme d'"action éducative" dans la loi (l'actuel art. 37 ch. 1 al. 1 CPS)². Le Tribunal n'a quant à lui que rarement pris position au sujet du but de la peine. Dans le seul arrêt où il se prononce d'une manière claire, il dit que la peine a pour *but principal* la *resocialisation* de l'auteur d'une infraction, pour protéger, par ce moyen, la société d'infractions semblables (ATF 98, 1972, IV 202 cons. E. 3a). Dans des arrêts antérieurs il avait encore utilisé le terme d'amendement qui reflète une certaine idée moralisatrice que le terme de resocialisation ignore. Mais l'un et l'autre de ces termes contient l'idée d'une action éducative. Cesare Beccaria a le premier exprimé l'idée que l'objectif prioritaire de la peine devait être éducatif, parce que, dit-il, c'est le seul moyen de lutter avec efficacité contre le criminalité. Il s'opposait à l'idée que le but de la peine pouvait consister à faire du mal (Beccaria, 1764, p. 49).

En Suisse, Heinrich Pestalozzi affirmait en 1782 déjà que le but de la peine résidait dans l'amendement du criminel afin d'empêcher une récidive (Pestalozzi, 1782, pp. 260, 270 ss). Les principes de Beccaria ont inspiré la discussion pénitentiaire tant en France qu'en Suisse tout au long du siècle dernier. Cette discussion nous confirme que l'objectif criminologique de la peine a de tout temps été considéré comme primordial : l'amendement du condamné dans le but de prévenir des

¹ Lackner, 1973, p. 118, voir aussi : Logoz, 1939, ad art. 35-62 note 2 a et b; Hafter, 1946, p. 252; Stratenwerth, 1970, p. 18; Schultz, 1974, p. 43.

² Commission du Conseil national, 1921 ad art. 35 CPS p. 61/81.

crimes semblables à l'avenir. On pensait y parvenir à l'époque soit par l'isolement du détenu et le "réformatoire", soit par l'accoutumance coercitive, le travail et la discipline (Foucault, 1975, p. 126 ss; Graven, 1950), deux "courants" qui avaient déjà trouvé application aux Etats-Unis sous la forme des modèles de Pennsylvanie, respectivement d'Auburn. Cet avis se retrouve dans l'exposé des motifs de l'avant-projet du CPS de 1893 (Zürcher, 1908, p. 13 ss).

2.1.2 *Ratio legis* et peine répressive

Mais affirmer que l'objectif criminologique doit être atteint par une réaction de l'Etat qui consiste à faire du mal, comme le font Hafter et Bolle (Hafter, 1946, p. 252; Bolle, 1975/3, pp. 22 ss), revient à confondre les moyens utilisés pour atteindre l'objectif éducatif avec le but : ce n'est pas parce qu'à l'époque on considérait que les moyens répressifs de la punition et de l'isolement servaient le but de la socialisation du condamné, que l'on peut en conclure à un but répressif de la peine. Comme l'affirme Noll : le mal peut être la conséquence inévitable de la prévention spéciale, mais le caractère répressif n'en saurait être considéré comme le but (Noll, 1962, p. 17 ss).

Le CPS ne nous renseigne pas sur la conception à suivre pour réaliser l'objectif éducatif. Les opinions qui se sont exprimées en doctrine sur le contenu de l'action éducative, sur ses effets d'intimidation et d'accoutumance, que nous traiterons par la suite, sont davantage le fruit d'une pratique suivie par l'application cantonale des peines depuis l'origine des prisons que le résultat d'une analyse du problème de l'efficacité des peines dans la lutte contre la criminalité. Ces opinions ne sont pas pertinentes, car, comme le dit Schultz, le choix des effets et donc de la politique éducative, jugés conformes au but énoncé par l'art. 37 ch. 1 al. 1 CPS, dépend des conceptions à une époque donnée de l'homme et des moyens jugés admissibles pour l'influencer (Schultz, 1974, p. 44).

2.2 *Action éducative et socialisation*

2.2.1. Les conceptions statiques et dynamiques d'une politique éducative efficace

La définition que nous venons de donner de la peine ne nous renseigne pas encore sur la politique à suivre, c'est-à-dire la forme que doit prendre une action éducative destinée à prévenir le crime d'une façon efficace.

Dans cette étude, nous ferons la distinction entre deux conceptions fondamentalement différentes de l'effet escompté par une action éducative servant à prévenir le crime.

Selon une première conception que nous appellerons statique, le détenu serait à "traiter" de manière à l'accoutumer à un comportement conforme qui lui permette d'éviter des conflits sociaux. L'effet escompté de l'action éducative serait ce que certains auteurs ont qualifié de "Konfliktfreiheit" (Baumgartner, 1946, p. 209). Les caractéristiques d'une politique ou méthode éducative inspirée par une telle conception seraient : le rôle passif du détenu, l'accoutumance à un comportement "normal" et le redressement moral. C'est la politique traditionnelle ou

classique que nous appellerons aussi statique par référence à son effet escompté³.

A cette conception statique nous opposerons une conception dite dynamique qui aboutirait à aider le détenu à développer ses capacités lui permettant de résoudre des conflits et de devenir maître de situations changeantes. L'action éducative tendrait à le rendre "konfliktstark" ou "konfliktfähig" (Joset, 1976, p. 6-7). Les caractéristiques d'une politique éducative inspirée par la conception dynamique seraient : le rôle actif joué par le détenu dans son processus de socialisation, l'émancipation de sa personnalité et un entraînement pratique en interaction avec son environnement social. C'est la politique de la "thérapie sociale"⁴.

La conception traditionnelle des effets escomptés par l'action éducative est statique en ce sens qu'elle ne tient pas compte des changements dans l'environnement social auxquels le détenu devra faire face tout au long de sa vie en liberté (changement de rôles, de groupes de référence, de relations affectives, de situations sociales telles le travail, la famille etc.). En effet, la politique traditionnelle n'offre au détenu qu'un seul modèle de comportement considéré comme normal, le "Leitbild" que le détenu sera censé intérioriser et imiter⁵, alors que la conception dynamique tient justement compte du fait qu'un Leitbild peut devenir inadéquat lorsque certaines situations changent.

2.2.2 Les conceptions statiques et dynamiques de la socialisation

Lorsque nous avons employé le terme d'action éducative, nous nous sommes placés dans la perspective de ce que l'Etat devait faire. Avec Fend nous employons le terme d'action éducative (Erziehung) pour décrire les phénomènes pour lesquels la littérature anglo-saxonne utilise généralement le terme de "socialisation" et qui concernent l'action socialisante (le "making social" ou "Sozialmachung"), par opposition au "devenir socialisé" ("becoming social" ou "Sozialwerdung"). L'action éducative consiste alors en certains comportements sociaux (de travailleurs sociaux, éducateurs ou autres personnes chargées de cette action) destinés à influencer d'autres personnes dans un sens qui est considéré comme positif. Nous n'irons toutefois pas jusqu'à approuver le contenu que Fend attribue à ces comportements éducatifs parce que ce contenu rappelle trop un certain background culturel paternaliste préjudiciable à un examen objectif du phénomène (Fend, 1969, pp. 49, 77).

Le terme de socialisation que nous utiliserons ici décrit un processus d'apprentissage de certains contenus qui permettent à la personne qui apprend de développer la personnalité sous l'influence socio-culturelle de l'action éducative en vue de la vie en communauté. La particule sociale se réfère ici au contenu, alors qu'elle

³ Elle consiste à "tenter de changer quelqu'un contre sa propre conviction et sa propre volonté morale et d'adapter sa propre conviction à celle de la norme sociale", méthode que Stratenwerth appelle manipulation, 1970, p. 70.

⁴ cf. Charlotte Aebersold, 1975, p. 9 et notre analyse ci-après sur la signification du terme "social" dans notre étude.

⁵ Adorno/Becker, entretien concernant "Änderungen des Erziehungszwecks", 1966, in : Adorno, 1970, p. 111.

décrit le mode de l'apprentissage, lorsqu'elle est employée dans l'expression "thérapie sociale" (Fend, 1969, p. 34-35).

En ce sens, socialisation signifie chez le délinquant : apprendre à se comporter sans retomber dans l'illégalité⁶. Cette définition ne préjuge pas de la conception statique ou dynamique du résultat vers lequel la socialisation veut tendre.

Comme la socialisation est le corollaire sur le plan subjectif de l'action éducative, les deux conceptions fondamentales que nous avons différenciées en relation avec les *effets* escomptés par l'action éducative doivent se retrouver sur le plan subjectif de la socialisation en relation avec le résultat vers lequel doit tendre le développement de la personnalité (dans la perspective de la rendre apte à la vie communautaire). Pour éviter tout malentendu, nous emploierons indifféremment les termes de socialisation ou de resocialisation pour signifier la même chose, dès lors que la doctrine n'a pas encore su se résoudre à faire un choix définitif entre ces deux expressions.

2.2.3. L'adaptation statique

Dans la conception statique, socialisation est comprise comme adaptation ou intériorisation de valeurs culturelles de façon à ce que le comportement ne soit plus dépendant de la conscience (Schüler-Springorum 1969, p. 161 ; Hafter, 1946, p. 254). Cette conception se retrouve d'ailleurs encore même dans les règles d'exécution pénale des pays nordiques, en Suède notamment ou encore dans le dernier projet pour une loi d'exécution des peines italienne⁷ et autrichienne⁸. Comme nous l'avons relevé pour l'action éducative, une telle conception ne tient pas compte des mutations toujours plus rapides de notre environnement, qui exigent de l'individu davantage de flexibilité, c'est-à-dire de *capacité* d'adaptation, un comportement émancipé ("mündig") et critique. Adorno voit le résultat de la socialisation dans le développement d'une "conscience juste", c'est-à-dire historique, capable de dépasser les automatismes existants⁹.

2.2.4. La socialisation-émancipation

Selon la conception dynamique, socialisation signifie "adaptation critique" (Anpassung mit Widerstand, Becker *in* : Adorno, 1970, p. 153), ou émancipation. La socialisation tend certes vers une certaine adaptation permettant d'examiner la réalité, mais non pas vers ce qu'Adorno exprime par "just well adapted people". Le résultat recherché par la socialisation-émancipation présuppose un processus d'individuation qui développe chez l'individu la diversité de sa personnalité ainsi que le refus du conformisme social, et qui le fait prendre conscience de la tension

⁶ Schüler-Springorum, 1969, p. 157. Pour déterminer le contenu de la "socialisation", nous nous plaçons par définition dans le cadre des objectifs visés par l'organisation de l'exécution des peines.

⁷ Cités par Müller-Dietz, 1972, p. 49 et 28 ; cf. Lex suédoise du 6 mai 1964 art. 23 ; cf. citations de droit comparé chez Schüler-Springorum, 1969, p. 157 ss.

⁸ Projet de loi autrichien d'une Lex de 1967, art. 20.

⁹ Adorno, 1970, p. 115 : "Il faut tenir compte pour déterminer ce qui est juste de l'immense poids de l'occultation de la conscience par les conditions existantes" (trad.).

naissant entre sa propre diversité et les rôles sociaux qui lui sont offerts. Il présuppose ensuite la capacité de résoudre cette tension et les conflits qui peuvent naître de la diversité de soi-même dans un environnement social qui exige une certaine conformité. Cette capacité est aussi appelée "Sozialtauglichkeit" (Müller-Dietz, 1972, pp. 28, 48-50).

Si l'on considère à la suite de Schüler-Springorum que le but de la socialisation est une réadaptation du comportement suivant une norme ("Leitbild"), il devient évident que toute infraction dénote chez son auteur un défaut de socialisation susceptible de réadaptation en tant qu'acte non conforme à la norme (Schüler-Springorum, 1969, p. 157 ss). Au contraire, la participation active, volontaire, du détenu au processus est une condition importante du succès de la socialisation-émancipation¹⁰. Tout défaut de socialisation n'est donc pas susceptible de "correction", la socialisation ne pouvant être imposée contre le gré de quelqu'un. Nous reviendrons sur cet aspect en rapport avec "le comportement interactionnel".

2.2.5. Comportement criminel et défaut de socialisation

Une seconde limite est imposée à la socialisation-émancipation par le fait que, selon la conception dynamique, tout comportement criminel ne dénote pas chez son auteur un défaut de socialisation. Il peut dénoter une certaine faiblesse momentanée de la capacité de résoudre un conflit qui naît de la diversité de sa personnalité par rapport à son environnement social, sans que cette faiblesse ne soit pour autant plus grande que chez la grande majorité de la population. Ainsi, une personne peut dans bien des domaines de sa vie avoir un comportement tout à fait adapté aux exigences de la vie en communauté, être "socialisée" et commettre un délit. C'est d'ailleurs le cas de la plupart des "délinquants". Leurs attitudes et comportements ne diffèrent pas de ceux des citoyens qui les entourent et qui sont considérés comme des non-délinquants parce qu'ils n'ont pas eu à faire à la justice en raison d'un délit (Matza, 1964, p. 142 ss; Menninger, 1970). Il s'ensuit que la socialisation ne saurait être imposée à tout auteur d'une infraction, ni son corollaire, l'action éducative, justifiée par l'acte délictueux¹¹. Cette observation s'imposerait déjà du seul fait que nombre d'infractions au CPS ne sont pas en soi aptes à démontrer une plus grande incapacité du délinquant de s'adapter aux exigences d'une vie en communauté. Citons seulement, à titre d'exemple, sans mentionner les délits à motivation essentiellement politique, certaines infractions dues à la négligence dans un monde du travail où la négligence est un impératif imposé par les exigences de la productivité, nombre d'infractions aux bonnes mœurs lorsqu'il y a consentement de la "victime", alors que le viol de l'épouse reste licite¹², et la consommation de drogues alors que la société ne réprime qu'une seule forme de

¹⁰ Cf. Alternativ-Entwurf art. 4 *in* : Baumann, 1973, p. 59; Müller-Dietz, 1972, p. 50 et p. 95-96.

¹¹ Cf. Alternativ-Entwurf ad art. 2 *in* : Baumann, 1973, p. 55 : "Chez les détenus qui ne nécessitent pas de traitement socialisant, l'action éducative se limite à contrecarrer ou compenser les maux dus à l'incarcération" (trad.).

¹² Cf. art. 187 CPS qui ne pénalise que le viol "hors mariage".

drogues tout en stimulant la consommation du vin, du tabac, des barbituriques, et de la propriété qui, selon l'étude biologique faite par Laborit, serait, comme les autres drogues, un stimulateur de mécanismes biochimiques cérébraux fort proches de la toxicomanie (Laborit, 1974, p. 85).

Toutes ces infractions ne dénotent donc pas en soi un défaut de socialisation. Mais un tel défaut peut exister indépendamment et avoir contribué à la perpétration de l'infraction. N'oublions pas que les mesures de contrainte morale et physique imposées par la société sont des témoignages vivants du défaut de socialisation de la société elle-même à bien des égards. Comme aussi la violence institutionnelle qui se manifeste dans les licenciements pour motifs politiques, les interdictions professionnelles et toutes les autres restrictions aux libertés individuelles justifiées uniquement par la peur du pouvoir de perdre ses prérogatives; cette violence-là est le reflet de l'incapacité de la société, que ce soit l'Etat ou le pouvoir économique privé, de supporter la contradiction.

C'est en raison de cette différence qu'il y a entre "défaut de socialisation" et "déviance" que, selon la conception dynamique, la lutte contre la criminalité ne doit pas être une lutte contre le déviant ou le "criminel" en raison de son comportement contraire à la loi, mais une action commune avec cette personne dont le délit ne fournit que le prétexte à l'intervention de la société.

3. L'OBJECTIF ALIÉNÉ

Il s'agit maintenant d'examiner laquelle de ces deux politiques est la plus conforme au but initial, propre, de la peine, c'est-à-dire à l'objectif criminologique de socialisation. Il faut partir de l'existant pour arriver ensuite au souhaitable. Nous examinerons d'abord les structures de l'institution pénitentiaire pour déceler à travers elles la conception socio-psychologique du "délinquant" qui a parrainé sa naissance.

On montrera ensuite comment ces structures imposent à l'exécution des peines leurs exigences propres. Nous mettrons en évidence que la politique qu'implique le maintien de ces structures perpétue jusqu'à l'absurde une référence à des conceptions du "délinquant" éculées, d'un autre temps. La conclusion indiquera que l'objectif propre de la peine est ainsi aliéné puisque son exécution ne se réfère pas aux conceptions psychologiques et sociales généralement reconnues aujourd'hui et va même à l'encontre du but éducatif propre à la peine.

3.1. *Le système progressif dans la pratique*

3.1.1. Origines et principes du système progressif

Origines: le système d'exécution pénale préconisé par le CPS pour les peines supérieures à trois mois, est celui de "l'éducation graduelle" basé sur le modèle irlandais de Walter Crofton et appelé "système progressif" (Zürcher, 1908, p. 73; Logoz, 1939, *ad. art.* 37).

C'est à Genève que le système progressif a été appliqué pour la première fois sur le continent européen. C'était en 1825 à la prison de la Tour Maîtresse. Le

régime intérieur était inspiré par les idées de Beccaria (Graven, 1950, p. 332).

Le système progressif est issu de la conjonction de deux anciens systèmes américains : le système d'Auburn caractérisé par la vie en communauté et la promiscuité qui s'ensuivit, et le système de Pennsylvanie fondé par les Quakers et caractérisé par l'isolement des détenus dans le but de les obliger à se recueillir et à faire pénitence (Hirzel, 1826; Hafner, 1901, p. 283).

Le système progressif maintient l'isolement dans une première étape, ainsi que la nuit, mais il a gardé du système d'Auburn le travail en commun durant la journée. Son trait essentiel réside dans les adoucissements progressifs qui sont accordés au détenu au fur et à mesure de l'accomplissement de sa peine¹³.

L'application du système progressif aux EPO : l'isolement en début de peine a été maintenu lors de la dernière révision du CPS du 18 mars 1971. Après avoir purgé la moitié de la peine, le détenu peut être transféré dans une section libre (art. 37 ch. 3 al. 2 CPS) ou même être occupé hors de l'établissement. Il peut être libéré conditionnellement après avoir purgé au minimum les deux tiers de sa peine, mais au plus tôt après trois mois (art. 38 ch. 1 CPS). Il s'agit là des étapes essentielles de tout système progressif, les seules à avoir été impérativement fixées par le législateur fédéral qui laisse aux cantons la liberté de déterminer les conditions et l'étendue des adoucissements progressifs qu'ils entendent accorder à leurs détenus à l'intérieur de ces étapes.

Dans les établissements des cantons membres du Concordat romand sur l'exécution des peines et mesures du 1er janvier 1969, le concept de l'exécution des peines est actuellement défini par les "Décisions de la conférence des chefs de départements de justice et police de la Suisse romande".

Les différentes étapes du système progressif romand sont les suivantes : le régime de moyenne sécurité (au pénitencier fribourgeois de Bellechasse pour les détenus "primaires" et à Bochuz pour les "récidivistes"¹⁴. Puis le régime de basse sécurité, le régime de "prison ouverte" et enfin celui de la semi-liberté.

Chaque régime ne diffère pas seulement dans son degré de sécurité, mais également quant aux faveurs accordées à ses pensionnaires, droit de visite, travail, pécule, lettres, loisirs, etc.¹⁵. Pour être promu dans un régime plus libéral les détenus doivent s'être bien comportés et paraître dignes de confiance¹⁶.

¹³ Pour une excellente description du système progressif classique voir Graven, 1950, pp. 327-403.

¹⁴ Cette distinction remonte à très loin. Elle avait déjà été faite à Genève en 1833 (voir Brenzikhofer, 1976, p. 45, qui contient une critique fondée sur des données statistiques de la prison de Saxerried, réservée aux délinquants primaires). Cette distinction a été réintroduite dans le CPS lors de la révision du 18 mars 1971 à la place de l'ancienne distinction entre emprisonnement et réclusion qui n'a désormais plus aucune portée pratique dans le domaine de l'exécution des peines. Aux Etablissements de la Plaine de l'Orbe tout nouvel arrivant est placé en section d'attente et observation qui n'est autre qu'un quartier de haute sécurité (QHS) à air climatisé où l'isolement est quasi total.

¹⁵ Les privations imposées aux détenus des différents régimes ne le sont pas uniquement en raison d'impératifs de sécurité, mais également en raison d'intentions "éducatives" répressives, cf. Joset, 1976, p. 28 et exposé de J.-Cl. Chappuis du 18 avril 1972.

¹⁶ Décision No 22 du 19 février et Rapport Motion Dardel, 1973, p. 4.

L'accoutumance contrôlée : l'idée inhérente au système progressif qui lui a permis de trouver un écho favorable tout au long de l'histoire pénitentiaire est celle qui veut que la bonne volonté du détenu soit stimulée par un système de notations et de gratifications à la fois simple et presque mécanique, permettant d'individualiser la coercition en tenant compte du comportement de chacun¹⁷. Arrivé à la dernière étape, sa volonté sera suffisamment éveillée pour que l'on puisse lui apporter confiance et lui donner plus de responsabilités¹⁸. Ce processus d'éveil de la "bonne" volonté du détenu consiste en fait à *l'accoutumer* à l'ordre et à la discipline car leur respect est considéré comme une condition *sine qua non* de toute action éducatrice, tout en constituant un objectif éducatif en lui-même¹⁹.

3.1.2. Les moyens éducatifs mis en œuvre par le système progressif

Les moyens éducatifs mis en œuvre par le système progressif et dont nous allons successivement essayer de comprendre les effets escomptés par leurs promoteurs, sont la prison elle-même, l'accoutumance au travail, la discipline, l'isolement en début de peine, les mesures d'éducation culturelle, morale et spirituelle (voir art. 46 ch. 2 CPS) et le personnel²⁰.

La prison : la prison classique est caractérisée par le mur d'enceinte qui, outre sa fonction de protection de la communauté, est le symbole d'une forme d'éducation qui veut contrôler le moindre détail de la vie de ses "élèves" et que Foucault a rendu par le terme de "coercition disciplinaire" (Foucault, 1975, p. 146 ss). En ce sens, la volonté d'isoler l'établissement pénitentiaire de la vie extérieure normale s'inscrit donc dans la politique de contrôle et de quadrillage de l'individu dans ce que Foucault appelle la "société disciplinaire du 19^e siècle" (Foucault, 1975, p. 177 ss). Tout contact avec l'extérieur peut devenir un facteur incontrôlable qui pourrait fausser les mécanismes d'accoutumance des détenus. C'est à la même époque, au début de la révolution industrielle, que la coercition disciplinaire prit son essor dans les prisons, que furent construites les premières usines et que les internats, les casernes et les hôpitaux psychiatriques s'organisèrent autour d'un système disciplinaire sophistiqué servant à la fabrication d'hommes utiles et également con-

¹⁷ Cf. Burren, 1965, p. 341 et Foucault, 1975, p. 182ss sur l'individualisation coercitive : il s'agit d'une *individualisation de la répression* qui ne doit pas être confondue avec l'individualisation prônée par les réformateurs actuels de l'exécution des peines (cf. p. ex. Müller-Dietz, 1969, p. 194ss et Liepmann, in : Frede, 1927, p. 15), car elle ne tient pas compte des déficits individuels; cf. aussi Joset, 1976, p. 30.

¹⁸ Feigel, 1951, p. 17 et 133; Jaeger, 1907, p. 161, a relevé le côté arbitraire du système progressif qui ne fait que provoquer un comportement hypocrite. Le rapport de la motion Dardel 1973, p. 5 et la décision No 21 du 19 février 1973 ch. 3 disent : "A toute augmentation du degré accordé au détenu correspond une augmentation du degré de sa responsabilité."

¹⁹ Cf. Joset, 1976, p. 253 et chap. 3.14 où est cité le *Manuel du Gardien* et chap. 3.3 qui contient l'opinion de la plupart des gardiens.

²⁰ Cf. Schwander, 1964, No 347, p. 169 : "Erziehungsmittel sind : die Strafanstalt, das Personal, die moralische Beeinflussung, der progressive Strafvollzug, die Arbeitstherapie und Art. 46 CPS"; à notre avis, "moralische Beeinflussung" et discipline se confondent et forment — comme nous le verrons — la clef de voûte du système progressif; cf. aussi Mühlebach, 1971, p. 152.

formes. La prison permet de faire fonctionner "l'entreprise de modification des individus" (Foucault, 1975, p. 235) comme l'usine permettait de rentabiliser la production par le contrôle et la discipline extrêmement strictes qu'elle imposait aux ouvriers.

Le travail : selon l'auteur de l'avant-projet du CPS de 1893, le travail était avant tout un moyen d'intimidation (!) et de politique criminelle en ce sens que, comme le dit le proverbe, l'oisiveté est la mère de tous les vices (Stoos, 1893, pp. 42, 52). La même opinion se rencontre chez Thormann/von Overbeck : "de celui qui était un propre à rien, le travail pourra faire un homme propre à quelque chose" (Thormann/von Overbeck, 1940). Même type de raisonnement dans le Manuel du gardien de Suisse alémanique, avec une note encore plus répressive (ce Manuel date de 1971!) : le travail sert à l'"aggravation intimidante de la peine pour le fainéant" et de moyen disciplinaire pour le méchant (Duebi, 1971, p. 113). Bien que l'utilité pédagogique d'un "travail-pour-le-travail" ait été souvent mise en doute²¹, le travail reste, semble-t-il, intimement lié à la conception disciplinaire de l'exécution des peines. Il est considéré comme un moyen de pression qui oblige le détenu à se plier à l'ordre et à se contenir. Il permet à l'administration de garder son comportement sous contrôle²². Preuve en est d'ailleurs, que le bon comportement (ordre, propreté et obéissance) est un critère important pour décider de la mutation d'un détenu à une place de travail plus spécialisée et moins ennuyeuse, et que les détenus récalcitrants peuvent être mutés par mesure disciplinaire à un poste de travail particulièrement pénible (cf. Joset, 1976, p. 256-7).

La discipline : l'objectif du système progressif consiste à amener le détenu à se plier à l'ordre et à la discipline. Or, ce but n'est pas dicté uniquement par les impératifs du bon fonctionnement interne de la prison. Dans la conception traditionnelle, l'ordre est un objectif éducatif en lui-même²³. La discipline consiste à habituer le détenu par une surveillance constante, un quadrillage strict de ses activités et un système de notations et de sanctions à un comportement conformisé²⁴. L'identité qui existe entre un système progressif caractérisé par des allègements octroyés en fonction du critère du "bon comportement" et la coercition disciplinaire saute aux yeux. L'ordre est atteint par le respect de la discipline qui donne en même temps l'image du résultat que vise la socialisation du détenu. Cette image, nous l'appellerons "la norme". Le comportement dicté par cette "norme" correspond au "Leitbild" défini plus haut. Cette norme est décrite par König comme habitude d'une vie minutieusement réglée et respectueuse de l'autorité

²¹ Feigel, 1951, p. 43 : "l'accoutumance au travail n'existe pas si le travail ne plaît pas au détenu. La contrainte au travail est pédagogiquement nocive. Toute pression crée une réaction qui aboutit au refus du travail par le détenu après sa libération" (trad.).

²² Cf. notre opinion sur le rôle politique que joue le travail prolétaire auquel le détenu est habitué en prison in : Burisch/Weil, 1976, p. 159.

²³ Cf. auteurs cités dans Burisch/Weil, 1976, p. 161 "die erzieherische Kraft unantastbarer, objektiver Ordnungen". Le but de la discipline est de : "sich anpassen an einen geordneten Arbeits- und Lebensrhythmus".

²⁴ Concernant l'histoire et la fonction de la discipline comme technologie du pouvoir : Foucault, 1975, pp. 146-239.

(König cité chez Feigel, 1951, p. 217). Ses vertus sont : l'ordre, la propreté, l'obéissance, l'assiduité, la ponctualité, l'adaptation et la soumission à l'autorité²⁵, qui sont aussi le propre de la structure d'une personnalité autoritaire, ainsi que nous le montrerons. Ce sont également les vertus morales petites-bourgeoises visées par l'influence moralisante auxquelles nous opposerons par la suite les vertus intérieures visées par la politique dynamique.

L'isolement en début de peine : l'isolement fait partie de la panoplie de l'individualisation coercitive (Foucault, 1975, p. 240 ss). Son premier but est d'amener le détenu à la réflexion par la solitude afin qu'il se repente (ou qu'il fasse pénitence, d'où le mot "pénitentiaire")²⁶. L'isolement est encore de nos jours considéré comme une condition *sine qua non* de l'action éducative traditionnelle, en ce sens que, si le délinquant était mêlé dès son entrée aux autres détenus, il essaierait de se justifier à leurs yeux au lieu de chercher à se repentir (Feigel, 1951, p. 21). L'isolement en début de peine doit aussi avoir l'effet d'un choc qui sert à mater la volonté "criminelle" du détenu afin qu'il se rende compte qu'il est sans défense face à l'ordre de l'État (Huguenin, 1973; Krohne, 1889, pp. 167, 248). L'isolement a une fonction d'intimidation (Stoos, 1893, p. 42, 52) à laquelle s'ajouterait pour les femmes (!) le souci de les empêcher de se réfugier dans des pratiques lesbiennes (*sic*) (Dübi, 1971, p. 65). Même si certains auteurs cherchent à justifier l'isolement par le souci de mieux apprendre à connaître la personnalité du détenu²⁷, l'effet d'intimidation reste indissociable de son exécution, car l'isolement est ressenti par le détenu comme une menace à son intégrité psychique surtout.

Par ailleurs, l'étude de Joset nous donne une assez bonne idée de ce en quoi consiste réellement l'observation du détenu pendant les dix jours que compte en général l'isolement aux EPO. Les "premières impressions" que l'assistant social y est chargé de recueillir sont extrêmement lourdes d'émotions, de préjugés et de pronostics basés sur des réflexions telles que : "il nous semble primaire et penche-rions pour une libération conditionnelle jusqu'à dossier pénal connu", etc. (Joset, 1976, pp. 106-111). Les jugements contenus dans ces impressions sont souvent méprisants et bourrés de stéréotypes. Ils dénotent chez leur auteur une méconnaissance flagrante des causes de la criminalité, ils sont moralisateurs à l'extrême et cadrent tout à fait avec l'image que la conception traditionnelle se fait du délinquant.

Le personnel : dans le système traditionnel, la première fonction du personnel est de faire respecter le règlement et la sécurité. On voudrait souvent qu'il

²⁵ Joset, 1976, pp. 254 et 181 ss; ces vertus sont d'ailleurs celles prônées par les gardiens pour eux-mêmes (p. 174); voir aussi pour des exemples, le "Hausordnung" pénitentier de Lenzbourg chez Mühlebach, 1971, pp. 131-132 et Weiss, 1970, pp. 94-96.

²⁶ Stoos, 1893, p. 33 et les citations chez Foucault, 1975, p. 240 : "C'est dans l'isolement que le remords viendra l'assaillir" (Beaumont et Toqueville, 1845, p. 109); "Lorsqu'il sera profondément repenti et amendé, la solitude ne lui pèsera plus" (Aylier, 1837, p. 132/2).

²⁷ Meyer, 1930, p. 35; Huguenin, 1973; Dübi, 1971, p. 65; cf. le quartier de haute sécurité aux Établissements de la Plaine de l'Orbe appelé : "quartier d'accueil et d'observation".

soutienne l'effort éducatif par la manière de remplir ses fonctions²⁸, en donnant le bon exemple notamment (Schneitzzy-Hess, 1965, pp. 380-383; Zürcher, 1924, p. 44). Or, comme le montre l'étude de Joset, la seule variante possible d'une pédagogie de "bon père" à l'intérieur d'une organisation aussi coercitive que la prison consiste en une attitude autoritaire, patronale. L'attitude générale du personnel est caractérisée par les principes hiérarchiques d'obéissance à l'égard du directeur et d'obéissance de la part des détenus. Elle est paternaliste. Son contraire serait une attitude d'égal à égal, comme l'exige la politique dynamique²⁹. Le programme suisse pour une formation des gardiens ne change d'ailleurs rien non plus à cette conception du rôle et de l'attitude autoritaire du gardien. Le détenu restera un administré passif et le surveillant un gardien sans compétences propres³⁰.

3.2. La politique éducative traditionnelle et les conceptions sous-jacentes

3.2.1. L'amendement

A la vue de l'application du système progressif, l'effet escompté par la politique éducative traditionnelle peut se résumer par accoutumance à certaines valeurs *morales* qui sont celles de la société bourgeoise.

Cette idée est généralement rendue par le terme d'amendement, et la politique éducative qui doit y mener peut être définie par "influence moralisante" ou "éducation du caractère moral"³¹. Il s'agit d'une politique de culpabilisation, comme le fit justement remarquer Jean Graven: "le sentiment de la responsabilité et de la faute reste l'élément essentiel de l'action envisagée" (Graven, 1964, p. 183).

3.2.2. L'adaptation non répressive

Il est clair que parmi les auteurs qui se sont penchés tout au long de l'histoire pénitentiaire sur les problèmes pédagogiques que pose l'amendement, les opinions sur la politique à suivre ont souvent divergé d'une façon plus ou moins importante. Sur le plan suisse, certains auteurs proches de l'administration pénitentiaire ont fait remarquer qu'une discipline sévère imposée de l'extérieur n'avait de sens que si elle était acceptée de l'intérieur (Boye, 1944, pp. 22-23). Après l'abandon de la discipline militaire à la fin du siècle dernier pour une discipline "fondée sur les forces morales" (Guillaume, 1878, p. 22), ce sont surtout les nouvelles connaissances apportées par la psychanalyse freudienne qui ont amené certains auteurs à se rendre compte que l'homme n'était pas susceptible de manipulation par un système de dressage répressif. En 1929, Sieverts publia une étude des réactions psy-

²⁸ Sur le problème posé par le rôle des gardiens à l'intérieur de l'organisation voir Feigel, 1951, pp. 262-263.

²⁹ Cf. Joset, 1976, p. 257-258; concernant les rapports de partenaires (*partnerschaftliches Verhältnis*): Weil *in*: Burisch/Weil, 1976, pp. 167 ss, 172.

³⁰ Peter Aebersold, 1976, pp. 225-248; concernant le rôle joué par le *psychologue* dans le cadre de la prison traditionnelle, Wagner, 1972, p. 80-98: il s'agit du rôle d'un pompier qui n'intervient qu'en cas d'incendie ("Ventilfunktion").

³¹ Cf. Schwander, 1964, note 71; Message du Conseil Fédéral du 23 juillet 1919 p. 16, Pacte de l'ONU du 19 décembre 1966 art. 10 ch. 3 "le but essentiel des condamnés est leur amendement".

chiques du détenu sur la base de récits de prisonniers (Sievert, 1929). Les réactions psychologiques de l'individu, soumis à rude épreuve par l'emprisonnement, que révèle la psychanalyse fit prendre conscience à certains auteurs qu'il fallait d'abord développer les forces intérieures du détenu, sa volonté et ses mécanismes d'inhibition des "instincts"³². La politique éducative de ces auteurs se rapproche de la conception dynamique en ce sens qu'ils rejettent toute forme d'intimidation et, par référence à Pestalozzi, une accoutumance et obéissance aveugles. Ils prônent au contraire la nécessité de développer la capacité d'amour, de travail, de renonciation et de réalisation de sa personnalité.

Mais ces termes sont trompeurs. Leur conception reste statique. En y regardant de plus près, on s'aperçoit que l'action éducative réside à leurs yeux dans l'éveil de la conscience, dans l'éveil d'un sentiment de culpabilité *moral* (Boye, 1944, pp. 51-53; 1942/3, p. 289 ss) et dans l'intériorisation par la raison de normes morales qui doivent permettre au détenu de vivre sans conflits (Boye, 1944, p. 34; Baumgartner, 1946, p. 218). Le style éducatif reste paternaliste et le modèle, celui du système progressif³³.

3.2.3. La conception psychologique du délinquant

Le modèle béhavioriste : à la lumière de la description du système progressif et de son objectif d'amendement du prisonnier, la conception psychologique sous-jacente à la politique traditionnelle d'exécution des peines peut se ramener aux prémisses suivantes : du point de vue méthode, cette politique est basée sur un modèle très simple de stimulus-réponse du type béhavioriste (Wagner, 1972, p. 96; Bergius, 1960, p. 475 ss). Elle part de la conviction que le comportement du délinquant peut être conditionné par des sanctions, des faveurs et la prêche. Outre la faiblesse de la référence faite à la pratique, ce modèle béhavioriste se distingue essentiellement du béhaviorisme watsonien par l'existence d'une conception anthropologique du délinquant bien précise.

Le caractère prédéterminé : selon la conception anthropologique sous-jacente à la politique traditionnelle, l'homme est le produit de traits de caractère prédéterminés³⁴. On considère que l'homme doit être capable de vaincre les "mauvais" traits de caractère grâce à des mécanismes régulateurs moraux c'est-à-dire gouvernés

³² Baumgartner, 1946, p. 211 ss; Boye, 1944, pp. 12-16 et 1942/3, p. 291 ss, rappelant que la conscience de la faute fait saisir le détenu d'un sentiment de honte et de haine, elle écrit : "d'un point de vue autoritaire on ne peut atteindre ces hommes", p. 299.

³³ Dans cette même ligne d'une adaptation non répressive, nous trouvons les tentatives de traitement psychothérapeutique, tel celui préconisé par Mathé, 1976, pour qui "le processus de restauration de la personnalité passe par le processus d'intégration actualisée de cette personnalité *qui accepte et intègre les conditions de la sanction*" (p. 208). Le traitement se fait dans le cadre du châtimeut, le détenu est considéré comme un cas pathologique.

³⁴ Cette conception est omniprésente dans la jurisprudence suisse, voir à titre d'exemple les arrêts : *Zeitschrift des Berner Juristen-Vereins* 87 (1951) p. 39 où il est question d'un "angeborener hysterischer Charakter". D'autres exemples chez Aebersold, 1972, p. 29 ss et jurisprudence sur la *psychopathie*, cf. note 36. La psychopathie est toujours considérée par référence tacite à Schneider comme une "*anlagebedingte, abnorme Spielart menschlichen Wesens*" (Schneider, 1950, p. 3); cf. aussi Aebersold/Blum, 1975.

par la conscience morale) qui peuvent être stimulés par un conditionnement béhavioriste. L'échec du conditionnement est attribué au fait que les "mauvais" traits de caractère auraient eu le temps de s'endurcir chez les délinquants considérés comme des "passionnels", des "méchants" ou encore des "faibles de volonté". Ces délinquants-là ne sont plus susceptibles d'être amendés par le conditionnement habituel. Ils sont appelés des "caractériels". Le délinquant est un homme dont la conscience morale serait dérégulée, alors que les mécanismes régulateurs moraux, d'inhibition, d'auto-discipline, de condamnation morale, la peur de la punition et la censure morale sont biologiquement intacts³⁵.

La responsabilité pénale : le champ d'application de la prison est déterminé par les articles sur la responsabilité pénale, art. 10 et 11 CPS appliqués *a contrario*. En vertu de ces articles, une condition essentielle pour admettre l'irresponsabilité ou responsabilité restreinte du délinquant, réside dans le critère biologique³⁶. La ratio legis de cette distinction semble résider dans cette explication donnée par Boor : si les causes du comportement délictueux ne sont pas d'ordre biologique, mais d'ordre intrapsychique (névrose ou psychopathie), les régulateurs moraux sont censés pouvoir fonctionner (Boor *in* : Moser, 1971, p. 134). Or, l'action éducative classique se fonde justement sur le conditionnement de ces régulateurs et présuppose donc qu'ils soient biologiquement en mesure de fonctionner. Le critère utilisé pour déterminer la responsabilité pénale et délimiter le champ d'application de la politique éducative béhavioriste est le même que celui qui permet de déterminer l'accessibilité du délinquant à cette politique³⁷.

3.2.4. La personnalité autoritaire

Nous avons défini au départ la conception traditionnelle de l'action éducative comme statique parce qu'elle cherche à adapter le comportement du détenu à une certaine norme sans se soucier de sa capacité d'adaptation, lorsque le comportement normal ou "Leitbild" qu'il aura appris ne lui permet plus de résoudre les conflits survenus à la suite d'un changement de circonstances. Nous avons vu en outre que la norme qui constitue le "Leitbild" de l'action éducative classique correspond aux vertus extérieures qui sont le propre d'une personnalité autoritaire. Or, l'étude faite par Adorno et Horkheimer sur la personnalité dite autoritaire

³⁵ La conception statique du délinquant n'est pas celle d'un homme qui agirait délibérément contre la loi ou aurait une sorte de volonté rebelle comme l'affirme Schrag *in* : Cressey, 1961, p. 322-332. Elle ne prend pas partie dans la controverse philosophique entre déterministes et partisans du libre arbitre. Le système behavioriste de traitement ne préjuge nullement d'une conception volontariste. Il présuppose que l'homme est susceptible d'être conditionné. (Cf. Joset, 1976, p. 222ss : l'opinion des gardiens sur les causes de la criminalité).

Les positivistes n'ont d'ailleurs jamais mis en cause le traitement classique basé sur le modèle behavioriste (cf. Merle/Vitu, 1973, p. 26ss). Liszt considérait lui-même le traitement classique comme inutile uniquement chez les fainéants, vagabonds, mendiants et dangereux, cf. Graven, 1952, p. 244.

³⁶ Cf. la jurisprudence sur l'application des art. 10 et 11 du CPS citée par Dukor, 1951, p. 418 et encore : Graven, 1971, p. 4 ss.

³⁷ Sur le rapport entre responsabilité pénale et capacité pénale : Graven, 1964, p. 183; Zürcher, 1914, p. 27; Miéville, 1975.

dans le cadre de leurs "Studies in Prejudice" nous confirme que la personnalité à structure autoritaire possède en général une capacité d'adaptation plus faible.

Cette étude est donc intéressante en ce qu'elle démontre que les low-scored ont une plus grande flexibilité et créativité (Adorno/Horkheimer, 1950, pp. 976, 390 ss) alors que la structure de la personnalité autoritaire se distingue par une plus grande rigidité (ibid. p. 479-480) et d'autres traits qui peuvent tous s'expliquer par une plus grande faiblesse du moi (Ich-Schwäche) (Rattner, 1970, pp. 139 ss, 142).

On peut en déduire que la personne à structure autoritaire est finalement plus susceptible de choisir des comportements déviants lorsque les problèmes auxquels elle est confrontée sortent du cadre des clichés connus, et cela malgré l'apparence de ces "fortes" personnalités. Aussi les chances de réhabilitation paraissent-elles aux auteurs de cette étude plus grandes chez les low-scored personalities que chez les faibles personnalités autoritaires (Adorno/Horkheimer, 1950, pp. 890, 975).

3.3. *La prison en tant qu'institution*

3.3.1. L'aliénation de ses objectifs propres

La perspective institutionnelle de l'homme : la conception traditionnelle de l'homme aux traits de caractère prédéterminés n'est pas statique uniquement dans ses effets, c'est-à-dire quant à la place qu'elle fait à la capacité d'adaptation du détenu. Elle l'est aussi parce qu'elle est le produit d'une perspective institutionnelle.

La conception statique de l'homme qui cautionne la politique éducative traditionnelle ressemble à celle des "psychologues" du travail de la fin du 19^e siècle et celle des entrepreneurs capitalistes du début de la révolution industrielle (Brown cité par Wagner, 1972, pp. 96-97, note 32; cf. Foucault, 1975, p. 236-237). Pour eux aussi, l'homme est le produit de traits de caractère prédéterminés : la plupart des hommes sont paresseux et n'aiment pas le travail. Il n'y a que la peur et la jalousie qui les poussent à l'action. Cet "homo oeconomicus" est un être rationnel qui utilise sa raison pour calculer le degré de peines absolument indispensable pour atteindre un certain degré de satisfaction... Adam Smith définit l'égoïsme de l'homme comme "le principe social dominant dans les relations sociales". Les ravages que cette conception de l'homme a fait parmi les ouvriers de la société capitaliste libérale sont trop connus pour être rappelés ici. Avec Wagner nous pouvons affirmer que la conception statique de l'homme possède une finalité politique concrète : elle s'inscrit dans la politique générale du maintien de structures existantes et du pouvoir qui les a mises en place (Wagner, 1972, p. 97).

De même, en cautionnant une politique éducative répressive dont les "Leitbilder" se confondent avec les vertus nécessaires au maintien de l'ordre et au respect de l'autorité, la conception traditionnelle de l'homme contribue au maintien des structures carcérales et du pouvoir qui les a mises en place. Elle permet d'esquiver la question de l'opportunité de telle structure pour atteindre le but éducatif propre à l'organisation de l'exécution des peines³⁸.

³⁸ Cf. Goffman, 1973, p. 87ss et 292 : la conception traditionnelle permet d'interpréter les conflits surgissant entre le détenu et la prison comme le résultat d'une insubordina-

La prison comme but en soi : dans son étude sur les EPO, Joset montre que le véritable objectif de la politique éducative traditionnelle est le bon fonctionnement de l'établissement qui est devenu un but indépendant et même le but prédominant de la prison (cf. Aebersold, 1973, p. 171).

La politique éducative traditionnelle n'est plus que la justification théorique d'une vie carcérale totalement réglementée, devenue un but en soi.

C'est ici que la perspective historique prend tout son sens. En aliénant ses propres objectifs historiques, toujours affichés au profit de buts imposés par le maintien des structures, l'organisation de l'exécution des peines devient une institution "octroyée" (Max Weber) par ceux qui cherchent à exercer le pouvoir à travers elle (cf. Burisch/Frey, 1976, p. 29; Weber *in* : Parsons, 1947; Schrag *in* : Cressey, 1961, p. 319).

L'adéquation de l'institution au but éducatif : même une organisation aliénée peut, tout au moins théoriquement, continuer à servir les objectifs propres. Pour demeurer fidèles à notre perspective historique, nous devons ici nous demander si l'institution prison est toujours adéquate ou si elle a fait son temps, et quelles seraient alors les possibilités concrètes de dissolution de l'institution d'une manière conforme à son histoire. C'est donc la seconde étape d'une analyse historique qu'il nous incombe d'entreprendre dans les paragraphes suivants, celle que Burisch a formulée par "Einsicht nehmen in unabdingbare und gestaltbare Prozesse"³⁹.

Dans quelle mesure la prison institutionnalisée empêche-t-elle la réalisation des objectifs propres à l'organisation par le fait qu'elle développe ses propres impératifs qui échappent au contrôle de leur adéquation aux objectifs de l'exécution des peines?

3.3.2. La prison comme institution totale

Les études faites par Goffman et Clemmer notamment, ont montré que le détenu est amené à se préoccuper surtout de son adaptation au système carcéral qui peut entraver sa socialisation en raison des phénomènes de la mortification et anomie, entre autres (Goffman, 1973, p. 24ss; Hohmeier, 1973, p. 60ss). La prison est une institution totale au sens que Goffman donne à ce terme (Goffman, 1973, pp. 13ss, 17-18). Dès son entrée, le détenu subit un processus de régression de sa personnalité, de déresponsabilisation totale. Il sait qu'il reste constamment sujet à la critique en raison de l'impossibilité de suivre le règlement à la lettre⁴⁰.

Les conséquences néfastes des déprivations carcérales sur le psychisme des

tion rebelle ou une preuve supplémentaire de son caractère criminel, sans que la prison ne soit mise en cause.

³⁹ Burisch/Frey, 1976, p. 16 et 18-19 : "Das Bewusstsein von Geschichte wäre... die geschichtsbewusste Auflösung von Institutionen einschliesslich einer abstrakten, geschlossenen Utopie".

⁴⁰ Pour une bonne illustration voir Joset, 1976, pp. 62, 67, AK 12.1.1, qui cite en exemple le système des "points de cellule".

détenus ont été décrites à maintes reprises⁴¹. Sieverts avait déjà noté auprès des détenus la paralysie de leur volonté, leur grande susceptibilité qui met leurs nerfs à fleur de peau, la labilité de leur état d'âme (Gefühlsleben), la perte du sentiment de la réalité et une grande léthargie qui est produite par le sentiment d'impuissance dû au pouvoir total de l'institution (Sieverts, 1929, pp. 107ss, 146-151).

Un autre aspect important de l'institution totale est l'anomie qu'elle cultive, c'est-à-dire l'isolement psychique par manque de voies de communication autonomes (Garrity *in* : Cressey, 1961, p. 363), qui peut avoir les mêmes effets nocifs que l'isolement psychique lorsque le détenu n'arrive pas à compenser la privation de communication par des voies détournées; ce que Clemmer appelle les processus de "prisonization" (Clemmer, 1958, p. 229); cf. Harbordt, 1972, p. 85) et ce que Goffman a rendu par le terme d'"adaptation secondaire" (Goffman, 1973, pp. 59ss, 185ss, 299).

L'incapacité dans laquelle se trouve le prisonnier de réagir ouvertement aux déprivations qui lui sont imposées est accentuée par le processus du "looping" (Goffman) : toute réaction du prisonnier est aussitôt avortée par l'institution qui lui fait suivre une nouvelle sanction (Goffman, 1973, p. 44ss). Ce phénomène est particulièrement intéressant par rapport aux thérapies de groupe qui accentuent le "looping", par l'intérêt qu'elles portent aux réactions du prisonnier. Même si le "looping" ne consiste alors plus en une sanction proprement dite, mais en une réponse thérapeutique, cette réponse est quand même donnée dans le cadre d'une institution totale dont elle augmente le pouvoir de contrôle⁴². On ne peut pas attendre du pensionnaire qu'il adopte une attitude coopérative dans sa propre thérapie lorsqu'on lui inflige en même temps toutes les déprivations. D'où *l'incompatibilité entre traitement et emprisonnement*. En outre, aux yeux du détenu, traitement et emprisonnement ne se différencient guère. Dans les deux cas, il est considéré comme un cas pathologique et enveloppé d'un pouvoir total qui le prive de sa responsabilité et le soustrait à sa propre volonté. A cela s'ajoute le stigma qui est attaché au rôle d'un patient mental (Galtung *in* : Cressey, 1961, p. 122ss).

A côté des phénomènes de dépersonnalisation à l'intérieur de la prison, il y a ceux qui produiront leurs effets après la sortie, soit la stigmatisation et la perte de certaines habitudes et comportements courants dans la vie en liberté, la "disculturation" (Goffman *in* : Cressey, 1961, p. 67). Cette perte est une conséquence directe de l'adaptation primaire et exprime ce que Charles Lucas et d'autres n'ont cessé d'affirmer depuis le début du siècle dernier : que la prison ne peut manquer de fabriquer des délinquants. Qu'elle en fabrique par le type d'existence qu'elle fait mener aux détenus (Lucas, 1838, p. 124).

Ce qu'il faut avant tout retenir du phénomène de la "secondary adjustment"

⁴¹ Brandenberger/Binswanger, 1975, p. 409ss; Zubek (éd.), 1969, qui contient un résumé des quelque 700 travaux de recherche à avoir été entrepris ces derniers quinze ans sur les effets de l'isolement sur le psychisme.

⁴² Goffman, 1973, p. 44ss et 63; un exemple typique d'un tel traitement correctionnel avec effet "looping" constitue la thérapie (psychothérapie relationnelle) préconisée par Mathé, 1976.

comme il est appelé par Goffman, c'est qu'il confirme l'existence de mécanismes psychologiques qui agissent en direction d'une autodéfense du détenu contre les tentatives de conditionnement de l'institution. C'est l'idée que l'homme contribue activement au développement de sa personnalité. Des obstacles sont nécessaires à ce développement parce qu'ils lui servent de cibles sur lesquelles le détenu peut exercer son aptitude à résoudre des conflits qui contribuent ainsi à la formation de son identité (Goffman, 1973, p. 304). D'où l'importance de l'organisation, c'est-à-dire des structures dans lesquelles doit se poursuivre le processus de formation de la personnalité, comme l'a fait remarquer Cressey : "if the traits are to be changed, the organisation, *not* the person, must be made the object of modification" (Cressey, 1961, p. 8).

3.3.3. "Nil nocere"

La politique du "nil nocere" qui signifie ne puis nuire pas plus qu'il n'est indispensable pour faire fonctionner la prison, se fonde sur l'existence des phénomènes de prisonnisation et de déculturation. Son objectif est de contrecarrer la régression de la personnalité et l'apprentissage des normes de la sub-culture par un assouplissement du caractère autoritaire de l'institution. Mais les structures traditionnelles de la prison ne sont pas mises en cause. La politique du "nil nocere" ne doute pas de la fonction éducative que peuvent remplir l'ordre et la discipline aux yeux d'une conception statique de l'action éducative, mais cela présuppose que la discipline soit limitée à sa stricte fonction sociale qui doit être reconnaissable pour le détenu. Cette fonction sociale consiste à garantir l'ordre et la sécurité à l'intérieur de la prison et la protection de la population, c'est-à-dire la sécurité à l'extérieur⁴³. L'idée du "nil nocere" se retrouve d'ailleurs à l'art. 58 des règles minima pour le traitement des détenus, édictées par l'ONU⁴⁴.

Cependant, prisonnisation et déculturation sont des phénomènes inhérents à l'organisation d'une prison dont la première fonction est aujourd'hui sa propre survivance dans des structures immuables. Malgré un régime assoupli, la prison reste une institution totale qui influence négativement le processus de formation de la personnalité du détenu. Les mesures compensatoires prônées par Schüler-Springorum, "l'omnia prodesse" (Schüler-Springorum, 1969, p. 186, 210ss) ne suffisent pas pour échapper au trait principal de la prison : la prise en charge totale de la vie des pensionnaires et leur mise sous tutelle, qui sont les conditions mêmes d'une politique éducative statique qui sont incompatibles avec les conclusions de Cressey et Goffman.

⁴³ Schüler-Springorum, 1969, p. 165 ss, 177 ss; un deuxième moyen d'une politique du "nil nocere" consiste à favoriser les mesures de compensation comme le sport (voir à ce propos Mayer *in* : Busch/Edel, 1969, p. 319-355 et 397 ss, et du même auteur, 1962, 135 ss).

⁴⁴ "Le système pénitentiaire ne doit donc pas aggraver les souffrances inhérentes à une telle situation".

4. L'OBJECTIVEMENT FAISABLE ET HISTORIQUEMENT JUSTE

4.1. *La politique éducative dynamique*

4.1.1. Le comportement interactionnel

Une perspective anti-correctionnelle : nous avons décrit la conception statique de l'homme comme le produit de certains auto-mécanismes socioculturels et de structures institutionnalisées qui exigent obéissance et conformisme. L'existence chez le délinquant de traits de caractères fixes est seule capable de justifier un traitement par conditionnement dont le but est de former un individu obéissant. Parler de traits de caractère fixes revient à nier une participation active de l'homme à la création de sa personnalité et affirmer que sa conscience est manipulable. Cette perspective, que Matza appelle correctionnelle (Matza, 1969, p. 17), est incapable de séparer standards moraux et description du phénomène de la délinquance. C'est dès lors sur une description objective des phénomènes que le "naturalisme" (Matza, 1964; Becker, 1973, p. 33ss) base sa conception de l'homme. La conception "naturaliste", que nous appellerons dynamique, se comprend comme une réaction au mouvement positiviste, par l'accent qu'elle met sur la participation de l'individu au développement de sa personnalité. Elle reconnaît l'importance réelle de la recherche d'identité et donc de la diversité des individus dont chacun possède une vision personnelle propre des phénomènes⁴⁵.

Par sa perspective, la conception dynamique se situe néanmoins en dehors de la problématique éthique liée à la querelle entre déterministes et "libre-arbitres". L'objet de son analyse est le comportement humain qu'elle affirme être le résultat d'interactions entre l'individu et son environnement social⁴⁶. Dans la conception behavioriste traditionnelle, le comportement n'est analysé que du point de vue de sa manifestation externe. Il est compris comme une réaction mécanique, alors que pour l'interactionniste le comportement est en même temps effet et cause : le phénomène visible de la réaction à un stimulus n'est que secondaire, le comportement tient déjà compte de la réponse que son auteur attend de la part de l'environnement.

Ou plus lapidairement : au début était la réponse. Il y a unité de l'intérieur et de l'extérieur, entre la signification que l'auteur donne à son acte en fonction de la réponse qu'il prévoit, et son comportement externe tel qu'il se manifeste. L'homme se crée donc lui-même au contact des autres⁴⁷. Or, les principes scientifiques qui gouvernent le comportement humain en général gouvernent également le comportement criminel en particulier.

⁴⁵ C'est essentiellement le mérite de la nouvelle école de Chicago (Becker, Goffman et Lemert) d'avoir mis en évidence l'existence d'une recherche d'identité du délinquant dans la diversité qui tranche avec le concept pathologique classique. Cf. Matza, 1969, p. 165ss, et Cressey cité chez Cressey, 1961, p. 316.

⁴⁶ Becker, 1973, p. 14 : "delinquency is ... a quality that lies ... in the interaction between the person who commits an act and those who respond to it" aussi : Quensel, 1964, pp. 26 et 127; Clinard, 1975, p. 38.

⁴⁷ Matza, 1969, p. 174; Becker, 1973, p. 138, en relation avec le processus du labelling : "people act with an eye to the responses of others involved in that action". Cf. avec les néo-psychanalystes et surtout Fromm, 1960.

L'identité délinquante : il n'existe donc pas de comportement criminel spécifique non plus. Matza dit : le délinquant se crée une identité de délinquant parce qu'il a besoin de se trouver une identité (Matza, 1969, p. 173). Dans l'idée de Matza, le délinquant serait à la poursuite d'un moi idéal, d'une identité qu'il n'arrive à réaliser que par la délinquance. Seule cette voie-là lui resterait ouverte dans la situation concrète dans laquelle il se trouve s'il veut se réaliser, parce qu'il a vitalement besoin de se réaliser.

Tous les délinquants, et il s'en faut, ne se sont pas encore figés dans une image d'un moi idéal délinquant qui dirige tous leurs actes. L'idée de Matza a néanmoins quelque chose de fondamentalement juste en situant le comportement délinquant dans une perspective dynamique où le besoin de se réaliser et la recherche d'une identité jouent un rôle essentiel. La rupture d'une norme sociale est le résultat de toute une histoire où l'auto-déception (les expériences d'échec ou "das Gefühl des Ausgestossenseins") joue un rôle fondamental⁴⁸. D'échec (manque de reconnaissance sociale) en stigmatisation (rejet par l'environnement social), le délinquant donne à son échec la signification que la morale, les autres, lui attribuent⁴⁹. Il peut alors aller jusqu'à s'identifier au rôle de raté en choisissant des comportements qui lui permettent de se réaliser en fonction de cette identité "octroyée". Il finit alors par mettre en doute sa propre "normalité" et à s'identifier à cette idée d'anormalité avec un fatalisme qui lui permet en premier lieu de se protéger de soi-même. En adoptant le sort qui lui est offert par les autres, il évite en effet de se poser des questions sur ses véritables besoins (Quensel/Quensel *in* : Kaufmann, 1971, p. 163).

Le conflit vital : le processus de socialisation se fait donc par le développement de mécanismes régulateurs face à un environnement social avec lequel l'individu est en tension constante. Le conflit social est le centre de son existence, il garantit son évolution "ontologique", c'est son élément vital (Quensel, 1964, pp. 98-100, 110-111 et citations) d'où le sens de socialisation dans cette conception dynamique de l'homme : capacité de vivre ses conflits⁵⁰. La rupture de la norme sociale est une conséquence inhérente à la structure humaine, et non pas l'indice d'un défaut ou d'une anormalité dans les mécanismes de comportement du délinquant.

Besoins et réalisation de soi : une description détaillée du fonctionnement des mécanismes internes de comportement qui caractérisent le processus de formation de la personnalité autonome ("individuation", Quensel, p. 128) dépasserait le cadre de cette étude. Il n'est pas de notre compétence de faire une critique des nombreuses écoles interactionnelles qui existent actuellement aux Etats-Unis.

⁴⁸ Menninger, 1970, p. 243; Aebersold/Blum, 1975, pp. 19 et 26ss, l'histoire de Werner M. qui traduit bien le traumatisme "des Abgeschobenwerdens" (de la mise à l'écart).

⁴⁹ Voir Quensel, 1972, p. 470ss, une enquête socio-psychologique sur les effets provoqués par toute forme de stigmatisation (punition) dans les différents stades du processus de formation d'une identité déviante.

⁵⁰ Cf. la conception de l'homme des néo-psychanalystes : Erikson, 1966; Sullivan, 1940 et 1953; étude chez Rattner, 1970, pp. 108 et 139ss.

L'essentiel du processus d'individuation peut se résumer ainsi par référence à l'approche anthropologique de Quensel (1964, p. 32ss, 118ss)⁵¹ : le facteur clef des mécanismes internes est constitué par les besoins qui expriment la nécessité existentielle de l'individu de communiquer avec le monde.

Les besoins sont vécus comme des manques momentanés et expriment donc un déséquilibre "situationnel". L'individu cherche à compenser ce déséquilibre par une action gratifiante. Il est poussé à le faire par une tendance générale vers la réalisation de soi ("generelle Tendenz zur Selbstentfaltung") inhérente à tout être humain. C'est l'aspect énergétique du besoin qui s'élabore en fonction d'une image d'un moi idéal appelée le "Selbst". L'autre aspect du besoin est le comportement qui sous-entend sa réalisation. Il peut être social ou consister en un acte individuel.

Thérapie sociale : de cette vision interactionnelle, dynamique, découle l'idée d'une action éducative qui aide le détenu à comprendre sa propre problématique personnelle (Quensel/Quensel *in* : Kaufmann, 1971, p. 162), et qui lui présente les moyens aptes à l'aider dans l'élaboration de mécanismes de régulation des conflits conformes à sa personnalité. D'autres ont exprimé cette idée par la formule "Hilfe zur Selbsthilfe" (Noll, 1962, pp. 28-29 et citations). La prison sert alors de terrain d'exercice pour l'élaboration d'un comportement social (Übungsfeld für soziale Verhalten). L'accent d'une telle "thérapie sociale" est mis sur la communication entre personnes impliquées (Müller-Dietz, 1972, p. 50; Aebersold, 1975, p. 9)⁵². Etant donné que l'individu joue un rôle actif dans son processus d'individuation (formation d'une personnalité autonome), l'intégration sociale ne peut se faire sans sa participation active qui présuppose évidemment son accord (principe du volontariat) (Müller-Dietz, 1972, pp. 35, 95-96).

4.1.2. "Erziehung zur Friedfertigkeit"⁵³ ou socialisation constructive

Les besoins essentiels : un autre aspect des processus interactionnels a été

⁵¹ Sa vision de la personnalité est celle d'un système dynamique ouvert qui s'autogère par la transformation d'informations (pp. 51, 126). Certains comportements peuvent se figer en automatismes et devenir des buts en soi. La personnalité devient alors statique, incapable de s'adapter et refusant de tenir compte de l'information qui lui vient de l'extérieur pour modifier sa structure interne du comportement. Or, c'est justement le propre d'une personnalité autoritaire de refuser ou d'être incapable de se remettre soi-même en cause (Adorno/Horkheimer, 1950, p. 659). Cf. avec Laborit, 1974, p. 133, qui parle de l'incapacité de s'ouvrir à l'information circulante. Une personnalité autoritaire est donc une personnalité-institution qui a aliéné ses objectifs propres au profit des buts octroyés par la norme (ou "Leitbild").

⁵² Il ne doit évidemment pas s'agir uniquement d'interactions entre pensionnaires, *le personnel doit y être associé* à part égale dans une relation de partenaire. C'est ce qui différencie cette forme de thérapie des traitements psychothérapeutiques qui considèrent le détenu comme un cas pathologique. Ensuite, la thérapie sociale est une *thérapie anti-correctionnelle*, ce qui signifie qu'elle doit refuser de s'intégrer dans des conditions qui respirent la sanction (au contraire de Mathé, 1976). Enfin, le propre d'une thérapie sociale est de permettre au détenu "*d'essayer*" certains comportements, ce qui représente la seule garantie de son émancipation. De tels essais ne peuvent pas se faire dans un cadre totalitaire.

⁵³ C'est le titre de l'article de Wintsch, 1973, p. 309ss.

relevé notamment par Plack et Naegeli en rapport avec la théorie de l'agressivité-frustration. Plack relève l'existence de certains besoins essentiels de l'homme liés à son autoconservation et à son désir existentiel de communication avec le monde. On peut y voir là à juste titre un rapport avec l'aspect énergétique des besoins, mentionné par Quensel. Ces besoins se traduisent pour Plack surtout par la motricité et la sexualité-tendresse (Plack, 1974, p. 72ss; cf. Sullivan).

Le comportement agressif : l'idée de Plack et Naegeli peut se résumer de la manière suivante : il existe deux sortes de comportements sociaux, le comportement constructif qui est "friedfertig" (paisible) et le comportement agressif, hostile qui est destructif (Naegel *in* : Plack, 1973, p. 176ss). Le refoulement des besoins essentiels provoque une tension agressive. Les besoins sont refoulés lorsque l'individu ne trouve pas de moyens pour les satisfaire et qu'il ne possède qu'une faible tolérance aux frustrations, bref lorsqu'il est incapable de communiquer avec le monde d'une manière ouverte. Il est alors sous une contrainte constante due à ce refoulement. Deux voies s'offrent à lui pour répondre à cette contrainte. Ou bien il capitule et libère son agressivité accumulée en lui par un comportement agressif qui sera soit adapté aux normes sociales, soit déviant⁵⁴ ou bien il assimile son agressivité, la travaille et la vide de son potentiel énergétique.

Socialisation et comportement constructif : de même qu'il existe deux voies pour répondre à l'agressivité-frustration, l'action éducative peut rechercher deux fins. Elle peut soit tendre à apprendre au détenu des comportements qui lui permettront de se décharger selon des schémas acceptés par la société (qui correspondraient à la conception traditionnelle), soit elle cherche à l'aider à augmenter sa tolérance aux frustrations, son aptitude à communiquer et à aimer⁵⁵ ainsi que sa créativité afin qu'il devienne capable d'avoir un comportement socialement adéquat et constructif (friedfertig). Cette dernière solution apparaît comme la plus adéquate à l'objectif préventif. Elle constitue en effet le seul moyen de rendre la personnalité du détenu forte⁵⁶ et capable de résoudre des conflits imprévus.

Quant à la première alternative, celle de l'apprentissage des "Leitbilder", elle n'éliminerait pas le potentiel agressif. Elle consiste simplement à dévier l'agressivité sur des cibles conformes (Ersatz-Objekte) (Naegeli *in* : Plack, 1973, p. 176) ou contre soi-même. Dans cette dernière hypothèse, l'agressivité se manifesterait par une attitude extérieure qui correspond à celle décrite plus haut de la personnalité autoritaire, par une attitude de soumission, de modestie et de passivité, mais reflèterait une vie intérieure marquée par l'hypocrisie, la résignation et l'ennui (cf. Wintch *in* : Plack, 1973, p. 302ss et enquêtes socio-psychologiques citées). La personnalité autoritaire est justement caractérisée par

⁵⁴ Pour un exemple significatif, cf. Plack, 1974, p. 230.

⁵⁵ Naegeli *in* : Plack, 1973, p. 179. Il s'agit du phénomène que Wintch appelle la "Erziehung zu sozialer Intelligenz"; wenn ich sensibel bin für den anderen und auf seine Bedürfnisse mir gegenüber angemessen antworte", Wintch *in* : Plack, 1973, p. 306. Cf. Fromm, 1960.

⁵⁶ Cf. Rättner, 1970, p. 139 : La "Ich-Stärke" se caractérise par les qualités suivantes : "Realitätsangepasstheit, Flexibilität, schöpferische Kraft, Beziehungsfähigkeit, Kommunikationsmöglichkeit, Angstfreiheit".

le rejet de tout ce qui est différent, les préjugés et la tendance à résoudre ses conflits par la domination et le choix de cibles humaines. D'où l'importance que représente pour elle le phénomène des boucs-émissaires, mais aussi le sport qui prendrait, selon Naegeli, une place importante dans les processus de déviation de l'agressivité en prison. Il nous est maintenant plus facile de comprendre les raisons de la rigidité de la personnalité autoritaire. Celle-ci doit se créer des défenses rigides pour retenir les tendances refoulées; or, plus elle doit réprimer ses besoins, plus elle s'affaiblit et plus elle a besoin de défenses rigides. "In this vicious circle, impulses are not prevented from breaking out in uncontrolled ways". (Adorno, 1970, p. 480), et il ne faut pas oublier que l'adaptation sociale de la personnalité autoritaire n'existe que si elle trouve des débouchés socialement conformes à son agressivité. Elle dépend donc de circonstances relativement restreintes (Adorno/Horkheimer, 1950, pp. 479-81).

Thérapie non punitive : le but de favoriser la capacité communicative et l'assimilation de l'agressivité ne peut être atteint si l'on place, tout de suite, un détenu faible dans un cadre agressif qui rend une telle assimilation au contraire encore plus difficile. Or, l'action éducative traditionnelle, par son caractère autoritaire et par l'abnégation qu'elle exige de la part du détenu, favorise le refoulement des besoins essentiels et crée l'agressivité⁵⁷. Même si cette dernière se manifeste par un comportement soumis durant l'incarcération, elle n'attend en général que la libération pour exploser à la face du monde⁵⁸. L'autre aspect de l'action traditionnelle, producteur d'agressivité, réside dans son côté punitif. La punition sert à réprimer une agressivité déjà présente et ne fait donc qu'approfondir la frustration. Ensuite, la punition est une manifestation d'hostilité qui est ressentie par le détenu comme une libération d'agressivité émotive (Reiwald cité par Naegeli *in* : Plack, 1973, p. 172, note 96) Elle est elle-même une forme d'agressivité (Plack, 1974, p. 89, 137ss; Naegeli *in* : Plack, 1973, p. 107ss, note 93). Or toute agressivité engendre chez sa victime une nouvelle agressivité. L'action éducative traditionnelle est donc caractérisée par un processus continu d'agressions mutuelles, par une interaction de décharges d'agressivité.

4.2. Conclusions

4.2.1. La politique éducative historiquement adéquate

En conclusion, nous sommes amenés à affirmer que seule la conception dynamique liée à une politique de thérapie sociale est véritablement conforme au but criminologique que nous avons dégagé au départ de la *ratio legis* de l'art. 37 ch. 1 al. 1 CPS. Seule la conception dynamique des effets escomptés par une action éducative peut prétendre à viser un but de prévention dans une société dynamique caractérisée par une complexité de situations toujours imprévisibles

⁵⁷ Cf Ammon cité par Naegeli *in* : Plack, 1973, p. 179; comparer les attitudes que Sieverts avait observées auprès des détenus avec celles qui résultent d'une agressivité tournée contre soi-même (Wintsch *in* : Plack, 1973, p. 302).

⁵⁸ Wintsch *in* : Plack, 1973, et les enquêtes citées qui ont fait apparaître une plus grande agressivité chez les candidats soumis à une éducation autoritaire.

qui engendrent une infinité de foyers de conflits nouveaux pour les individus.

Les deux différentes conceptions n'engendrent pas seulement des politiques différentes d'éducation, mais elles sont également influencées par des conceptions différentes du comportement délinquant et de l'homme en général. Politique éducative et conception de l'homme vont de pair. Une certaine conception peut aussi se manifester uniquement à travers les raisonnements servant à justifier telle méthode de traitement. Ceci est vrai pour la politique traditionnelle qui s'est aliénée son objectif éducatif au profit du maintien du *statu quo* de la prison. Par ailleurs, seule la conception de l'homme qui est sous-jacente à la politique de thérapie sociale peut s'appuyer sur des théories actuelles en socio-psychologie, qui ont été confirmées par de nombreuses recherches empiriques. Elle seule est historiquement adéquate par rapport à l'objectif propre de l'organisation d'exécution des peines.

Enfin, la conception dynamique de l'homme explique l'échec des structures actuelles de la prison et d'une politique éducative qui englobent l'homme totalement et l'empêchent de trouver la capacité de choisir une attitude non déviante.

En raison de la structure interactionnelle de la personnalité, la déviance ne peut pas être un critère valable pour définir une action éducative. L'action éducative ne peut avoir d'autre objectif que de fortifier la capacité de chacun d'affirmer sa personnalité propre. L'infraction n'est que l'occasion d'intervenir. A la limite, nous avons tous besoin, continuellement, d'une telle intervention pour poursuivre notre processus d'individuation. La majorité des gens donne cette apparence de posséder un équilibre psychique grâce aux structures organisationnelles rigides de leur personnalité et de l'environnement social dans lesquelles ils peuvent trouver des exutoires à leur agressivité, pourvu qu'ils aient appris dans leur jeunesse à s'en servir.

Il peut se trouver des "délinquants" à qui il manque uniquement les connaissances techniques nécessaires pour se servir des exutoires offerts par notre société. C'est même peut-être le cas pour une majorité de petits "délinquants" prolétaires. S'ils avaient acquis ces connaissances, ils trouveraient certainement un appui dans les structures sociales de notre société à l'image des autres citoyens. On en avait déduit, au début de notre siècle, la nécessité de rattrapper ce retard grâce à une formation professionnelle adéquate.

Mais on ne tenait pas compte des problèmes dus à la stigmatisation et à la déculturation. La réintégration sociale pose à ces condamnés un problème insoluble s'ils ne possèdent pas une personnalité supérieure à la moyenne. Et, n'oublions pas que la société a besoin de victimes pour ces exutoires. La faiblesse de la personnalité autoritaire ne se manifeste qu'en cas de marginalisation, d'exclusion de la reconnaissance sociale ou de perte des moyens matériels qui permettent de se défouler.

Puisque le but de la "thérapie" sociale est l'élaboration d'une personnalité forte, non autoritaire, souple et communicative, puisque seul l'exercice pratique de la communication et de l'affection permet d'atteindre cet objectif, la "thérapie" sociale ne se distingue pas dans sa forme d'un climat général satisfaisant pour l'être humain, que Laborit appellerait un climat gratifiant, dans lequel les interrelations

humaines sont affectives et à l'écoute de l'autre. Nous en parlons en terme de thérapie uniquement en raison de l'inexistence de telles conditions dans notre société, et parce que l'intensité d'un tel climat gratifiant doit être supérieure à la normale souhaitable, dans le cadre de l'organisation de l'exécution des peines.

La thérapie sociale n'est pas un traitement particulier, mais d'abord, une attention et une disponibilité du travailleur social, qui entraînent chez ce dernier une usure particulière, au contraire du fonctionnaire qui a un cahier de charges bien précis. Après deux ans, un travailleur social est souvent au bout du rouleau. Cette attitude, ou attention, peut et devra être complétée dans l'exécution d'une peine par l'apprentissage de comportements et de connaissances techniques qui pourront réduire le conflit entre la personnalité propre au condamné et les rôles sociaux offerts par la société. Il n'est en effet pas possible de faire abstraction d'un mode de vie et d'une culture omniprésents.

Une interview avec des thérapeutes et des clients de la prison expérimentale de Tegel⁵⁹ nous fournit une idée assez exacte de ce qu'une "thérapie sociale" peut vouloir réaliser dans la pratique :

Client A : "Ici je me sens davantage provoqué. Je suis confronté à des gens et dois essayer de les tolérer. Je ne peux pas me retirer dans mon monde imaginaire comme je l'ai fait en prison". Client B : "Pour moi l'essentiel est que j'apprenne ce que c'est que des sentiments, et à ne pas me laisser emporter par eux". Ou, comme l'affirme un thérapeute, l'essentiel n'est pas d'arriver à baisser le taux de récidive, car celui-ci échappe au contrôle de l'action éducative. Celle-ci ne peut que tendre à ce qu'un détenu arrive à mieux se débrouiller avec lui-même dans sa vie. C'est là le principal succès d'une "thérapie sociale" indépendamment du fait que le détenu récidivera ou pas (Aebersold/Blum, 1975, p. 66 ss). Il reste à se demander si dans un cadre autoritaire comme la prison, une "thérapie" non autoritaire est réalisable : le cadre autoritaire ne peut être détruit que par le vécu d'une "thérapie" non autoritaire. La tentative de récupération de la "thérapie sociale" par des normes rigides et permanentes, son institutionnalisation — comme elle est en train de se produire à Tegel — sa fixation des rôles dans des schémas immuables doivent être continuellement combattues. Même si le cadre n'était pas rigide au départ, même si la prison n'avait plus de murs, la tentation pour le pouvoir d'en ériger existerait tout autant, car si des murs sont plus confortables et moins fatigants pour les personnes impliquées, ils permettent aussi le maintien des privilèges. La volonté de l'Etat de s'inventer des codes, sortes de murs de protection contre le changement, pour se créer une assise solide n'est pas née du fait des murs mais à cause de leur absence.

4.2.2. La politique dynamique face au système progressif

Le CPS détermine un certain système d'exécution des peines qui est si ancré dans la conception que nous avons définie comme statique que la question pourrait

⁵⁹ Voir l'analyse des problèmes rencontrés à Berlin-Tegel par C. Aebersold, 1975.

surgir en pratique de savoir si l'application d'une politique éducative dynamique n'est pas rendue impossible par l'obligation qui est faite aux cantons de suivre un système progressif. Si la conception dynamique apparaît en définitive comme étant la plus conforme à la *ratio legis* de l'art. 37 ch. 1 al. 1 CPS, les cantons pourraient se voir confrontés à une contradiction inhérente au système d'exécution des peines du CPS. *De lege lata*, ce conflit ne peut être résolu que par référence à l'objectif éducatif primordial de l'organisation prison que nous avons essayé de dégager, et au détriment de certains impératifs liés au système progressif. C'est la seule solution possible du point de vue d'une perspective historique.

Pour le reste, les cantons sont tenus de répondre aux exigences de la loi pénale, et par conséquent également aux exigences d'une politique éducative conforme à la *ratio legis* de l'art. 37 ch. 1 al. 1 CPS déjà lors de la construction des prisons (cf. art. 382 al. 1 CPS). Cela signifie que si la conception dynamique paraît seule conforme à la loi, les cantons ont l'obligation de construire des établissements qui permettent la réalisation effective d'une politique dynamique.

BIBLIOGRAPHIE

- ADORNO, T.W. (1970), "Erziehung zur Mündigkeit" (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- ADORNO, T.W.; FRENKEL-BRUNSWIK, E.; LEVINGSON, D.J. (1950), *The Authoritarian Personality, Studies in Prejudice* (Horkheimer, M., and Flowerman, S.H., Eds.) (Harper, New York).
- AEBERSOLD, C. (1975), "Therapie im Strafvollzug, Beispiel sozialtherapeutischer Anstalt Berlin-Tegel" (Polycopié, Zürich).
- AEBERSOLD, P. (1972), "Die Verwahrung und Versorgung vermindert Zurechnungsfähiger in der Schweiz", Heft 100 (Helbing und Lichtenhahn, Basel).
- AEBERSOLD, P. (1976), Ausbildung wozu?, *Rev. pénale suisse*, 90 (1976) 225 ss.
- AEBERSOLD, P. (1973), Der Zweck des Strafvollzugs und die Rechtsstellung der Gefangenen, *Festgabe zum schweizerischen Juristentag*.
- AEBERSOLD, P. und BLUM, A. (1975), "... der tut es immer wieder" (Sauerländer, Aarau/Frankfurt/M.).
- BAUMANN, J. (Ed.) (1973), Alternativentwurf eines Strafvollzugsgesetzes, *Arbeitskreis deutscher und schweizer Strafrechtslehrer* (J.C.B. Mohr, Tübingen).
- BAUMGARTNER, U. (1946), Möglichkeiten der Erziehung im Strafvollzug, *Rev. pénale suisse*, 60 (1946) 209 ss.
- BECCARIA, C. (1958), "Dei delitti e delle pene" (Sansoni, Florence).
- BECKER, H.S. (1963), "Outsiders" (The Free Press, Glencoe).
- BERGIUS, R. (1960), Behaviouristische Konzeptionen zur Persönlichkeitstheorie, *Handbuch der Psychologie T. 4* (Hogrefe, Göttingen).
- BLOCH, E. (1961), "Zur Ontologie des Noch-Nicht-Seins" (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- BOLLE, P.-H. (1975), L'avis d'un professeur de droit pénal sur les nouvelles dispositions du CPS, *Informations pénitentiaires suisses*, 6 (1975) 22ss.
- BOYE, H. (1944), "Das Problem der Erziehung in der Strafanstalt" (Hans Huber, Bern).
- BOYE, H. (1942), Le châtement et l'amendement, prémisses théoriques et effets pratiques, *Recueil de documents en matière pénale et pénitentiaire*, 10 (1942) 283ss.
- BRANDENBERGER, W. und BINSWANGER, R. (1975), Die Isolation in der Untersuchungshaft, *Rev. pénale suisse*, 89 (1975) 409ss.
- BRENZIKOFER, P. (1976), Erwachsenenvollzug-Erstmaligenanstalt, *Referate der Tagung Kriminalität: Straf- und Massnahmenvollzug v. 5/6. März 1976* (Gottlieb-Duttweiler Institut, Rüslikon).
- BURISCH, W. (1973), "Organisation als Ideologie" (Kohlhammer, Stuttgart).
- BURISCH, W. und WEIL, P. (1976), "Prozesse der Befreiung – Zwang in historischer Perspektive" (Neser, Konstanz).

- BURREN, E. (1965), Theorie und Strafe und Probleme des modernen Strafvollzuges, *Rev. pénale suisse*, 81 (1965) 341 ss.
- BUSCH, M. und EDEL, G. (1969), "Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug" (Luchterhand, Neuried).
- CLEMMER, D. (1940), "The Prison Community" (The Christopher Publishing House, Boston).
- CLERC, F. (1955), 1er Congrès des Nations Unies en matière de prévention du crime et de traitement des délinquants, *Rev. pénale suisse*, 70 (1955) 412 ss.
- CLINARD, H.B. (1957), "Anomie and Deviant Behaviour" (Free Press, Glencoe).
- Commission du Conseil National, (1921-29), *Protokolle zum Entwurf eines StGB*.
- CRESSEY, D.R. (Ed.) (1961), "The Prison - Studies in Institutional Organization and Change" (Holt, Rinehart and Winston, New York).
- DUEBI, W. (1971), "Handbuch über den Straf- und Massnahmenvollzug" (Stämpfli, Bern).
- DUKOR, B. (1951), Die Zurechnungsfähigkeit des Psychopathen, *Rev. pénale suisse*, 66 (1951) 418 ss.
- ERIKSON, E.H. (1966), "Einsicht und Verantwortung - Die Rolle des Ethischen in der Psychoanalyse" (Enke, Stuttgart).
- FEIGEL, S. (1949), "Der Erziehungszweck im schweizerischen Strafvollzug" (Diss. jur., Zürich).
- FEND, H. (1969), "Sozialisierung und Erziehung" (Beltz, Basel).
- FOUCAULT, M. (1975), "Surveiller et punir" (Gallimard, Paris).
- FREDE, L. und GRUENHUT, M. (Ed.) (1927), "Reform des Strafvollzuges" (W. de Gruyter, Berlin).
- FROMM, E. (1960), "Der moderne Mensch und seine Zukunft" (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- FROMM, E. (1954), "Psychoanalyse und Ethik" (Diana Verlag, Zürich/Stuttgart).
- GOFFMAN, E. (1973), "Asyle" (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- GRAVEN, J. (1950), "Les grands systèmes pénitentiaires actuels" (Sirey, Paris).
- GRAVEN, J. (1952), Franz von Liszt et le nouveau droit pénal suisse, *Rev. int. de Droit pénal*, 8 (1952) 209-257.
- GRAVEN, J. (1964), Evolution de la notion de responsabilité pénale, *Rev. int. de criminologie et police technique*, 18 (1964) 178-183.
- GRAVEN, P. (1971), les art. 10 et 11 CPS, *Journal des Tribunaux*, 119 (1971) 4 ss.
- GUILLAUME, L. (1873, 1878), Rapport au Congrès pénitentiaire international de Londres, *Rapport présenté au Conseil Fédéral*.
- HAFNER, K. und ZÜRCHER, E. (1901), "Geschichte der Gefängnisreformen in der Schweiz" (Stämpfli, Bern).
- HAFTER, E. (1946), "Lehrbuch des schweizerischen Strafrechts" (Stämpfli, Bern).
- HARBORDT, S. (1972), "Die Subkultur des Gefängnisses" (Ferdinand Enke, Stuttgart).
- HIRZEL, C.M. (1826), "Über Zuchthäuser und ihre Verwandlung in Besserungshäuser" (Zürich).
- HOHMEIER, J. (1973), "Aufsicht und Resozialisierung" (Enke, Stuttgart).
- HUGUENIN, M.S. (1973), Le travail à l'extérieur de l'établissement en semi-liberté, *Informations pénitentiaires suisses*, 84 (1973) 35 ss.
- JAEGER, J. (1907), "Rechtsbruch und Rechtsausgleich in der Strafjustiz" (Dörffling und Franke, Leipzig).
- JOSET, P. (1975), "Die waadtländische Strafanstalt Etablissements de la Plaine de l'Orbe", *Der schweizerische Strafvollzug* (Diss., Basel).
- KAUFMANN, A. (1971), "Die Strafvollzugsreform" (C.F. Müller, Karlsruhe).
- KROHNE, K. (1889), "Lehrbuch der Gefängniskunde" (Enke, Stuttgart).
- LABORIT, H. (1974), "La nouvelle grille pour décoder le message humain" (R. Laffont, Paris).
- LACKNER, K. (1973), § 13 StGB - Eine Fehlleistung des Gesetzgebers?, *Festschrift für Gallas* (W. de Gruyter, Berlin).
- LISZT, F. von (1970), "Der Zweckgedanke im Strafrecht (1882), Aufsätze und Vorträge" (W. de Gruyter, Berlin).
- LOGOZ, P. (1939), "Commentaire du CPS" (Delachaux et Niestlé, Neuchâtel).
- LUCAS, C. (1838), "De la réforme des prisons", T. I, (E. Legrand et Bergounioux, Paris).
- MATHE, A.-G. (1976), "Psychothérapie en prison" (Denöël, Paris).
- MATZA, D. (1964), "Delinquency and Drift" (John Wiley, New York).

- MATZA, D. (1969), "Becoming deviant" (Prentice-Hall, Englewood Cliffs).
- MAYER, H. (1962), "Strafrechtsreform für heute und morgen" (Duncker u. Humblot, Berlin).
- MENNINGER, K.A. (1970), "Strafe ein Verbrechen? – Erfahrungen und Thesen eines amerikanischen Psychiaters".
- MERLE, R.; VITU, A. (1973), "Traité de droit criminel" (Cujas, Paris).
- Message du Conseil Fédéral du 23 juillet 1918 sur le projet d'un CPS.
- MEYER, M. (1930), "Das Progressivsystem im schweizerischen Strafvollzug" (Diss. jur., Turbenthal, Zürich).
- MIEVILLE, C. (1975), L'expertise psychiatrique en matière pénale, *Bulletin des médecins suisses*, 19 (1975) 403 ss.
- MOSER, T. (1971), "Repressive Kriminalpsychiatrie" (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- MÜHLEBACH, K. (1971), "Der Strafvollzug an gerichtlich verurteilten Erwachsenen nach aargauischem Strafprozessrecht" (Diss. jur., Zürich).
- MÜLLER-DIETZ, H. (1972), "Wege zur Strafvollzugsreform" (Duncker u. Humblot, Berlin).
- MÜLLER-DIETZ, H. (1969), Persönlichkeitserforschung im Strafvollzug, *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 52 (1969) 194 ss.
- NAEGELI, E. (1972), "Die Gesellschaft und die Kriminellen" (Flamberg, Zürich).
- NOLL, P. (1962), "Die ethische Begründung der Strafe" (B. Siebeck, Tübingen).
- PARSONS, T. (Ed.) (1974), "Max Weber, The Theory of Social and Economic Organization" (Free Press, New York).
- PESTALOZZI, J.H. (1782), Arnens Gutachten über Kriminalgesetzgebung, *Schweizerblatt*.
- PLACK, A. (1967), "Die Gesellschaft und das Böse" (List-Verlag, München).
- PLACK, A. (Ed.) (1973), "Mythos vom Aggressionstrieb" (List-Verlag, München).
- PLACK, A. (1974), "Plädoyer für die Abschaffung des Strafrechts" (List-Verlag, München).
- PINATEL, J. (1950), "Traité élémentaire de science pénitentiaire et de défense sociale" (Dalcroz, Paris).
- QUENSEL, S. (1964), "Sozialpsychologische Aspekte der Kriminologie" (F. Enke, Stuttgart).
- QUENSEL, S. (1972), Soziale Fehlanpassung und Stigmatisierung, *Jahrbuch der Rechtssoziologie und Rechtstheorie*, T. 3 (Bertelsmann, Düsseldorf).
- RATTNER, J. (1970), "Tiefenpsychologie und Politik" (Rombach, Freiburg/Br.).
- SANDKÜHLER, H.-J. (1973), "Praxis und Geschichtsbewusstsein" (Suhrkamp, Frankfurt/M.).
- SCHMEITZKY-HESS, R. (1965), Gruppenarbeit im Strafvollzug, *Rev. pénale suisse*, 81 (1965) 380 ss.
- SCHÜLER-SPRINGORUM, H. (1969), "Strafvollzug im Übergang" (O. Schwartz, Göttingen).
- SCHULTZ, H. (1974), "Strafrecht, Allgemeiner Teil 1" (Stämpfli, Bern).
- SCHWANDER, V. (1964), "Das schweizerische Strafgesetzbuch" (Polygr. Verlag, Zürich).
- SIEVERTS, R. (1929), "Die Wirkungen der Freiheitsstrafe und Untersuchungshaft auf die Psyche der Gefangenen" (Bensheimer, Mannheim).
- STOOS C. (1893), "Exposé des motifs de l'avant-projet du CPS" (Georg, Genève).
- STRATENWERTH, G. (1970), Leitprinzipien der Strafrechtsreform, *Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen*, 153. Sitzung vom 26.11.1969 in Düsseldorf (Westdeutscher Verlag, Köln).
- SULLIVAN, H.S. (1963), "Conceptions of Modern Psychiatry" (W.W. Norton, New York).
- SULLIVAN, H.S. (Ed. Helen Swick Perry and Mary Ladd Gawel) (1953), "The Interpersonal Theory of Psychiatry" (W.W. Norton, New York).
- THORMANN, P.; OVERBECK, A., von (1940), "Das schweizerische Strafgesetzbuch" T. 1 (Schulthess, Zürich).
- WAGNER, G. (1972), "Psychologie im Strafvollzug" (Goldmann, München).
- WEISS, I. (1970), "Schweizerischer Straf- und Massnahmenvollzug" (Diss. jur., Jurist-Verlag, Zürich).
- ZUBEK, J.R. (Ed.) (1969), "Sensory Deprivation – 15 Years Research" (Free Press, Glencoe).
- ZÜRCHER, E. (1914), "Exposé des motifs de l'avant-projet d'avril 1908" (Stämpfli, Bern).
- ZÜRCHER, E. (1924), "Bibliographie und kritische Materialien zum Entwurf eines schweizerischen StGB", 4. Fortsetzung 1912-1923 (Stämpfli, Bern).

MULTIDIMENSIONALE ANALYSE VON KATEGORIALEN DATEN : LOG-LINEARE MODELLE

Eine Einführung und ein Beispiel
aus der Epidemiologie des Drogenkonsums

Johann Binder

Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

ZUSAMMENFASSUNG

Das von Leo Goodman entwickelte Verfahren der Analyse log-linearer Modelle erweist sich als geeignet, bei der Analyse mehrdimensionaler Kreuztabellen Korrelationen und Interaktionen höherer Ordnung zu identifizieren und ihre relative Stärke abzuschätzen. In vorliegendem Aufsatz wird versucht, das Verfahren in möglichst einfacher Weise darzustellen. Dabei wird auf strukturelle Ähnlichkeiten zur Mehrweg-Varianzanalyse hingewiesen und das Verfahren wird anhand einer sechsdimensionalen Tabelle aus der Epidemiologie des Drogenkonsums vordemonstriert.

RÉSUMÉ

Pour analyser des données distribuées sur plusieurs dimensions, la méthode dite d' "analyse des modèles log-linéaires" mise au point par Leo Goodman s'est avérée efficace dans l'identification de corrélations et d'interactions d'un niveau plus élevé, ainsi que dans la détermination du poids fonctionnel relatif de ces dernières. L'article expose cette méthode de manière très simple. Dans ce but ont été mises en évidence les analogies avec les analyses multifactorielles de la variance et la méthode a été appliquée à des données empruntées à l'épidémiologie de la toxicomanie et distribuées sur un tableau à six entrées.

1. PROBLEMSTELLUNG UND ZIELSETZUNG

In den Sozialwissenschaften fallen häufig mehrdimensionale Kreuztabellen von kategorialen oder ordinalen Daten an. Solche Tabellen mit drei und mehr Dimensionen werden sehr rasch unübersichtlich und können ohne komplexe statistische Methoden nicht zuverlässig interpretiert werden. Die sequentielle Analyse aller bivariaten Zusammenhänge erweist sich als untaugliches Vorgehen, weil damit Scheinkorrelationen oder Interaktionseffekte zwischen mehreren Variablen nicht zuverlässig aufgedeckt werden können. Bei der Interpretation solcher mehrdimensionaler Tabellen sind vor allem die folgenden Fragen von Bedeutung :

- (1) Zwischen welchen Variablen bestehen Zusammenhänge? oder :
 - (1 a) Falls eine der Variablen als abhängige Variable betrachtet wird: wie hängt die abhängige Variable von den übrigen, als unabhängig betrachteten Variablen ab?
- (2) Wie stark sind die Zusammenhänge, die zwischen den einzelnen Variablen bestehen?

In den letzten Jahren sind mehrere solcher multivariater Verfahren für die Analyse von Nominal- und Ordinaldaten entwickelt worden, so etwa gewichtete Regression (Grizzle, Starmer, Koch, 1969), multivariate nominal scale analysis (Andrews, Messenger, 1973), das DIEC-Verfahren von Küchler (1976) sowie die

von Leo Goodman entwickelte Methode der log-linearen Modelle. Mit der zunehmenden Berücksichtigung dieser Verfahren in allgemein verfügbaren Statistikprogramm Paketen wird die Verwendung dieser Verfahren stark erleichtert.

Die zuletzt genannte Methode der log-linearen Modelle erfreut sich seit einigen Jahren zunehmender Beliebtheit, wenn man die Anzahl von Publikationen in vorwiegend amerikanischen Fachzeitschriften betrachtet, in denen sie angewendet worden ist. Hierzulande scheint die Methode jedoch noch wenig beachtet zu werden. Aus diesem Grunde möchte ich mit diesem Aufsatz die Methode der log-linearen Modelle (und den wichtigen Spezialfall des Logit-Modells) in möglichst "untechnischer" Sprache bekanntmachen und einige elementare Grundbegriffe erklären, soweit sie zu einem intuitiven Verständnis der Methode notwendig sind. Nicht beabsichtigt ist eine statistisch fundierte Diskussion oder eine kritische Würdigung dieses Verfahrens im Vergleich zu anderen Methoden. Dazu sei auf die reichlich vorhandene Spezialliteratur verwiesen: Bishop et al., 1975; Goodman, 1972, 1973, 1976; Davis, 1974 und als Einführung Fienberg, 1977. Das Verständnis der Methode soll weiter dadurch erleichtert werden, dass an mehreren Stellen auf die den log-linearen Modellen eigene strukturelle Ähnlichkeit zur Mehrweg-Varianzanalyse hingewiesen wird und indem in Abschnitt 5 ein Beispiel für die Anwendung dargestellt wird.

2. GRUNDBEGRIFFE

Die zum Verständnis der Methode notwendigen Grundbegriffe sollen anhand der folgenden dreidimensionalen Kontingenztafel dargestellt werden; es fällt nicht schwer, diese Begriffe auf den vier- oder mehrdimensionalen Fall zu verallgemeinern. Wir betrachten im folgenden drei dichotome Variablen:

- A Einkommen der Eltern,
- B Geschlecht,
- C Drogenerfahrung.

Tabelle 1.

A Einkommen den Eltern	A = 1 (tief)		A = 2 (hoch)	
B Geschlecht	B = 1	B = 2	B = 1	B = 2
C Drogenerfahrung	(Mann)	(Frau)	(Mann)	(Frau)
LC = 1 (ja)	1 036	160	699	248
LC = 2 (nein)	3 659	1 141	1 978	952

Die Zahlen in den einzelnen Zellen sind die beobachteten Häufigkeiten der jeweiligen Konfiguration von Merkmalsausprägungen in den drei Variablen. F_{122} bezeichnet die Anzahl der Beobachtungen mit der Merkmalsausprägung $A = 1$, $B = 2$, $C = 2$, d.h. der Frauen ohne Drogenerfahrung, deren Eltern ein tiefes Einkommen haben. Im Beispiel ist $F_{122} = 1141$.

Unter einer *Randverteilung* (marginal distribution) versteht man diejenige Kreuztabelle, die sich ergibt, wenn man über eine oder mehrere Variablen in der vollständigen mehrdimensionalen Kreuztabelle summiert. Die Randverteilung von B und C im obigen Beispiel erhält man etwa, wenn man die Werte für A = 1 und A = 2 zusammenzählt. Dies ist der Zusammenhang zwischen Geschlecht und Drogenerfahrung, wenn man das Einkommen der Eltern nicht berücksichtigt.

Tabelle 2.

B Geschlecht C Drogenerfahrung	B = 1 (Mann)	B = 2 (Frau)	Total
C = 1 (ja)	1 735	408	2 143
C = 2 (nein)	5 637	2 093	7 730

Die Randverteilung von C erhält man, wenn man zusätzlich über die Werte von B summiert. Dies ist die einfache Häufigkeitsauszählung der Variable C, Drogenerfahrung (s. rechten Tabellenrand).

Odds ratios.

Unter einem odds ratio versteht man das Verhältnis der Häufigkeiten der beiden Kategorien einer dichotomen Variablen (bzw. einer bestimmten Kategorie zu allen übrigen Kategorien bei polytomen Variablen). Das odds ratio für die Variable Drogenkonsum ist $2143/7730 = 0.277$. Die Angabe der Verteilung einer dichotomen Variablen als Verhältniszahl der beiden Kategorien zueinander scheint zunächst etwas unüblich; sie kann aber bei Bedarf immer in eine entsprechende relative Häufigkeit übergeführt werden (21,7% der Stichprobe haben Drogenerfahrung).

Ein *bedingtes odds ratio* ist ein odds ratio bei einer bestimmten Bedingung, beispielsweise das odds ratio für C unter der Bedingung B = 1: $1735/5637 = 0.308$.

Ein *odds ratio zweiter Ordnung* ist der Quotient zweier bedingter odds ratios, z.B. das odds ratio von C für Männer (B = 1) dividiert durch das odds ratio von C für Frauen (B = 2): $(1735/5637)/(408/2093) = 1.579$.

Ein odds ratio zweiter Ordnung lässt sich als Korrelation interpretieren. Wenn das odds ratio zweiter Ordnung = 1 ist, dann besteht keine Korrelation zwischen den beiden involvierten Variablen. Ein odds ratio dritter Ordnung ist der Quotient zweier odds ratios zweiter Ordnung usf.

Modelle

Es lässt sich zeigen, dass die Häufigkeit einer Zellenbesetzung F_{ijk} für A = i, B = j, C = k immer durch einen Produktausdruck der folgenden Art dargestellt werden kann

$$F_{ijk} = \eta \cdot \tau_i^A \cdot \tau_j^B \cdot \tau_k^C \cdot \tau_{ij}^{AB} \cdot \tau_{ik}^{AC} \cdot \tau_{jk}^{BC} \cdot \tau_{ijk}^{ABC} \quad 1$$

¹ Bei den Koeffizienten τ , $\log \tau$, λ , bezeichnet das Superskript (A, B, C) die Variable, das Subskript (i, j, k) die Merkmalsausprägung.

Dabei ist η das geometrische Mittel der Zellenhäufigkeiten, τ_i^A das odds ratio von $A = i$, τ_{ij}^{AB} das odds ratio zweiter Ordnung von $A = i$, $B = j$, usw.

Die obige Formel kann auch anders geschrieben werden, wenn man logarithmiert; aus dem Produkt ergibt sich nun eine Summe von Logarithmen:

$$\log F_{ijk} = \log \eta + \log \tau_i^A + \log \tau_j^B + \log \tau_k^C + \log \tau_{ij}^{AB} + \log \tau_{ik}^{AC} + \log \tau_{jk}^{BC} + \log \tau_{ijk}^{ABC}.$$

Verwendet man nun noch Abkürzungen $\theta = \log \eta$, $\lambda = \log \tau$ für die Logarithmenausdrücke, so kann man die Formel für den Logarithmus einer Zellenhäufigkeit als eine gewöhnliche Summe schreiben:

$$\log F_{ijk} = \theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_k^C + \lambda_{ij}^{AB} + \lambda_{ik}^{AC} + \lambda_{jk}^{BC} + \lambda_{ijk}^{ABC}$$

Ein solcher Ausdruck für den Logarithmus der Zellenhäufigkeit wird als log-lineares Modell für die Zellenhäufigkeit bezeichnet. Im Prinzip besteht für jede einzelne Zelle F_{ijk} ein solches Modell. Da aber $\sum \lambda_i^A = 0$ für alle i , usw. gilt, vereinfachen sich die verschiedenen Modelle für die einzelnen Zellenhäufigkeiten. Insbesondere gilt für dichotome Variablen: $\lambda_1^A = -\lambda_2^A$.

Effekte.

Die einzelnen Summanden in der obigen Gleichung bezeichnen wir als Effektparameter. Als Haupteffekte bezeichnen wir die Effekte mit einem Subskript, z.B. λ_i^A , als Interaktionseffekte zweiter Ordnung jene mit zwei Subskripten, z.B. λ_{jk}^{BC} , und als Interaktionseffekte dritter Ordnung jene mit drei Subskripten: λ_{ijk}^{ABC} .

Ein Interaktionseffekt zweiter Ordnung λ_{jk}^{BC} lässt sich als Beziehung (Korrelation) zwischen B und C interpretieren. Ein Interaktionseffekt dritter Ordnung λ_{ijk}^{ABC} ist zu interpretieren als ein Zusammenhang zwischen B und C, dessen Stärke von der Ausprägung der Variable A abhängig ist.

Ein log-lineares Modell für eine n -dimensionale Tabelle, das alle möglichen Effekte erster, zweiter bis n -ter Ordnung enthält nennen wir ein *saturiertes Modell*. Wie bereits erwähnt, lassen sich die Effektparameter des saturierten Modells aus den beobachteten Werten einer beliebigen mehrdimensionalen Kreuztabelle direkt berechnen. Dabei besteht immer eine perfekte Übereinstimmung zwischen den Daten in der Kreuztabelle und den Werten F_{ijk} , die sich durch das log-lineare Modell berechnen lassen; das saturierte Modell ist mithin nur eine andere Darstellung der mehrdimensionalen Kreuztabelle. Da das saturierte Modell dieselbe Information enthält wie die Kreuztabelle, eignet es sich allerdings ebenso wenig zur Interpretation. Vor allem die Interaktionen höherer Ordnung machen das Modell rasch unübersichtlich.

Die Suche nach einfacheren Modellen.

Das Ziel der Analyse von Kreuztabellen mit Hilfe log-linearer Modell ist deshalb, durch Weglassen möglichst vieler Effekte des saturierten Modells ein einfacheres (sparsames) Modell zu bilden, das noch hinreichend gut mit den beobachteten Daten übereinstimmt. Ein solches Modell könnte etwa so aussehen:

$$\log F_{ijk} = \theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_k^C + \lambda_{ij}^{AB} + \lambda_{jk}^{BC}.$$

In diesem Modell sind gegenüber dem saturierten Modell die Effekte

$$\lambda_{ijk}^{ABC}, \lambda_{ik}^{AC}$$

weggefallen. Dies bedeutet: es besteht ein Zusammenhang zwischen B und C (Geschlecht und Drogenerfahrung) und einer zwischen B und A (Geschlecht und Einkommen der Eltern). Hingegen besteht kein Zusammenhang zwischen A und C (Einkommen der Eltern und Drogenerfahrung) und der Zusammenhang zwischen A und B ist auch nicht abhängig von C (Drogenerfahrung). Die Techniken der Analyse log-linearer Modelle und die entsprechenden Computerprogramme (Dixon, 1976) dienen dazu, solche einfacheren Modelle zu finden und sie auf ihre Übereinstimmung mit den Daten zu prüfen.

Zusammenhang zwischen angepassten Randverteilungen und berücksichtigten Effekten.

Es besteht eine eindeutige Zuordnung zwischen jenen Effekten, die in einem Modell berücksichtigt worden sind und jenen Randverteilungen, die durch das Modell exakt wiedergegeben werden (*fitted marginals*). Im obigen Modell, das die Effekte λ_{ij}^{AB} , λ_{jk}^{BC} enthält, sind die Randverteilungen AB und BC exakt erhalten. Wegen dieser eindeutigen Zuordnung kann man ein Modell statt durch die darin enthaltenen Effekte auch dadurch beschreiben, dass man angibt, welche Randverteilungen im Modell exakt angepasst sind. Im obigen Modell sind dies: A, B, C, AB, BC.

Das hierarchische Prinzip.

Eine grundlegende Eigenschaft der log-linearen Modelle ist ihre hierarchische Struktur. Wenn ein Modell einen Effekt n -ter Ordnung enthält, so impliziert dies, dass alle darin enthaltenen Effekte geringerer Ordnung im Modell ebenfalls vorkommen müssen. Kommt der Interaktionseffekt dritter Ordnung ABC vor, so heisst das, dass die Interaktionen AB, AC und BC im Modell ebenfalls enthalten sein müssen. Der Interaktionseffekt ABC enthält also nur jenen Effekt, der über das hinausgeht, was die Interaktionseffekte AB, AC und BC zusammen erklären. Dieses hierarchische Prinzip ist unmittelbar einsichtig, wenn man an die eindeutige Zuordnung von Effekten und angepassten Randverteilungen denkt: aus der Randverteilung der drei Variablen A B C kann man alle darin enthaltenen Randverteilungen berechnen; aus diesem Grunde impliziert das Vorhandensein des Effektes λ_{ijk}^{ABC} auch das Vorhandensein folgender Effekte:

$$\lambda_i^A, \lambda_j^B, \lambda_k^C, \lambda_{ij}^{AB}, \lambda_{ik}^{AC}, \lambda_{jk}^{BC}.$$

Die Existenz des hierarchischen Prinzips bei den log-linearen Modellen erlaubt es übrigens, die in einem Modell enthaltenen Effekte abgekürzt durch die angepassten Randverteilungen höchster Ordnung zu beschreiben: ein Modell, bei dem die Randverteilungen ABC und CD angepasst sind, enthält folgende Effekte A,B,C,D, AB,AC,BC,CD, ABC.

3. DIE ZWEI HAUPTSCHRITTE IN DER ANALYSE

Das Verfahren der log-linearen Modelle impliziert zwei Analyseschritte, die nacheinander auszuführen sind:

(1) Die Suche nach dem optimalen Modell, d.h. nach einem Modell, das eine ausreichende Erklärungskraft bei möglichst einfacher Form und möglichst guter theoretischer Interpretierbarkeit bietet. Das optimale Modell ist bestimmt, wenn man weiss, welche Effekte in diesem Modell enthalten sind und welche nicht.

Die Schätzung der Modellparameter, d.h. der im Modell aufgenommenen Effekte. Bei nicht saturierten Modellen lassen sich die Effektparameter nicht direkt durch Umformung der Ausgangsdaten gewinnen. Vielmehr sind maximum-likelihood-Schätzmethoden notwendig (Fienberg, 1977).

Aus den Effektparametern kann auch auf die relative Stärke der einzelnen im Modell vorhandenen Effekte geschlossen werden. Ausserdem können die Resultate in einer Weise dargestellt werden, die es erlaubt, die relative Erklärungskraft eines Modells oder einzelner Effekte eines Modells in Beziehung zu setzen mit einem Basismodell. Das Basismodell entspricht der Nullhypothese und ist in der Regel jenes Modell, das das Fehlen von Zusammenhängen zwischen den Variablen postuliert.

3.1 Identifikation eines Modells

Die Anpassung (fit) eines Modells an die Daten wird durch die Abweichung der auf Grund des Modelles geschätzten Zellenwerte von den beobachteten Zellenwerten mittels eines verallgemeinerten Chiquadrattests geprüft; es handelt sich um das likelihood ratio-Chiquadrat. Besteht eine signifikante Abweichung zwischen Modell und Daten, so ist das Modell nicht adäquat.²

Meist geht es nicht darum, ein theoretisch erwartetes Modell anhand von Daten zu überprüfen, sondern man möchte aus den vorhandenen Daten ein Modell erschliessen, das die Daten optimal erklärt. Wie erwähnt heisst optimal: möglichst einfach bei hinreichend guter Übereinstimmung mit den Daten. Es besteht keine eindeutige Suchstrategie für das optimale Modell. In jedem Fall wird die Suchstrategie in einer schrittweisen Analyse bestehen, indem ein bestimmtes Modell mit verschiedenen "benachbarten" Modellen verglichen wird. Dabei sind Vorwärts- und Rückwärtsstrategien möglich, d.h. ein Vergleich mit Modellen, die jeweils einen Effekt mehr bzw. weniger enthalten. Falls zwischen zwei Modellen keine

² In der Literatur werden keine minimalen Zellenbesetzungen für die mehrdimensionalen Kreuztabellen gefordert. Besondere Aufmerksamkeit ist jedoch dem Vorhandensein von leeren Zellen zu schenken. Dabei ist zu unterscheiden zwischen definitionsgemäss leeren Zellen (structural zeros – beispielsweise militärischer Grad von Frauen) und zufällig leeren Zellen (sampling zeros), die deshalb zustande kommen, weil von einer seltenen Merkmalskombination keine Einkeit in der Stichprobe enthalten ist. Die zufällig leeren Zellen sind solange nicht problematisch, als sie nicht die Berechnung von erwarteten Zellenwerten von Null erzwingen. In diesem Falle sowie bei definitionsgemäss leeren Zellen muss eine Korrektur der Freiheitsgrade angebracht werden. Für eine eingehende Diskussion s. Fienberg, 1977, Kap. 8.

signifikante Differenz in der Erklärungskraft besteht, wird das einfachere Modell bevorzugt. Falls in Modell signifikant mehr Abweichung erklärt, so wird jenes Modell mit der grösseren Erklärungskraft gewählt (genaues Vorgehen: es werden die Differenzen zwischen zwei likelihood ratio-Chiquadraten auf ihre Signifikanz geprüft).

Aus praktischen Erwägungen ist es nicht möglich, alle theoretisch existierenden Modelle miteinander zu vergleichen. Zwei Strategien sind geeignet, das optimale Modell zielstrebig zu identifizieren.

3.1.1 Methode der Effekte gleicher Ordnung

Zunächst werden nur jene Modelle miteinander verglichen, bei denen *alle* Effekte gleicher Ordnung enthalten sind. Im obigen Beispiel mit drei Variablen würde das bedeuten, dass die folgenden Modelle miteinander verglichen werden:

$$\begin{aligned} (1) \text{ A, B, C} & : \log F_{ijk} = \theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_k^C \\ (2) \text{ AB, AC, BC} & : \log F_{ijk} = \theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_k^C + \lambda_{ij}^{AB} + \lambda_{ik}^{AC} + \lambda_{jk}^{BC} \\ (3) \text{ ABC} & : \log F_{ijk} = \theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_k^C + \lambda_{ij}^{AB} + \lambda_{ik}^{AC} + \lambda_{jk}^{BC} + \lambda_{ijk}^{ABC} \end{aligned}$$

Durch diesen Vergleich wird man das Modell höchster Ordnung, das die Abweichung noch ungenügend erklärt, identifizieren, und das Modell niedrigster Ordnung, das für eine genügende Anpassung ausreicht. Es kann nun angenommen werden, dass das optimale Modell zwischen diesen beiden Modellen liegt. Durch systematische Hinzunahme bzw. Elimination von Effekten wird man das optimale Modell finden.

3.1.2. Methode der standardisierten Effekte

Ausgehend vom saturierten Modell berechnet man alle standardisierten Effektparameter (Effektparameter dividiert durch den Standardfehler). Diese geben einen Hinweis auf den relativen Einfluss jedes einzelnen Effekts. Als erste Näherung wird man nun ein Modell wählen, in dem nur die grössten Effekte enthalten sind. Von diesem ersten Modell aus wird man durch Vergleich mit "benachbarten" Modellen eine Annäherung ans optimale Modell anstreben.

3.2. Vergleich der Stärke der einzelnen Effekte im Modell

In multivariaten Verfahren ist man daran interessiert, die relative Stärke der einzelnen Zusammenhänge abzuschätzen. Bei den log-linearen Modellen bieten sich hierzu zwei Möglichkeiten.

3.2.1. Vergleich der Effektparameter

Die eine besteht darin, die im Modell vorhandenen Effektparameter λ miteinander zu vergleichen. Dabei empfiehlt es sich, die standardisierten Effektparameter zu verwenden (Effektparameter dividiert durch den Standardfehler). Je grösser ein Effektparameter ist, desto grösser auch der Einfluss des entsprechen-

den Effektes im Modell. Die Effektparameter können nur innerhalb eines Modells in bezug auf ihre Stärke miteinander verglichen werden. Ein weiterer Nachteil bei der Betrachtung von Effektparametern liegt darin, dass für die Variablen mit mehr als zwei Merkmalsausprägungen kein einheitlicher Effektparameter berechnet wird, sondern je einer für jede Merkmalsausprägung bzw. für jede Kombination von Merkmalsausprägungen bei Interaktionen höherer Ordnung, was ziemlich rasch zu unübersichtlichen Resultaten führt. Bei dichotomen Merkmalen unterscheiden sich die Effektparameter für die beiden Kategorien nur durch das Vorzeichen, deshalb genügt die Angabe des Effektparameters für eine Kategorie.

Die unstandardisierten Effektparameter lassen sich in Analogie zu den adjustierten Mittelwertsabweichungen der Mehrweg-Varianzanalyse leicht interpretieren: Sie geben an, um wieviel sich der Logarithmus einer Zellenhäufigkeit F_{ijk} ändert durch den entsprechenden Effekt, da ja die Summe *aller* Effekte gerade gleich dem geschätzten Wert für den Logarithmus der Zellenhäufigkeit F_{ijk} ist.

3.2.2. Determinationskoeffizienten

Wie bereits erwähnt, misst das likelihood ratio Chiquadrat die Abweichung eines bestimmten Modells von den beobachteten Daten. Das likelihood-ratio Chiquadrat eines bestimmten Modelles kann in mehrere additive Komponenten aufgeteilt werden, die den im Modell enthaltenen Effekten zugeordnet werden können. Auf diese Weise ist es möglich, die "Abweichung" eines bestimmten Modells von den Daten in ähnlicher Weise wie bei der Varianzanalyse auf einzelne Komponenten aufzuteilen. Tabelle 3 gibt ein Beispiel hierfür, das sich auf verschiedene Modelle für die in Tabelle 1 gezeigte dreidimensionale Kreuztabelle bezieht.

Goodman (1972, S. 42) schlägt ausserdem die Berechnung eines Determinationskoeffizienten als Mass für die Güte eines Modells vor (goodness of fit). Der Determinationskoeffizient hat eine strukturelle Ähnlichkeit zum quadrierten multiplen Korrelationskoeffizienten (Mass für die erklärte Varianz) in der varianzanalytischen Statistik. Anstelle des Begriffs der Varianz tritt hier allerdings der Begriff der Abweichung des Modells von den beobachteten Daten.

Während in der varianzanalytischen Statistik die totale Varianz einer Variablen als Bezugsgrösse für die erklärte Varianz dient, verwendet man beim Determinationskoeffizienten in der Analyse log-linearer Modelle die Abweichung des Modells von den Daten bei einer Nullhypothese. Die Nullhypothese wird meist ein Modell sein, bei dem das Fehlen von Beziehungen zwischen den Variablen postuliert wird. In unserem Drei-Variablen-Beispiel also die Abweichung: X^2 (Modell 1). Das Modell M 4 (AB, AC, BC) bewirkt eine geringere Abweichung von den Daten. Die Differenz zwischen den beiden Chiquadrats

$$X^2 (\text{Modell 1}) - X^2 (\text{Modell 4})$$

kann als Verbesserung der Anpassung des Modells M 4 gegenüber dem Modell M 1 gelten. Diese Verbesserung in der Uebereinstimmung kann in Form eines Quotien-

Tabelle 3.

Nr.	Modell	likelihood ratio X^2	df	p
1	A, B, C,	632.71	4	0.0
2	A, BC	346.10	3	0.0
3	AC, BC	125.15	2	0.0000
4	AB, AC, BC	10.35	1	0.0000
5	ABC	0	0	1.0

Analyse der "Abweichung" in der dreidimensionalen Kreuztabelle ABC (Tabelle 1)

Quelle der Abweichung	Nr. d. Modells	df	likelihood-ratio X^2
1. Abweichung aufgrund aller Interaktionseffekte	(1)	4	632.71
2. durch Modell (3) nicht erklärte Abweichung	(3)	2	125.15
3. durch Modell (3) erklärte Abweichung	(1) - (3)	2	507.56
<i>Aufteilung von 2.</i>			
2a. durch Modell (4) nicht erklärte Abweichung	(4)	1	10.35
2b. durch Effekt AB in Modell (4) erklärte Abweichung	(3) - (4)	1	114.80

ten in Beziehung gesetzt werden zur Abweichung unter der Nullhypothese. Diese Grösse bezeichnet Goodman als Determinationskoeffizient:

$$\frac{X^2 (M 1) - X^2 (M 4)}{X^2 (M 1)}$$

Der Begriff der erklärten Abweichung kann in analoger Weise verwendet werden, um die Erklärungskraft eines einzelnen Effekts in einem Modell zu bestimmen: *Der partielle Determinationskoeffizient* ist ein Mass dafür, wieviel ein einzelner Effekt erklärt, wenn man alle übrigen Effekte des Modells mit gleicher oder geringerer Ordnung konstant hält. Im Zähler steht die Differenz in der Abweichung zwischen zwei Modellen, die sich nur durch den interessierenden Effekt unterscheiden. Im Nenner steht wiederum die totale zu erklärende Abweichung, d.h. die Abweichung unter der Nullhypothese³. So ist der partielle Determinations-

³ Die Bezugsgrösse im Nenner wird bei Goodman (1972) anders definiert. Die hier verwendete Definition wird aber von verschiedenen Autoren in der Literatur verwendet (Duncan-Jones, 1976; Hauser *et al.*, 1975; Stolzenberg *et al.*, 1977). Die Verwendung der Abweichung unter der Nullhypothese im Nenner weist eine grössere Analogie zum partiellen Korrelationskoeffizienten auf.

koeffizient von ABC :

$$\frac{X^2(M4) - X^2(M5)}{X^2(M1)}$$

4. LOGIT-MODELLE UND ODDS RATIOS

Bis hierin haben wir in unseren Überlegungen nicht zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen unterschieden, sondern die Beziehungen zwischen allen Variablen in einer mehrdimensionalen Kreuztabelle untersucht. Ein wichtiger Spezialfall der log-linearen Modelle bezieht sich nun auf den Fall einer beliebigen Anzahl unabhängiger Variablen und einer abhängigen Variable, die nur zwei Ausprägungen kennt, etwa C in unserem Beispiel: Drogenerfahrung ja/Drogenerfahrung nein. Dieser Spezialfall, der als Logit-Modell bezeichnet wird, vereinfacht das Arbeiten mit log-linearen Modellen.

Während in der bisherigen Betrachtung Beziehungen zwischen beliebigen Variablen interessiert haben, werden beim Logit-Modell nur Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen einerseits und der abhängigen Variable andererseits betrachtet. Die Beziehungen unter den unabhängigen Variablen interessierten nicht. Aus diesem Grund wird beim Logit-Modell nicht versucht, ihre Struktur aufzuklären, sondern die Beziehungen unter den unabhängigen Variablen werden als fix angenommen und durch das saturierte Submodell für die unabhängigen Variablen dargestellt.

Anstelle der relativen Häufigkeit des Auftretens eines dichotomen Merkmals (z.B. 21,7% Personen mit Drogenerfahrung in Tabelle 2) kann äquivalent das odds ratio für diese Kategorie angegeben werden ($2143/7730 = 0,28$ ist das odds ratio, Drogenerfahrung zu haben). Beim Logit-Modell geht es darum, ein Modell für das odds ratio der Zellenfrequenzen der abhängigen Variable zu gewinnen – und nicht wie bisher ein Modell für die einzelnen Zellenfrequenzen. Es resultiert folgende Gleichung:

$$\begin{aligned} \log \frac{F_{ij1}}{F_{ij2}} &= \log F_{ij1} - \log F_{ij2} = \theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_1^C + \lambda_{ij}^{AB} + \lambda_{i1}^{AC} + \lambda_{j1}^{BC} + \\ &+ \lambda_{ij1}^{ABC} - (\theta + \lambda_i^A + \lambda_j^B + \lambda_2^C + \lambda_{ij}^{AB} + \\ &+ \lambda_{i2}^{AC} + \lambda_{j2}^{BC} + \lambda_{ij2}^{ABC}) \end{aligned}$$

Da bei dichotomen Variablen die Parameter für die beiden Kategorien sich nur durch das Vorzeichen unterscheiden, kann wie folgt vereinfacht werden:

$$\log \frac{F_{ij1}}{F_{ij2}} = \lambda_1^C + 2 \cdot \lambda_{i1}^{AC} + 2 \cdot \lambda_{j1}^{BC} + 2 \cdot \lambda_{ij1}^{ABC}$$

Ersetzt man $2 \lambda = \beta$, so vereinfacht sich die Gleichung für Logit-Modell zu

$$\log \frac{F_{ij1}}{F_{ij2}} = \beta_1^C + \beta_{i1}^{AC} + \beta_{j1}^{BC} + \beta_{ij1}^{ABC}$$

Multidimensionale Analyse von kategorialen Daten

Tabelle 4

YEAR Y	SEX S	ORTGR U	BILDUNG B	EINKVAT E	DROGKONT(D)		
					JA	NEIN	
71.	MANN	<10000	TIEF	TIEF	104	717	
			HOCH	HOCH	21	58	
		>10000	TIEF	TIEF	104	458	
			HOCH	HOCH	74	135	
		ZUERICH	TIEF	TIEF	89	371	
			HOCH	HOCH	20	44	
	FRAU	<10000	TIEF	TIEF	101	324	
			HOCH	HOCH	75	118	
		>10000	TIEF	TIEF	132	377	
			HOCH	HOCH	18	41	
		ZUERICH	TIEF	TIEF	222	408	
			HOCH	HOCH	92	145	
	78.	MANN	<10000	TIEF	TIEF	43	259
				HOCH	HOCH	48	206
			>10000	TIEF	TIEF	39	154
				HOCH	HOCH	104	167
			ZUERICH	TIEF	TIEF	58	207
				HOCH	HOCH	39	186
FRAU		<10000	TIEF	TIEF	40	135	
			HOCH	HOCH	92	338	
		>10000	TIEF	TIEF	62	152	
			HOCH	HOCH	50	119	
		ZUERICH	TIEF	TIEF	42	97	
			HOCH	HOCH	66	241	
MANN		<10000	TIEF	TIEF	11	132	
			HOCH	HOCH	14	68	
		>10000	TIEF	TIEF	12	95	
			HOCH	HOCH	65	172	
		ZUERICH	TIEF	TIEF	14	115	
			HOCH	HOCH	13	83	
FRAU	<10000	TIEF	TIEF	18	97		
		HOCH	HOCH	33	197		
	>10000	TIEF	TIEF	13	99		
		HOCH	HOCH	17	65		
	ZUERICH	TIEF	TIEF	28	142		
		HOCH	HOCH	69	220		

Dieser Spezialfall des Logit-Modells weist die grösste Analogie zur multiplen Regression auf, wie Goodman (1972) eingehend dargelegt hat.

5. BEISPIEL FÜR EIN LOGIT-MODELL: DIE VERÄNDERUNG DES DROGENKONSUMS IM KANTON ZÜRICH 1971/1978

Die in Tabelle 4 dargestellten Daten sind der Untersuchung von Binder *et al.* (1979) entnommen. 1971 und 1978 wurden teils in Vollerhebungen, teils anhand von repräsentativen Stichproben, 19- bis 20-jährige Männer und Frauen im Kanton Zürich mit einem schriftlichen Fragebogen u.a. über ihren Konsum von illegalen Drogen befragt⁴. Im folgenden wird als Drogenerfahrung (DROGKONT) die mindestens einmalige Einnahme eines der folgenden Stoffe verstanden: Haschisch, Halluzinogene, Weckamine, Opiate. Die Drogenerfahrung ist in Tabelle 4 wie folgt aufgliedert:

- Y – YEAR (Erhebungsjahr): 1971/1978;
- S – SEX (Geschlecht): männlich/weiblich
- U – ORTGR (Urbanisierung des Wohnorts): bis 10 000 Einwohner/
10 001-100 000/über 100 000 Einwohner = Stadt Zürich;
- B – BILDUNG (Schulbildung): tief = Ober- und Realschule
hoch = Sekundar- u. Mittelschule;
- E – EINKVAT (Einkommen der Eltern): tief = bis Fr. 2 000.–,
hoch = über Fr. 2 000.–;
- D – DROGKONT (Drogenerfahrung): ja/nein.

Die Fragen, die bei der Analyse dieser Tabelle zu beantworten sind, lauten:

1. Hat sich die Häufigkeit von Drogenerfahrungen von 1971 bis 1978 verändert?
2. Hat sich der Zusammenhang zwischen Drogenerfahrung und sozialen Hintergrundvariablen im selben Zeitraum verändert?

Die Untersuchung von Binder *et al.* (1979) konnte durch konventionellen Vergleich von Kreuztabellen in verschiedenen Untergruppen zeigen, dass sich weniger die Verbreitung der Drogenerfahrung insgesamt als vielmehr der soziale Hintergrund der Personen mit Drogenerfahrungen im Laufe der Untersuchungsperiode verändert hat. Eine exakte Beurteilung erlaubt aber erst die mehrdimensionale Kreuztabellenanalyse wie sie im folgenden durchgeführt wird.

Tabelle 5

Nr.	Modell	likelihood- ratio X^2	df	p
(1)	YSUBE, YSD, YED, SED, UED, BD	41.24	36	0.25
(2)	YSUBE, YSED, UED, YBD	31.58	34	0.586
(3)	YSUBE, D	348.67	47	0.0
(4)	YSUBE, YSD, YED, SED, UED, YBD	36.80	35	0.38

⁴Die Studien wurden durch den Schweizerischen Nationalfonds unterstützt.

Wir gehen aus vom Anfangsmodell (1), das wir mit dem Screening-Test von Brown als erstes Näherungsmodell identifiziert haben. Dieses Modell enthält nur Zwei-Weg-Interaktionen.⁵ Durch systematisches Hinzufügen signifikanter und Eliminieren nicht-signifikanter Effekte erreichen wir schliesslich das optimale Modell (2). Der Determinationskoeffizient für dieses Modell ergibt sich aus der Differenz zwischen den Abweichungen des Modells ohne Prädiktoren (3) und des optimalen Modells (2) dividiert durch die Abweichung beim Modell ohne Prädiktoren (3):

$$\text{Determinationskoeffizient Modell (2)} = 0.909$$

Der partielle Determinationskoeffizient für den Effekt YSED ergibt sich als Differenz zwischen der Abweichung des Modells (4), das den Effekt nicht enthält und der Abweichung des optimalen Modells (2) dividiert durch das Nullmodell (3):

$$\text{partieller Determinationskoeffizient YSED} = 0.014.$$

Tabelle 6. Effekte im optimalen Modell: YSUBE, YSED, UED, YBD

Effekt	β	stand. β	part. Determ.- koeffizient
Grand mean (β_1^C)	-1.436	-43.914	
Y (78)	-0.036	1.116	0.033
S (Mann)	0.316	8.576	0.200
U (-10 000)	-0.192	-3.710	
(10-100 000)	-0.074	-1.594	0.225
(Zürich)	0.266	6.702	
B (hoch)	0.138	4.212	0.082
E (hoch)	0.216	6.588	0.105
Y (78) S (Mann)	-0.102	-3.100	0.020
Y (78) (hoch)	-0.054	1.660	0.012
Y (78) E (hoch)	-0.080	2.422	0.060
S (Mann) E (hoch)	-0.090	-2.744	0.038
E (hoch) U (-10 000)	0.204	3.934	
(10-100 000)	-0.066	-1.414	0.100
(Zürich)	-0.138	-3.456	
Y (78) S (Mann) E (hoch)	-0.080	2.476	0.014

Bei der Beurteilung der Grösse der einzelnen Effekte im Modell halten wir uns an die Rangfolge der Determinationskoeffizienten. Diese zeigt, dass der Urbanisierungsgrad den grössten Einfluss hat auf die Drogenerfahrung, es folgt das Geschlecht, der soziale Status der Eltern, dann bereits der erste Interaktionseffekt zwischen Urbanisierung und Einkommen der Eltern usw. Auffallend ist der relativ geringe Effekt des Erhebungsjahres, d.h. der gesamte Drogenkonsum hat sich in

⁵ Im Logit-Modell, wo eine Variable als abhängige angesehen wird, bezeichnen wir Effekt zwischen einer unabhängigen und der abhängigen Variable als Haupteffekte, Interaktionen zwischen zwei unabhängigen und der abhängigen Variable als Interaktionseffekte zweiter Ordnung usw.

der Vergleichsperiode nur wenig geändert. Es ist noch zu bemerken, dass die Rangfolge der Determinationskoeffizienten nicht vollständig mit der Rangreihenfolge der standardisierten Effektparameter übereinstimmt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen je nach Kategorie verschiedene Effektparameter berechnet werden, die keine eindeutige Aussage über den Gesamteffekt der Variablen erlauben.

Die einzelnen Effekte des Modells können wie folgt interpretiert werden. Der Anteil der 19-jährigen mit Drogenerfahrung ist im Jahr 1978 um einen minimalen Betrag zurückgegangen. Männer haben wesentlich häufiger Drogenerfahrungen. Drogenerfahrungen sind in der Stadt am verbreitetsten, in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohner am seltensten. Höhere Schulbildung führt generell zu mehr Drogenerfahrung, und Kinder von Eltern mit höherem Einkommen haben ebenfalls häufiger Drogenerfahrung. Bei all diesen Beziehungen ist anzumerken, dass sie unter Kontrolle aller übrigen Beziehungen berechnet sind, d.h. z.B. dass hohe Schulbildung und hoher Status der Eltern einen unabhängigen Effekt auf den Drogenkonsum der Jugendlichen haben. Die bisher besprochenen Beziehungen sind für beide Jahre 1971 und 1978 gültig. Die im folgenden zu besprechenden Interaktionen zwischen dem Erhebungsjahr, sozialen Daten und Drogenkonsum zeigt hingegen Änderungen in den Beziehungen zwischen sozialem Hintergrund und Drogenerfahrung im untersuchten Zeitintervall an. Das Ueberwiegen von Männern bei Jugendlichen mit Drogenerfahrung hat im Jahre 1978 abgenommen (Effekt YS). Ebenso hat der Zusammenhang zwischen Drogenerfahrung und Schulbildung bzw. sozialem Status der Eltern sich 1978 abgeschwächt (Interaktionseffekte YB bzw. YE sind negativ).

Die Variable "Einkommen der Eltern" ist in zwei weiteren Interaktionseffekten enthalten: der Effekt SE lässt sich dahingehend interpretieren, dass der Zusammenhang zwischen hohem sozio-ökonomischen Status der Eltern und der Drogenerfahrung für Männer schwächer ist als für Frauen. Betrachtet man auch noch den Interaktionseffekt YSE, so zeigt sich, dass die Abschwächung dieses Zusammenhangs bei den Männern 1978 besonders deutlich war. Addiert man die Effekte SE und YSE, so zeigt sich, dass bei den Männern 1978 der Effekt des elterlichen Status durch die beiden genannten Interaktionseffekte beinahe aufgehoben wird. Dies stimmt überein mit dem Befund in Binder *et al.* (1979), wo mit einfacheren statistischen Methoden ebenfalls festgestellt worden ist, dass 1978 bei den Männern kaum mehr ein Zusammenhang zwischen Drogenerfahrung und sozialem Status der Eltern besteht. Der Interaktionseffekt EU kann dahingehend interpretiert werden, dass in den wenig urbanisierten Gemeinden vor allem die Jugendlichen aus höheren sozialen Schichten Drogenerfahrungen haben, während in der Stadt Drogenerfahrung eher ein Verhaltensmuster der Jugendlichen aus unteren sozialen Schichten ist.

Gesamthaft führt die Interpretation der sechsdimensionalen Kreuztabelle bezüglich sozialer Variablen und Drogenkonsum für zwei Erhebungszeitpunkte zur Schlussfolgerung, dass in der beobachteten Erhebungsperiode praktisch kein Rückgang der Drogenerfahrung stattgefunden hat. Hingegen haben sich die sozialen

Merkmale der Jugendlichen mit Drogenerfahrungen stark verändert: Jugendliche aus höheren sozialen Schichten haben keinen Vorsprung mehr bezüglich Drogenerfahrungen: tendenziell kann also von einer Nivellierung des Drogenkonsums bezüglich des Geschlechts und auch bezüglich des sozio-ökonomischen Status gesprochen werden.

6. ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

In dieser Arbeit ist es darum gegangen, die praktische Anwendung des Verfahrens der log-linearen Modelle zur Analyse mehrdimensionaler Kreuztabelle zu demonstrieren. Absichtlich wurde darauf verzichtet, einen Vergleich mit anderen multivariaten Analyseverfahren für kategoriale Daten durchzuführen (vgl. dazu Kuchler, 1978; Kershner *et al.*, 1976; Goodman, 1976), oder auf Verbesserungen, Erweiterungen und spezielle Anwendungen des Verfahrens einzugehen. Mit dem Hinweis auf einige dieser neueren Entwicklungen soll jedoch dem Leser gezeigt werden, dass mit den hier demonstrierten Anwendungen die Möglichkeiten der Analyse von Kreuztabellen mit log-linearen Modellen noch keineswegs erschöpft sind:

(1) Das Verfahren ist auch anwendbar für mehrdimensionale Kreuztabellen mit strukturellen leeren Zellen (Fienberg, 1977, Kap. 8).

(2) Das Verfahren erlaubt nicht nur die Analyse von kategorialen sondern auch von ordinalen Daten. Dabei entsteht ein Informationsgewinn gegenüber der Behandlung von ordinalen Variablen als kategorialen (Fienberg, 1977, Kap. 4).

(3) Das Verfahren der log-linearen Modelle eignet sich auch zur Kausalanalyse in einer Form, die rein äusserlich der konventionellen Pfadanalyse sehr ähnlich ist (Goodman, 1973).

BIBLIOGRAPHIE

- ANDREWS, F.J., and MESSENGER, C. (1973), "Multivariate nominal scale analysis. A report on a new analysis technique and a computer program" (Ann Arbor, Michigan).
- BINDER, J., SIEBER, M. und ANGST, J. (1979), "Entwicklung des Suchtmittelkonsums bei 19/20 jährigen Jugendlichen. Ein Vergleich im Kanton Zürich 1971, 1974 und 1978", *Schweiz. med. Wschr.* 109 (1979). 1298-1305, 1331-1335.
- BISHOP, Y.M.M., FIENBERG, S.E. and HOLLAND, P.W. (1975), "Discrete multivariate analysis: theory and practice" (MIT Press, Cambridge, Massachusetts).
- BROWN, M.B. (1976), Screening effects in multidimensional contingency tables, *Appl. Statist.*, 25 (1976) 37-45.
- DAVIS, J.A. (1974), Hierarchical models for significance tests in multivariate contingency tables: an exegesis of Goodman's recent papers, *Sociol. Methodol.* (Costner, H.L., Ed.) 189-231.
- DIXON, W.J. (Ed.) (1977), BMDP-77, Biomedical computer programs, P-series, *Program: BMDP3F* (University of California Press, Berkeley).
- DUNCAN-JONES, P. (1976), "Studying the odds: simple presentation of binary outcomes" (sociological association of Australia and New Zealand. Annual Conference 1976).
- FIENBERG, S.E. (1977), "The analysis of cross-classified categorical data" (MIT Press, Cambridge, Massachusetts).
- GOODMAN, L.A. (1972), A modified multiple regression approach to the analysis of dichotomous variables, *Am. Sociol. Rev.* 37 (1972) 28-46.

- GOODMAN, L.A. (1973), The analysis of multidimensional contingency tables when some variables are posterior to others: a modified path analysis approach, *Biometrika* (1973) 179-192.
- GOODMAN, L.A. (1976), The relationship between modified and usual multiple regression approaches to the analysis of dichotomous variables, *Sociol. Methodol.* (Heise, D., Ed.) (1976) 83-100.
- GRIZZLE, J.E., STARMER, C.F. and KOCH, G.S. (1969), Analysis of categorical data by linear models, *Biometrics*, 25 (1969) 489-584.
- HAUSER, R.M., KOFFEL, J.N., TRAVIS, H.P. and DICKINSON, P.J. (1975), Temporal change in occupational mobility: evidence for men in the United States, *Am. Sociol. Rev.*, 40 (1975) 279-297.
- KERSHNER, R.P. and CHAO, G.C. (1976), A comparison of some categorical analysis programs, *Proc. Stat. Comp. Sec., Am. Stat. Assoc.* (1976) 178-184.
- KÜCHLER, M. (1976), Multivariate Analyse nominal-skaliertes Daten, *Z. f. Soziol.*, 5 (1976) 237-255.
- KÜCHLER, M. (1978), Alternativen in der Kreuztabellenanalyse – Ein Vergleich zwischen Goodmans "General Model" (ECTA) und dem Verfahren gewichteter Regression nach Grizzle et al. (Nonmet II), *Z. f. Soziol.*, 7 (1978) 347-365.
- STOLZENBERG, R.M. and AMICO, R.J.D. (1977), City differences and nondifferences in the effect of race and sex on occupational distribution, *Am. Sociol. Rev.*, 42 (1977) 937-950.

LES PRATIQUES INFIRMIÈRES EN PSYCHIATRIE : APPROCHE SOCIOLOGIQUE

Lucienne Gillioz

Centre psycho-social universitaire. Genève

RÉSUMÉ

La problématique sociologique développée ici, à propos des infirmiers (infirmières) en psychiatrie est construite contre la représentation officielle d'une profession humanitaire ayant pour vocation de prodiguer à une catégorie particulière de malades des soins médicaux spécifiques. C'est dans les caractéristiques du contexte institutionnel et social où s'inscrit la profession qu'est cherché le cadre théorique permettant de rendre compte des pratiques. Après avoir décrit les fonctions de contrôle social de la psychiatrie, la nature totalitaire de l'hôpital psychiatrique et les principes qui ordonnent la division du travail entre les agents hospitaliers, l'on montre que ce ne sont pas tant des impératifs médicaux ou thérapeutiques qui commandent le contenu et la fonction du travail infirmier psychiatrique que les exigences de fonctionnement d'une institution préposée à la prise en charge et à la normalisation des comportements déviants.

ZUSAMMENFASSUNG

Die hier angegangene soziologische Problemstellung weicht von der allgemeinen Auffassung ab, nach welcher der Krankenpfleger (innen)-Beruf in der Psychiatrie vorwiegend ein humanitärer Beruf sei, dessen Sinn und Aufgabe in der spezifischen Pflege einer besonderen Krankenkategorie liege. Ausgehend von den Charakteristiken der institutionellen und sozialen Umwelt, in welche der Pflegeberuf eingereiht werden muss, wird der nötige theoretische Rahmen geschaffen, um die Praktiken darzulegen. Vorerst werden die Funktionen der Psychiatrie als soziale Kontrollinstanz, der totalitäre Charakter der psychiatrischen Klinik und die Prinzipien der Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen psychiatrischen Berufen dergestell. Es geht daraus hervor, dass nicht nur medizinische oder therapeutische Indikationen die Art und Funktion des Pflegeberufes in der Psychiatrie bestimmen; vielmehr sind es die dem institutionellen Funktionieren eigenen Erfordernisse, die im Zusammenhang mit der Betreuung und der Normalisierung der Devianz stehen.

Lorsqu'on se pose la question, au seuil d'une étude sur la profession d'infirmier(ère)¹ psychiatrique, de l'angle d'approche adéquat pour aborder cet objet et rendre compte de sa spécificité, l'on peut être tenté de chercher dans la folie et ses particularités le fondement ultime des pratiques infirmières. L'infirmière psychiatrique n'est-elle pas définie d'abord par son face à face avec le fou ? De tous les agents du système psychiatrique n'est-elle pas celle qui entretient le contact le plus étroit avec la folie et n'est-ce pas en référence à cette dernière que tout son travail est organisé et prend sens ?

Cette approche, pour être séduisante n'en recèle pas moins un piège, en ce qu'elle escamote une des médiations essentielles et structurantes de la rencontre de l'infirmière et du fou, à savoir l'instance psychiatrique. Le métier d'infirmière s'insère en effet dans un dispositif institutionnel — mandaté pour accomplir cer-

¹ Dans la suite, pour ne pas alourdir, on mettra ce terme au féminin, étant donné la supériorité numérique des infirmières

taines fonctions sociales — et doit être étudié en référence à ce soubassement structurel qui le détermine.

C'est dire que l'on cherchera le cadre théorique nécessaire à l'analyse de la profession étudiée bien plus dans les réponses sociales et institutionnelles que la société oppose à la folie, par l'intermédiaire du système psychiatrique, que dans la folie en tant que condition ontologique spécifique.

Cette démarche pour construire notre objet d'étude en le replaçant dans l'ensemble des déterminations qui le façonnent est une condition indispensable pour rompre avec l'image sous laquelle la profession se présente, c'est-à-dire comme activité humanitaire destinée à prodiguer des soins spécifiques à une catégorie particulière de malades. Cette rupture est ici d'autant plus nécessaire que la profession d'infirmière en psychiatrie constitue, comme nous le verrons, un cas exemplaire du décalage existant entre une certaine réalité et l'idéologie professionnelle sous laquelle elle se donne à voir.

L'option théorique adoptée exige que l'on commence par étudier le système psychiatrique et ses fonctions sociales ainsi que les conditions objectives dans lesquelles s'accomplit le travail infirmier avant de pouvoir rendre compte des pratiques infirmières.

1. LA PSYCHIATRIE COMME SYSTÈME DE CONTRÔLE SOCIAL

La psychiatrie ne saurait être réduite à ce qu'elle prétend être : une discipline médicale autonome fonctionnant selon les principes d'une rationalité exclusivement scientifique et thérapeutique. Pour saisir véritablement ce qui la définit et détermine sa pratique, il est nécessaire de l'envisager en tant qu'élément d'une totalité plus vaste, le système social, et de dégager les relations qui la tient à ce dernier.

Ainsi les agents psychiatriques n'opèrent pas sur un terrain socialement neutre ; les troubles mentaux, matière première de leur travail, ne peuvent être abstraits des conditions concrètes dans lesquelles ils se manifestent et de leurs implications sociales. C'est généralement à partir d'une situation de *désordre social* que la psychiatrie intervient, désordre pouvant se localiser à différents niveaux : famille, groupes d'amis, lieu de travail, place publique, etc., et impliquant un conflit entre un individu et son entourage. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si, dans la plupart des cas, son intervention est requise, non par les patients, mais par des tiers² — parents, voisins, employeurs, médecins, services sociaux, police, etc. Même dans les cas où les patients eux-mêmes recourent à la psychiatrie, il ne faut pas sous-estimer les contraintes sociales à l'œuvre : soit que, cédant aux pressions de l'entourage, l'individu accepte de se reconnaître malade et de se faire soigner, soit encore qu'ayant suffisamment intériorisé le jugement social sur lui et l'arbitraire culturel qui transforme en problèmes médicaux ses difficultés d'existence, il formule "spontanément" une demande d'aide.

² cf. Hollingshead et Redlich (1965), chap. 6 : Paths to the psychiatrist; Goffman (1968), chap. 2 : La carrière morale du malade mental; Scheff (1967), part. 1 : Recognition of mental illness — the definitional process; Fischer (1973); C.P.S.U. (1967).

Aussi ce qui est désigné à l'attention de la psychiatrie, ce sont avant tout des comportements jugés inadéquats et intolérables³ et ce qui est exigé d'elle c'est qu'elle répare le désordre occasionné en excluant et en normalisant l'individu déviant.

La psychiatrie opère donc sur des cas pré-construits et pré-définis; de ce fait, les critères qui président au repérage des conduites "anormales" ne sont nullement fondés sur des connaissances scientifiques et médicales, mais sur des représentations sociales du normal et du pathologique (Fischer et Jaeggi, 1972) — c'est-à-dire non savantes, produit de l'arbitraire social et culturel d'une époque, d'une société, d'un groupe — derrière lesquelles se cachent les intérêts⁴ des personnes ou instances ayant fait appel à la psychiatrie. Or, comme l'a montré Scheff (1966), les procédures d'admission dans le système psychiatrique ne visent nullement à examiner de façon rigoureuse le bien-fondé de la demande d'intervention, elles ont pour fonction d'entériner l'exclusion et la stigmatisation sociales antérieures en leur apportant une caution scientifique et médicale. C'est précisément parce que la psychiatrie se trouve dans la position de servir *d'abord* les intérêts des "demandeurs" qu'elle est piégée, qu'elle le veuille ou non et quels que soient par ailleurs son idéal et sa bonne volonté thérapeutiques, dans une fonction de contrôle social⁵.

Ce serait cependant simplifier abusivement et méconnaître ce qui fait sa spécificité que de l'assimiler purement et simplement aux instances directement répressives. Précisément du fait de sa médicalisation, la psychiatrie accomplit ses fonctions sociales selon des modalités particulières et originales, c'est-à-dire à travers la médiation d'un savoir et de techniques propres; elle peut ainsi apparaître comme une instance neutre traitant de façon scientifique des troubles spécifiques. En effet, en situant des problèmes comportant des contenus économiques, sociaux, culturels, politiques au seul plan de la subjectivité du malade, elle réduit un nœud complexe de rapports sociaux problématiques à un trouble réifié qui relève alors pour sa solution de l'intervention du spécialiste. Le déplacement qu'opère la psychiatrie en transformant un désordre social en un problème "médical" est la condition lui permettant de dissimuler son parti pris dans les enjeux d'un groupe ou d'une communauté et le sens des fonctions qu'elle accomplit. C'est cependant à ces fonctions sociales occultées qu'il faut rapporter tout un ensemble de traits déterminant la structure, l'organisation, le fonctionnement de l'institution psychiatrique⁶ dont nous verrons plus loin les implications qu'ils ont sur le travail infirmier.

³ Ce n'est qu'à la suite du coup de force épistémologique qu'a représenté l'importation du concept de maladie dans un champ où il ne repose, dans la plupart des cas, sur aucune base scientifique objectivable que la psychiatrie a pu imposer l'évidence médicale des problèmes qu'elle traite.

⁴ Ces intérêts sont divers : empêcher le scandale, éviter des conflits dans la vie quotidienne, sauvegarder l'image de soi et de son groupe, se décharger d'une personne non autonome, protéger une situation financière, etc.

⁵ Sur la psychiatrie comme système de contrôle social, cf. entre autres : Castel (1976); Castel, F., Castel, R. et Lovell (1979); Fischer et Jaeggi (1972); Donzelot (1970); Scheff (1966); Foucault (1961); Szasz (1976).

⁶ La dépendance dans laquelle se trouve la psychiatrie par rapport aux impératifs externes de contrôle social a freiné et limité son autonomisation en tant que discipline scientifi-

2. LES CONDITIONS OBJECTIVES DU TRAVAIL INFIRMIER PSYCHIATRIQUE

2.1. Structures de prise en charge et travail infirmier

Afin d'accomplir son mandat de contrôle social, la psychiatrie s'est dotée d'un dispositif institutionnel — l'asile, devenu hôpital psychiatrique — qui pendant longtemps constitua l'unique lieu du travail psychiatrique. Cependant, au cours des dernières décennies le système psychiatrique s'est considérablement diversifié avec l'apparition de nombreuses structures de prises en charge — cabinets privés, psychiatrie publique ambulatoire, hôpitaux de jour, ateliers de réadaptation, centres pour drogués, alcooliques, etc. — diversification qui a eu pour corollaire l'extension des clientèles et des problèmes traités. Or, l'on constate que les infirmières psychiatriques n'ont guère réussi à s'implanter dans ces nouvelles structures et sont largement restées confinées dans les murs de l'hôpital⁷.

Aussi faut-il, en premier lieu, poser les questions suivantes: qu'est-ce qui caractérise en propre la pratique psychiatrique hospitalière et la différence des autres types de pratique? Et pourquoi est-ce là que l'infirmière a sa place? Trois points sont à mettre en évidence pour répondre à la première question:

- (1) l'hôpital reçoit les déviances les plus massives et les plus lourdes à gérer⁸;
- (2) par rapport aux autres formes de prise en charge, la psychiatrie hospitalière réalise l'emprise la plus forte et la plus englobante sur l'individu: encadrement 24 heures sur 24 des malades isolés dans un espace clos;

que et influencé son statut dans le champ de la médecine. Parce qu'à l'origine les premiers aliénistes ont accepté d'inscrire la psychiatrie dans le sillage des instances de contrôle social et ont repris la définition sociale de la folie sans vraiment construire scientifiquement leur objet (Castel, 1976), la psychiatrie, un siècle et demi après sa naissance, souffre toujours d'un certain nombre de faiblesses, tant au niveau théorique que technologique: 1) Elle ne dispose pas d'une théorie unifiée et cohérente capable de rendre compte de l'ensemble des phénomènes de pathologie mentale. Le corps théorique de la psychiatrie est en fait constitué par la juxtaposition de divers modèles d'interprétation des faits: génétique, bio-chimique, psychologique, psycho-social. 2) Il n'existe pas un corps de connaissances objectives et vérifiables concernant l'étiologie des maladies mentales. 3) Il n'y a pas, au sein de la communauté des psychiatres, de consensus sur les moyens les plus adéquats de traiter telle ou telle pathologie. Ces derniers sont d'ailleurs largement pragmatiques et d'une efficacité très relative: ils visent bien plus à stabiliser des situations de crise ou à gérer des états chroniques qu'à guérir définitivement. Ces faiblesses du champ psychiatrique se répercuteront au niveau des savoirs et des techniques infirmières.

⁷ L'on ne dispose pas de chiffres pour l'ensemble de la Suisse concernant la répartition institutionnelle des infirmières, mais l'on sait que dans le canton de Genève qui possède un secteur extra-hospitalier important et une gamme variée d'institutions, 20 infirmières seulement travaillent dans l'extra-hospitalier, contre 237 en clinique, soit 7,8% de l'ensemble.

⁸ Ce tableau montre la répartition des patients entre les différentes catégories nosographiques en psychiatrie hospitalière et extra-hospitalière. Il faut savoir qu'à travers le diagnostic sont exprimés de façon synthétique tout un ensemble de traits — tels par exemple la consistance et la visibilité du désordre, la marginalisation et la stigmatisation dont a été l'objet le malade, son destin probable, etc. — qui dépassent la seule dimension pathologique.

(3) c'est à l'hôpital que la psychiatrie s'impose avec le maximum de contrainte. Alors que les modalités d'accomplissement de la psychiatrie extra-hospitalière autorisent un mode de domination plus souple fondé davantage sur la persuasion que sur la force, la psychiatrie hospitalière recourt à un certain nombre de moyens de coercition : portes fermées, usage de cellules d'isolement, moyen de contention physique et chimique.

Si c'est dans les lieux du système psychiatrique destinés à contenir les déviances les plus lourdes au moyen d'une prise en charge totalitaire que la profession infirmière est fonctionnellement la plus nécessaire⁹, n'est-ce pas parce que le tra-

Tableau 1. Différences de diagnostics entre psychiatrie hospitalière et ambulatoire.

Année 1977, Genève

Clinique de Bel-Air		Centre psycho-social universitaire	
<i>Nouvelles admissions</i>		<i>Nouveaux cas</i>	
Psychoses	29,8	Psychoses	8,0
Névroses	39,0	Névroses	24,4
Alcoolisme, toxicomanie	18,6	Alcoolisme, toxicomanie	7,8
Troubles de la personnalité	8,6	Troubles de la personnalité	1,9
Autres	4,0	Autres	6,0
		Diagnostiques symptomatiques (états dépressifs, troubles fonctionnels, troubles de conduite, etc.)	29,4
		Diagnostiques événementiels (tentamens, conflits, deuils, etc.)	4,1
		Sans diagnostics	18,4
Total 100,0		Total 100,1	
N = 521		N = 1493	

Il apparaît que les diagnostics qui ont le plus de chances d'être associés à des désordres manifestes (psychoses, alcoolisme-toxicomanie) sont plus fréquents à l'hôpital psychiatrique. On peut aussi voir un indice du caractère plus flou et moins consistant des problèmes traités dans l'extra-hospitalier dans le fait que la moitié des cas ressortissent à des catégories nosographiques symptomatiques, événementielles ou vides qui n'ont pas leur équivalent dans le code hospitalier.

Donc, à clientèles différentes, codes nosographiques différents et pratiques différentes.

⁹ Il y a en effet une corrélation, dans une institution donnée, entre l'importance des effectifs infirmiers, par rapport à d'autres professionnels et le caractère englobant et contraignant de la prise en charge. Les chiffres dont nous disposons sur la psychiatrie genevoise montrent que l'on recensait en 1976, à l'hôpital psychiatrique de Bel-Air 52,5 postes de médecins et 237 postes d'infirmières, soit 4,5 infirmières pour un médecin (encore faudrait-il pour être tout à fait précis ajouter au nombre des infirmières la force de travail représentée par 83 élèves). En revanche, au Centre psycho-social universitaire (pratique institutionnelle ambulatoire) l'on rencontrait 50,5 postes de médecins et 20 postes d'infirmières – la plupart travaillant dans les hôpitaux de jour – soit 0,4 infirmière pour un médecin.

vail infirmier est orienté davantage vers des fonctions d'encadrement et de gestion des individus hospitalisés que vers des tâches strictement médicales et thérapeutiques? Avant de pouvoir répondre de façon satisfaisante, il est nécessaire d'examiner de plus près l'hôpital psychiatrique, son rapport aux malades, son organisation et son fonctionnement, afin de saisir les paramètres institutionnels déterminant les pratiques infirmières.

2.2. *L'hôpital psychiatrique: institution totalitaire*

C'est en référence au mandat social de la psychiatrie qu'il faut comprendre la nature totalitaire¹⁰ de l'hôpital psychiatrique, mise en évidence par Goffman. Celle-ci représente en effet la forme d'organisation la mieux adaptée aux objectifs visés de contrôle et de remodelage des comportements. Aussi pour étudier l'hôpital psychiatrique, en évitant de se laisser piéger par les rationalisations thérapeutiques avancées, faut-il commencer par dégager certains des traits, triviaux en apparence, qu'il partage avec d'autres institutions totalitaires et qui commandent, dans une large mesure, son fonctionnement interne et la pratique de ses agents.

Mentionnons tout d'abord le fait que l'hôpital rassemble sur un espace clos un grand nombre d'individus qu'il prend totalement en charge, c'est-à-dire qu'il loge, nourrit, entretient, encadre, occupe, divertit. Un certain nombre d'exigences et de tâches découlent de cette situation concentrationnaire: exigences d'ordre, de discipline, d'efficacité, impliquant des procédures routinisées de gestion des patients et des règles organisant la vie hospitalière; tâches hôtelières, tâches d'entretien des individus, tâches d'organisation et d'animation de la vie interne.

Mais il y a plus. Dans la plupart des cas les malades ne se trouvent pas à l'hôpital de leur plein gré; soit qu'ils ont été internés de force sous le coup d'une mesure de placement, soit que, sous les pressions, voire le chantage de leur entourage, ils se sont vus contraints d'accepter l'hospitalisation. Goffman a bien décrit comment dans le processus d'hospitalisation, qu'il qualifie de "conspiration du silence", le malade occupe la position de tiers exclu. C'est dire que la psychiatrie, et tout particulièrement la psychiatrie hospitalière, s'impose, plus qu'elle ne se propose aux patients. Pour ce faire, elle dispose de pouvoirs importants; on peut distinguer entre les pouvoirs formels expressément codifiés¹¹ et les pouvoirs non codifiés inhérents à la gestion des troubles mentaux (par exemple possibilité d'imposer un traitement contre la volonté des patients — avec ce que cela implique d'emprise sur le corps et

¹⁰ Goffman (1968) donne de l'institution totalitaire la définition suivante: "Lieu de résidence et de travail où un grand nombre d'individus, placés dans la même situation, coupés du monde extérieur pour une période relativement longue, mènent ensemble une vie recluse dont les modalités sont explicitement et minutieusement réglées". Les principaux types d'institutions totalitaires sont: les prisons, couvents, hôpitaux psychiatriques, camps de concentration, casernes.

¹¹ Ainsi la loi genevoise de 1936 sur le régime des personnes atteintes d'affection mentale délègue aux psychiatres d'importantes prérogatives concernant les procédures d'entrée et de sortie de l'hôpital psychiatrique, la possibilité de transformer une entrée volontaire en internement, la réhospitalisation d'un malade dans les 30 jours après sa sortie.

la personnalité —, d'organiser la vie des malades en fonction de certaines normes, de punir les récalcitrants, etc.).

Les infirmières participent évidemment à l'exercice de ces pouvoirs, dont une partie leur est déléguée par l'autorité supérieure. Il faut insister ici sur le caractère fortement asymétrique du rapport soignant-soigné, où l'un dispose de pouvoirs importants sur l'autre, placé dans une position d'infériorité, de dépendance et de soumission. Cela d'autant plus que cet aspect est totalement occulté dans le discours psychiatrique ou infirmier, où la relation soignant-soigné est toujours présentée comme la rencontre, établie sur une base contractuelle, d'un individu souffrant cherchant secours et d'un professionnel apte à l'aider.

Ce rapport de contrainte que la psychiatrie entretient avec ses patients fait qu'elle se trouve perpétuellement confrontée à des risques de révolte, refus de traitement, fugue, agressivité, etc., et par conséquent dans l'obligation de mettre en place un système d'encadrement qui organise et contrôle la vie institutionnelle aussi strictement que possible en réduisant au maximum la part de liberté et d'initiative individuelle. D'où les caractéristiques suivantes du fonctionnement hospitalier :

- nivellement des individualités et utilisation de procédures bureaucratiques et routinisées de gestion des patients;
- programmation détaillée de tous les aspects de la vie quotidienne;
- encadrement et surveillance continus des internés;
- système de sanctions visant à pénaliser les comportements non conformes; ainsi les transferts en pavillons fermés, l'enfermement en cellule d'isolement; la suppression de privilèges, les "traitements" utilisés à des fins strictement disciplinaires, etc.

Toute l'organisation et le fonctionnement de l'hôpital, en effet, obéissent à un principe fondamental : imprimer un ordre dans le désordre potentiel de la vie hospitalière. Cette exigence d'ordre est doublement nécessaire : d'une part elle garantit un fonctionnement institutionnel efficace et sans bavures, d'autre part elle est une des conditions permettant le remodelage des personnalités déviantes à travers l'inculcation de règles de vie et de comportement en accord avec la normalité dominante. Anticipons pour dire que les infirmières, qui occupent une place centrale et stratégique dans la gestion des malades, sont directement préposées au maintien et à l'inculcation de cet ordre.

Les modalités d'imposition de l'ordre varient cependant selon le type de patients, plus précisément selon leur degré d'adhésion aux normes institutionnelles et médicales. On peut ainsi opposer deux types de pratique infirmière : l'une à caractère disciplinaire qui s'exerce en pavillons fermés et concerne les individus qui n'ont pas intériorisé le rôle de patient, l'autre, plus souple et persuasive, pratiquée en pavillons ouverts,¹² à l'usage des malades dont la conduite est conforme à ce qui est attendu d'eux.

¹² Il n'est pas inutile de rappeler que la pratique plus permissive des pavillons ouverts — souvent présentée de façon décontextualisée comme preuve des progrès irréversibles accomplis en psychiatrie — n'est possible qu'à cause de la pratique disciplinaire et coercitive des pavillons fermés qui fonctionne comme rempart ultime en cas de désordre.

Le fonctionnement de l'hôpital et les pratiques qui y ont cours ne se donnent cependant jamais pour ce qu'ils sont, mais apparaissent toujours recouverts de rationalisations médicales. "Pour être légitime, tout ce qui compose la vie à l'hôpital doit pouvoir s'intégrer au schéma médical de référence ou être traduit en termes qui lui permettent de s'y intégrer. Il faut donc définir les gestes quotidiens du personnel comme autant d'expressions, d'observations, de diagnostics, de traitements. Cette transposition n'est possible qu'au prix d'énormes entorses à la réalité ..." (Goffman, 1968, p. 437).

C'est ainsi que les diverses activités de la vie courante sont dépouillées, à l'intérieur des murs de l'hôpital, du sens qu'elles ont à l'extérieur pour être revêtues de significations thérapeutiques : le travail devient ainsi ergothérapie, les loisirs : sociothérapie, les réunions : thérapie de groupe et les discussions avec les soignants : psychothérapie ou relation thérapeutique. Même des mesures disciplinaires telles que l'enfermement en cellule ou le transfert en pavillon fermé sont réinterprétées comme isolement thérapeutique.

Cette retraduction médicale de tous les aspects de la vie interne ne doit pas faire illusion : seul un petit nombre de l'ensemble des tâches accomplies dans l'hôpital psychiatrique implique une médication spécifiquement médicale, c'est-à-dire s'exerce en référence à des savoirs spécialisés et met en œuvre des techniques spécifiques.

Il reste maintenant à examiner comment s'opère, entre les différentes professions soignantes, la division du travail hospitalier.

2.3. *La division du travail psychiatrique hospitalier*

Dans l'ensemble des activités hospitalières nécessaires à la gestion et à la normalisation des individus hospitalisés, celles qui impliquent une médiation médicale sont monopolisées par les médecins. Ces derniers, fonctionnant comme spécialistes, assument les tâches intellectuelles de définition (diagnostic), de décision (choix du traitement), ainsi que d'arbitrage institutionnel (avis concernant le droit de sortie, les permissions spéciales, le régime interne, le choix du thérapeute, etc.), tâches exercées de façon ponctuelle et permettant la plus grande distance spatiale, temporelle, conceptuelle — par rapport aux malades. Aux infirmières sont dévolues *l'ensemble des activités de gestion, d'entretien, d'encadrement et de surveillance continue du matériau humain, ainsi que les tâches pratiques d'exécution des ordres médicaux* (par exemple distribution de médicaments, injections, etc.). En fait, les différences existant entre fonction médicale et fonction infirmière peuvent se résumer de façon schématique dans les oppositions suivantes :

Fonction médicale

Savoir savant

Tâches nobles¹³

Fonction infirmière

Savoir vulgarisé ; savoir-faire

Tâches communes

¹³ Ce qualificatif s'applique essentiellement aux tâches de diagnostic et de traitement qui définissent le travail médical. Il ne doit pas faire oublier que les médecins accomplissent toute une série de tâches administratives, que l'on ne saurait qualifier de nobles.

Décision

Exécution¹⁴Distance par rapport à l'objet de sa
pratique

Encadrement continu

L'opposition entre fonction médicale et fonction infirmière ne signifie pas pour autant l'homogénéité du corps des médecins ou des infirmières. Des lignes de clivage passent également à l'intérieur de chacune des deux catégories professionnelles et déterminent des positions, intérêts, idéologies différents (cf. Gillioz et Fischer, à paraître).

Il s'agit de voir que la division du travail hospitalier n'est pas une simple différenciation technique déterminée d'abord par des impératifs d'intervention sur l'homme malade, elle est aussi une division *sociale* du travail (Freidson, 1970) qui implique une hiérarchie de pouvoirs, de prestige et de privilèges. Imposée par la profession dominante en fonction de ses intérêts propres, elle reproduit dans la logique interne du système hospitalier la division sociale du travail. Il suffit de considérer les milieux sociaux dans lesquels se recrutent infirmières et médecins¹⁵ pour se convaincre de l'homologie existant entre position dans la hiérarchie interne et position dans la hiérarchie externe.

Dépossédée par le groupe professionnel dominant des actes les plus spécialisés et les plus valorisés, la profession infirmière n'a pas vu sa situation s'améliorer avec les tendances récentes de la division du travail hospitalier. En effet, au cours des dernières décennies, celle-ci est devenue plus complexe; de nouvelles professions sont apparues dans le champ psychiatrique — sociothérapeutes, ergothérapeutes, psychomotriciennes, éducateurs, assistantes sociales, etc. — qui se sont constituées en se spécialisant dans un domaine qui était auparavant du ressort de l'infirmière. Aussi cette dernière voit-elle son champ d'activité se rétrécir sans pour autant gagner en spécificité.

¹⁴ L'opposition décision/exécution qui rend bien compte de la division formelle du travail entre médecins et infirmières doit en fait être nuancée au plan de la pratique. Si, formellement, les infirmières sont exclues du champ de la décision et confinées dans un rôle d'exécutantes, elles assument en pratique des tâches qui impliquent un certain degré d'initiative et de décision (Duhart et Charton-Bressard, 1973). C'est dire que la définition formelle de leur champ de compétences sous-évalue leur niveau de fonctionnement réel. De plus, une étude de la vie clandestine de l'hôpital montrerait sans doute tout un ensemble d'adaptations secondaires des infirmières visant à accroître leur marge de manœuvre: par exemple dépassement des zones médicamenteuses prescrites par les médecins ou au contraire non-application de traitements prévus; chantage ou marchandage avec les malades, etc. Si ces stratégies entraînent bien une augmentation du pouvoir réel de l'infirmière sur les malades, il ne faut pas oublier qu'elles demeurent clandestines, non reconnues formellement et passibles de sanctions si elles viennent à être découvertes.

¹⁵ L'enquête menée auprès d'un échantillon de la population infirmière psychiatrique de Suisse (Fischer, Gillioz, 1974) fait apparaître les répartitions suivantes selon les milieux sociaux d'origine:

couches populaires 52 %, couches moyennes 40 %, couches supérieures 8 %.

Les étudiants en médecine de Suisse provenaient des catégories socio-professionnelles suivantes en 1959-60 (Bureau Fédéral de statistique, 1961):

Professions libérales 25,3 %, indépendants 19,3 %, employés supérieurs 36,2 %, autres employés 12,3 %, ouvriers 2,7 %, inconnus 4,1 %.

3. CONTENU ET FONCTIONS DES PRATIQUES INFIRMIÈRES

Si l'on regarde de façon critique ce qui est désigné sous le terme général de soins infirmiers, on s'aperçoit qu'il s'agit en fait d'activités hétérogènes n'impliquant que peu de techniques spécifiques et qui peuvent être catégorisées comme suit :

- (1) tâches hôtelières (servir les repas, faire les lits, ranger le linge, etc.);
- (2) tâches coutumières d'entretien des individus (laver, baigner, habiller, nourrir, etc.);
- (3) soins médicaux techniques exercés par délégation (injections, prises de tension, etc.);
- (4) tâches d'encadrement des patients dans leur vie quotidienne à l'hôpital (surveillance du déroulement ordonné de la vie hospitalière, encadrement des malades au travail, dans les loisirs, lors des repas, discussions, etc.). Dans ces tâches sont liées indissociablement des fonctions de contrôle, de surveillance, d'organisation et d'animation de la vie communautaire ainsi que d'inculcation normative visant à faire intérioriser par les malades les règles institutionnelles et le schéma médical de référence (adhésion à la définition médicale de leurs problèmes et intériorisation du rôle de malade);
- (5) tâches diverses : administratives, transmission de l'information, participation à des colloques, etc.

La part respective des différentes activités dans l'ensemble du temps de travail de l'infirmière a été mise en évidence dans certaines études. Bien que celles-ci utilisent des catégories classificatoires qui reflètent l'idéologie médicale et psychiatrique – ainsi, on appelle soins aussi bien des actes techniques plus ou moins complexes que des tâches coutumières d'entretien, ou encore on range sous sociothérapie toute activité récréative – elles font néanmoins apparaître certains éléments intéressants.

Selon Bille et Le Corvec (1976), les tâches des infirmières se distribuent comme suit dans l'ensemble de leur temps de travail :

– tâches hôtelières (préparation, rangement de linge et matériels divers, transport et messagerie, etc.) :	16,0%
– soins directs non psychiatriques (soins de base, actes médicaux divers, etc.) :	24,5%
– soins psychiatriques (thérapeutique psychiatrique, qu'elle soit à prédominance biologique ou psychologique) :	18,0%
– activités indirectes (effectuées en dehors de la présence du malade, telles que transmission de l'information, attente, pause, tâches administratives, etc.) ¹⁶ :	41,5%
	100,0%

Le paradoxe ici est que les activités propres à l'infirmière en psychiatrie, les soins psychiatriques, n'occupent qu'une faible part de son temps.

¹⁶ Selon les auteurs, le total des activités indirectes est un peu grossi, du fait qu'on y a inclus la présence de l'infirmière durant la nuit.

Une autre recherche, faite par le Professeur C. Müller (1969) sur l'emploi du temps du personnel soignant en psychiatrie, donne les résultats suivants :

– travaux ménagers (ex. : travail à l'office, préparation de repas, faire les lits en l'absence du malade, etc.) :	17,8%
– travail technique médical (ex. : prise de tension, température, prise de sang, etc.) :	6,9%
– soins aux malades (soins impliquant un contact personnel avec le malade; ex. : l'habiller, le déshabiller, le raser le laver, faire des injections, etc.) :	21,2%
– observations :	2,8%
– sociothérapie (temps consacré aux discussions de groupe, aux jeux collectifs et individuels, promenades collectives ou individuelles avec les malades, conversations et entretiens avec le malade) :	21,0%
– ergothérapie :	12,7%
– autres activités (travail de bureau, colloques, entretiens avec les médecins, attente, déplacement) :	17,6%
	<hr/> 100,0%

Si les deux recherches ne peuvent se comparer strictement, du fait que le découpage par catégories et le regroupement des tâches ont été opérés différemment (ainsi, dans la dernière étude, la sociothérapie est définie de façon extrêmement large), elles n'en convergent pas moins, en ce qu'elles font toutes deux apparaître *l'hétérogénéité* et la *faible couverture technique* de la plus grande partie du travail infirmier en psychiatrie.

En fait, la majorité des tâches infirmières psychiatriques ne nécessitent aucun savoir ou savoir-faire *technique* spécifique. Lorsque l'on s'attache à saisir les actes infirmiers qui impliquent des connaissances et des techniques précises et qui ne pourraient être exécutés sans une formation préalable, on ne trouve guère que certains actes médicaux exercés par délégation (injection, pose d'une sonde ou d'un goutte-à-goutte), minoritaires en psychiatrie.

Quant aux tâches qui occupent relativement la majeure partie du temps de l'infirmière – l'encadrement des patients dans leur vie quotidienne – il s'agit en fait d'activités hétérogènes dont le dénominateur commun est la présence, que l'on veut thérapeutique, de l'infirmière auprès des malades.

Il faut donc bien voir que les tâches d'encadrement – avec les aspects de surveillance, de contrôle, de discipline et d'inculcation normative qu'elles impliquent – ne constituent nullement un aspect secondaire et archaïque du travail infirmier, coexistant avec des activités qui elles, seraient véritablement de nature médicale et thérapeutique; au contraire, elles constituent l'essentiel de ce qui est appelé soins psychiatriques, bien que retraduites, selon l'idéologie médicale, en sociothérapie, ergothérapie, observations, relation aux malades, etc. C'est dire que la plupart des activités infirmières psychiatriques trouvent leur fondement et leur cohérence bien plus dans une rationalité institutionnelle que médicale ou thérapeutique, c'est-à-dire qu'elles sont rendues nécessaires avant tout par les exigences de fonctionnement d'une institution totalitaire.

La faible couverture technique et thérapeutique du travail infirmier est attestée par un récent rapport de l'OMS (1977) faisant le point de la situation des soins infirmiers psychiatriques en Europe :

“Dans beaucoup d'établissements, le travail du personnel infirmier se limite surtout à appuyer l'intervention médicale, à faire fonctionner les services des salles de malades (ménage, gardiennage, etc.), à fournir des soins physiques (alimentation, toilette, exercice, etc.) et à remplir des fonctions de commis ou de messenger. Bien rares sont les établissements où l'on a élargi le rôle infirmier en l'intégrant au traitement dispensé au malade ou au client”.

Dans ces conditions, il n'est pas étonnant qu'il existe une relative interchangeabilité des agents soignants : dans de nombreux hôpitaux, les aides-infirmières et les élèves de première année déjà remplacent à l'occasion de congés, absences, insuffisance des effectifs, des infirmières diplômées¹⁷.

L'analyse qui vient d'être faite des pratiques infirmières en psychiatrie risque d'être considérée par certains comme dépassée. Ce qui a été décrit, dira-t-on, correspond peut-être à un état antérieur de la profession, mais ne rend plus compte de sa situation actuelle. C'est que l'institution psychiatrique s'est transformée, arguera-t-on, le temps de l'asile est révolu et l'hôpital n'est plus cet espace clos, figé sur lui-même, spécialisé dans le gardiennage des malades. Avec l'ouverture sur l'extérieur et l'introduction de moyens nouveaux d'animation de la vie communautaire — clubs de malades, réunions où s'expriment soignants et soignés, sociothérapie, etc. — les contraintes et les hiérarchies internes se seraient assouplies, le mouvement serait entré à l'hôpital et ce dernier serait devenu un véritable milieu thérapeutique.

Dans ce contexte modifié, la fonction de l'infirmière se serait transformée. Du rôle d'agent d'encadrement, préposé au gardiennage et à l'entretien des malades, elle serait passée à celui de thérapeute,¹⁸ dont l'action est centrée sur la *relation* aux malades. C'est du moins ce que postule l'idéologie infirmière¹⁹.

¹⁷ 64 % des infirmières ayant fait l'objet de notre enquête sur la formation du personnel infirmier psychiatrique estimaient que les élèves étaient utilisées comme bouche-trous dans les pavillons (cf. Fischer et Gillioz, 1974).

¹⁸ A titre d'exemple, deux citations tirées d'un ouvrage écrit par un collectif infirmier (Hôpital Charcot, 1970) :

“L'infirmier en psychiatrie d'aujourd'hui et de demain n'est plus ce personnage à stature imposante, sanglé dans un uniforme orné sinon de galons ou d'étoiles du moins d'un trousseau de clés aussi imposant que son allure ..., il n'est plus le 'gardien' devant des portes à 'judas', se bornant à l'exécution des prescriptions médicales ..., il est un être humain qui pense, qui vit, qui a une personnalité que ne dissimule plus la blouse blanche anonyme”.

“Il ne saurait être question de faire une part privilégiée à l'engagement de l'infirmier dans une relation individuelle à incidence psychothérapeutique, comme si cela ne pouvait qu'être exceptionnel et vécu que par une minorité. Cet engagement, c'est le sens même de notre travail, il devrait être notre seule raison d'être à l'hôpital psychiatrique.”

¹⁹ Cette idéologie principalement véhiculée par l'élite infirmière pensante — les infirmières enseignantes, les productrices de théories ou d'articles — met l'accent sur la relation personnalisée aux patients, comme part essentielle et constitutive du travail de l'infirmière, et sur le caractère potentiellement thérapeutique de tous les actes infirmiers. Cf. entre autres : Hôpital Charcot (1970); Kyes, Hofling, Bertheletot (1978).

Sans vouloir nier qu'un certain nombre de changements sont intervenus ces dernières années dans les hôpitaux psychiatriques, nous voudrions cependant en montrer les limites et relativiser leur impact au niveau de la profession infirmière. Cela nous paraît d'autant plus nécessaire que le discours dominant en psychiatrie tend à présenter toute nouveauté comme un changement radical qui s'inscrit en rupture par rapport à la situation antérieure. S'il est indéniable que certaines transformations ont affecté la vie hospitalière et les stratégies d'intervention sur les malades, qui sont devenues plus "douces", il faut cependant constater que ces changements ont très inégalement touché les différents hôpitaux psychiatriques et les différents pavillons à l'intérieur des hôpitaux. Les nombreuses publications et discussions dont sont l'objet certaines expériences d'avant-garde ne doivent pas faire oublier que bien des cliniques continuent de fonctionner selon les routines asilaires les plus traditionnelles, et que dans la quasi-totalité des hôpitaux coexistent des services ouverts et permissifs et des services fermés, les premiers n'étant possibles qu'à cause des seconds. Mais il y a plus : les transformations signalées laissent intactes les fonctions sociales de la psychiatrie, son rapport à l'ordre et les relations de contrainte aux malades qui en découlent. C'est dire que la psychiatrie actuelle ne s'inscrit pas en rupture par rapport au passé et que les nouveautés introduites doivent être comprises comme des façons nouvelles — plus souples et mieux adaptées à l'évolution générale des rapports sociaux²⁰ — d'accomplir les mêmes fonctions sociales. Il s'ensuit que les tâches infirmières d'encadrement et de gestion du matériau humain, qui découlent directement du mandat de contrôle social de l'hôpital psychiatrique, n'ont pu être transformées par les modifications apportées.

Cela étant, la "relation" aux patients qui caractériserait en propre les tâches des infirmières et dans laquelle ces dernières croient trouver une spécificité ne serait-elle pas simplement la formulation moderne des activités de gardiennage et d'encadrement?²¹ En effet, dans les conditions objectives qui déterminent actuellement l'exercice du métier, l'idéal thérapeutique et relationnel visé ne peut véritablement s'incarner dans la pratique — quelle que soit par ailleurs la bonne volonté infirmière — et cela pour les raisons suivantes :

— Rappelons tout d'abord qu'étant donné la division du travail psychiatri-

²⁰ L'évolution des rapports de force entre dominants et dominés s'est traduite par un nouveau mode de domination, caractérisé par l'exercice souple plutôt qu'autoritaire du pouvoir. Aussi n'est-ce pas un hasard si les sciences sociales ont été de plus en plus appelées à résoudre les "problèmes humains" d'organisation tels qu'entreprises, armée, hôpitaux, etc. A cet égard, il est intéressant de constater que les acquis de la science sociale dans le domaine du fonctionnement des petits groupes ont eu des applications aussi bien en psychiatrie (communauté thérapeutique) que dans l'industrie (human relations).

²¹ L'idéologie de la relation a cet avantage qu'elle permet de réinterpréter dans un sens thérapeutique toutes les activités infirmières, même les plus banales et les plus prosaïques.

"Lorsque le repas est terminé, chacun se lève de table mais il y a encore à desservir. Comment les choses sont-elles organisées? Dans quelle ambiance? Est-ce la corvée? N'y a-t-il pas dans le partage de cette activité une *possibilité riche d'échanges qui permette de garder le contact* (souligné par nous), d'effacer dans le vécu des uns ou des autres l'idée de la corvée, de tâches inférieures?" (Hôpital Charcot, 1970).

que, la fonction *première* assignée à l'infirmière consiste à entretenir, gérer, encadrer des individus et non à faire un travail spécifiquement relationnel. D'autres professions – les médecins et les psychologues psychothérapeutes – ont fondé leur spécificité sur ce dernier aspect. Aussi toute tentative pour sortir l'infirmière du rôle qui lui est traditionnellement assigné et pour ancrer son activité dans un terrain véritablement relationnel – à travers l'annexion d'une technique comme la psychothérapie, par exemple – ne peut que remettre en cause les principes sur lesquels sont fondés la division du travail et le fonctionnement de l'institution.

– Un deuxième type d'obstacles découle des impératifs du fonctionnement institutionnel tels qu'ils s'expriment à travers les horaires, règlements, normes administratives, etc. qui entrent souvent en conflit avec des exigences thérapeutiques. Un exemple, parmi d'autres, relaté par un élève dans son travail de diplôme (Reymond, 1977), relatif à la situation du repas. L'élève en question rapporte qu'il s'est fait vertement réprimander par ses collègues, parce que, désireux de faire du repas un moment de détente et d'échanges, il prenait son temps, ne débarrassait la table que lorsqu'il estimait le repas terminé, et de ce fait perturbait le rythme institutionnel. – Il faut aussi attirer l'attention sur l'incompatibilité existant entre fonction d'encadrement et fonction thérapeutique fondée sur la relation, et l'inconfortable position de l'infirmière censée assumer les deux. Représentante des exigences administratives, institutionnelles et médicales auprès des patients et garante de l'ordre et de la discipline internes, l'infirmière détient un pouvoir sur les patients et peut intervenir pour les contraindre, par la force si nécessaire, à se conformer à ce qui est attendu d'eux. Par ailleurs, la vocation thérapeutique dont elle se réclame lui enjoint d'être l'alliée du malade, c'est-à-dire de développer avec lui une relation de confiance fondée sur la compréhension de ses besoins et le désir de l'aider. C'est dire qu'il lui est demandé à la fois d'être du côté des patients et de prendre le parti de l'ordre institutionnel.

– Un troisième type d'obstacles tient à la faiblesse des moyens dont disposent les infirmières pour accomplir un travail véritablement relationnel, faiblesse qui a son origine dans les carences du bagage professionnel qui leur est donné durant la formation. Celui-ci, constitué pour l'essentiel d'une sorte de "digest" de connaissances médicales et psychiatriques, apparaît fortement inadapté aux objectifs thérapeutiques visés²². Comme on peut le voir dans le programme des matières enseignées dans les écoles d'infirmières en psychiatrie reproduit ci-après, les sciences humaines sont quasiment absentes d'une formation qui est censée produire des "techniciennes" de la relation. Plus de la moitié des heures programmées se rapportent à des sciences de base et médicales et 38,9% à la psychiatrie. A noter également que les soins somatiques mobilisent plus d'heures de cours (200 h) que les soins psychiatriques (120 h).

La formation dispensée, où se lit nettement la dominance des intérêts médicaux sur les intérêts infirmiers, n'est-elle pas révélatrice des enjeux engagés à ce niveau et des rapports de force existant entre les différents groupes professionnels ?

²² Pour une analyse critique du type de formation dispensée, cf. Bille et Le Corvec, 1976.

Tableau 2. Programme des matières devant être enseignées dans les écoles d'infirmières en psychiatrie selon les directives de la Croix-Rouge suisse.

	Nombre d'heures recommandées	
<i>Sciences de base</i>		
Notions de physique-chimie	20	} 150 heures = 51,8 %
Alimentation	10	
Biologie	6	
Anatomie – physiologie	80	
Hygiène, santé publique	10	
Microbiologie, parasitologie	4	
Pharmacologie et pharmacodynamique	20	
<i>Médecine et soins somatiques</i>		
Pathologie générale et médicale	60	} 280 heures
Techniques de soins somatiques	200	
Premiers secours	20	
<i>Psychiatrie et soins psychiatriques</i>		
Psychiatrie	152	} 318 heures = 38,3 %
Hygiène mentale	6	
Traitements psychiatriques	10	
Observation et rapport d'observation des malades	30	
Soins infirmiers en psychiatrie I	60	
Soins infirmiers en psychiatrie II	60	
<i>Problèmes professionnels</i>		
Ethique professionnelle	20	} 40 heures = 4,8 %
Questions professionnelles	12	
Histoire de la profession	8	
<i>Divers</i>		
(instruction civique, éléments de culture générale, etc.)	42	= 5,1 %
	<u>830</u>	

Car si cet enseignement apparaît inadapté aux objectifs visés par l'avant-garde infirmière, il semble en revanche parfaitement ajusté à une autre finalité : inculquer aux élèves un modèle médical de lecture et d'interprétation des faits, à même de les convertir à la vision de la folie comme maladie et de leur donner une identité paramédicale. Il faut voir aussi que, l'essentiel de cette formation étant situé sur un terrain dont les médecins ont l'exclusivité, le corps infirmier est placé dans un statut de dépendance qui l'empêche de développer une réelle autonomie.

Aussi est-on en droit de conclure que la fonction de la formation infirmière en psychiatrie semble être bien plus de perpétuer les rapports sociaux existant entre professions, et notamment la prééminence du corps médical, que de transmettre aux futures infirmières les moyens théoriques et pratiques indispensables à une pratique thérapeutique spécifique et autonome.

Le discours sur la "relation" comme instrument thérapeutique propre à l'infirmière apparaît donc, une fois replacé dans les conditions concrètes de la pratique, refléter bien davantage une certaine idéologie professionnelle que la réalité. Cette idéologie est précisément nécessaire pour masquer la contradiction fondamentale qui marque la profession. En effet, en tant qu'agents d'une institution qui met en avant sa vocation de service médical, les infirmières sont tenues de se distancer de l'image toujours pregnante de gardiennes d'aliénés et d'apparaître sous une identité de soignantes, mais en même temps elles ne disposent ni des conditions institutionnelles, ni des instruments qui rendraient ce rôle professionnel possible. Aussi, l'idéologie de la relation a-t-elle pour fonction essentielle de donner une légitimité et une cohérence à des pratiques caractérisées par leur hétérogénéité et leur faible couverture thérapeutique.

* * *

Intermédiaires fonctionnelles entre un groupe dominant (les médecins) et un groupe dominé (les malades), préposées aux tâches d'encadrement inhérentes à cette position, c'est ainsi que l'on peut décrire schématiquement les infirmières en psychiatrie au terme d'une analyse où l'objet a été construit contre les apparences immédiates et les rationalisations idéologiques.

Pour conclure, l'on voudrait élargir le cadre de la problématique développée en montrant les homologues existant avec des professions situées dans d'autres champs et commises aux mêmes fonctions, par exemple le contremaître en usine, le sous-officier dans l'armée, le gardien de prison ou l'éducateur en milieu spécialisé. Au-delà de leurs différences, tous ces agents ont en commun de constituer un point charnière dans leurs espaces institutionnels respectifs, point où s'articulent les relations entre groupes situés aux deux extrêmes de la hiérarchie interne. Incarnant l'autorité supérieure auprès de la "base", ils détiennent certains pouvoirs par délégation et sont les garants de l'application des décisions prises ainsi que du bon fonctionnement interne. Leur fonction suppose l'exercice d'une violence symbolique qui consiste à inculquer aux subalternes certaines règles, normes, principes, valeurs (par exemple ponctualité, assiduité, mode de faire, adhésion à l'idéologie de l'institution).

La présence de ces intermédiaires est nécessaire à la reproduction institutionnelle et sociale à plusieurs égards: d'une part, ils remplissent une fonction de médiateurs entre univers culturels différents (par exemple savant-profane; technique-pratique; culture bourgeoise-culture populaire) retraduisant selon le code du récepteur les ordres, informations, messages. En réduisant la distance sociale et culturelle entre les groupes sociaux, ils créent les conditions nécessaires à toute action de domination symbolique. D'autre part, le groupe dominant a un intérêt évident à confier la partie la plus directement visible et disciplinaire du travail de domination à des tiers: il peut ainsi faire oublier où se situe le vrai centre du pouvoir et dévier vers ces intermédiaires les stratégies courantes d'opposition des dominés.

Une étude plus approfondie montrerait en outre que ce type d'agents se

recrutent principalement dans les couches populaires et moyennes inférieures²³ qui trouvent là, en échange de leur conformité et de leur loyalisme institutionnels des chances de mobilité qu'elles trouveraient difficilement ailleurs sur le marché du travail.

Les homologues relevées permettent d'affirmer que, du point de vue sociologique qui nous intéresse ici, la profession infirmière en psychiatrie ne constitue nullement un cas unique et que sa seule spécificité lui vient de son appartenance à un champ particulier — le système psychiatrique — et de l'indexation de ses pratiques dans la logique de ce champ.

²³ En ce qui concerne le recrutement des infirmières psychiatriques, cf. note 15.

BIBLIOGRAPHIE

- BILLE, F. et LE CORVEC, P. (1976), "De la formation d'infirmier(ère) en psychiatrie" (E.S.E.I., travail de diplôme).
- Bureau Fédéral de Statistiques (1961), "Les étudiants en Suisse" (Berne).
- CASTEL, R. (1976), "L'ordre psychiatrique" (Minuit, Paris).
- CASTEL, F., CASTEL, R., LOVELL, A. (1979), "La société psychiatrique avancée" (Grasset, Paris).
- C.P.S.U. (1967), "Population consultante" (Documents internes).
- DONZELOT, J. (1970), Espace clos, travail et normalisation, *Topique*, 3 (1970).
- DONZELOT, J. (1971), Le troisième âge de la répression, *Topique*, 6 (1971).
- DUHART, J. et CHARTON-BRASSARD, J. (1973), Réforme hospitalière et soin infirmier sur ordonnance médicale, *Rev. fr. sociol.*, Numéro spécial, *Sociologie de la médecine*.
- FISCHER, W. et JAEGGI, F. (1972), Réflexions sur la psychiatrie sociale, *L'information psychiatrique*, 48 (1972) No 6.
- FISCHER W. (1973), "Etude des urgences en psychiatrie" (Document interne).
- FISCHER, W. et GILLIOZ, L. (1974), "Enquête sur la formation de base et post-graduée des infirmiers et infirmières en psychiatrie" (Document de l'ARTMEIP).
- FOUCAULT, M. (1961), "Histoire de la Folie" (Plon, Paris).
- FREIDSON, E. (1970), "Profession of Medicine" (Dodd, Mead, New York).
- GILLIOZ, L. et FISCHER, W. (à paraître), "Etude sociologique de la profession d'infirmier(ère) en psychiatrie" (Delta, Vevey).
- GOFFMAN, E. (1968), "Asiles" (Minuit, Paris).
- HOLLINGSHEAD, A.B. et REDLICH, F.C. (1965), "Social Class and Mental Illness" (Wiley, New York).
- Hôpital CHARCOT (1970), "Réflexion sur notre pratique" (Scarabée, Paris).
- KYES, J.J., HOFLING, C.K. et BERTHELETOT, H. (1978), "Soins infirmiers en psychiatrie" (Renouveau pédagogique, Montréal).
- MÜLLER, C. (1969), Emploi du temps du personnel soignant en psychiatrie, *Soc. Psychiatry*, 4 (1969).
- OMS (1977), "Le rôle de l'infirmière dans les soins psychiatriques" (Bureau Régional de l'Europe, Copenhague).
- REYMOND, F. (1977), Le stress, un des facteurs perturbant les soins infirmiers, *Bulletin de l'ARTMEIP*, 27 (1977).
- SCHEFF, Th.J. (1966), "Being Mentally Ill" (Weidenfeld & Nicholson, London).
- SCHEFF, Th.J., Ed. (1967), "Mental Illness and Social Processes" (Harper & Row, New York).
- SZASZ, Th. (1976), "Idéologie et Folie" (PUF, Perspectives critiques, Paris).

ZUR INTERESSENORIENTIERUNG
KAUFMÄNNISCHER ANGESTELLTER.
Ergebnisse einer Befragung von Mitgliedern
des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes

François Höpflinger

Soziologisches Institut der Universität Zürich

RÉSUMÉ

Dans le cadre d'un travail de recherche sur la fonction et la structure des associations d'employés en Suisse, une enquête par questionnaire a été menée en 1978 auprès des membres de la Société suisse des employés de commerce. L'enquête établit l'existence des relations entre la situation professionnelle et l'orientation des intérêts des employés. Ainsi, il apparaît clairement que l'étendue des intérêts syndicalistes ne varie pas seulement selon la position professionnelle et le revenu, mais aussi, en partie, selon les aspects de la satisfaction professionnelle et la perception des différences d'intérêts sociaux. L'étude confirme en outre les recherches faites plus récemment à l'étranger, lesquelles démontrent l'orientation hybride des intérêts des employés et mettent en évidence le fait que les aspects individuels et collectifs des intérêts des employés ne s'excluent pas mutuellement.

ZUSAMMENFASSUNG

Im Rahmen einer Forschungsarbeit über die Funktion und Struktur von Angestelltenverbänden in der Schweiz wurde 1978 eine schriftliche Befragung von Mitgliedern des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) durchgeführt. Die Befragung lässt deutliche Beziehungen zwischen der beruflichen Situation und der Interessenorientierung kaufmännischer Angestellter sichtbar werden. Dabei wird deutlich, dass das Ausmass einer mehr gewerkschaftlichen Interessenorientierung nicht allein mit der beruflichen Position und dem Einkommen, sondern teilweise auch mit Aspekten der Arbeitszufriedenheit und der Wahrnehmung sozialer Interessenunterschiede variiert. Die Studie bestätigt zudem die bei neueren ausländischen Untersuchungen beobachtete hybride Interessenorientierung von Angestellten und weist darauf, dass individuelle und kollektive Aspekte der Interessenorientierung sich bei Angestellten gegenseitig nicht ausschliessen.

1. ZUR GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN STELLUNG DER ANGESTELLTEN

Die vertikal differenzierte und beruflich heterogene Situation der Angestellten – als eher unklar abgrenzbare 'Mittelschicht' – ist mit einer uneinheitlichen gesellschaftspolitischen Zwischenstellung verknüpft. Verschiedene Autoren haben immer wieder neu vermerkt, dass sich das gesellschaftliche Selbstverständnis der Angestellten höchst diffus und ambivalent darstellt. "Wenn das Klassenbewusstsein ein Element des Klassenbegriffs bildet, dann ist die Mittelschicht keine soziale Klasse. Und in der Tat ist es ja den Mittelschichten im Gegensatz zum städtischen Proletariat nie gelungen, eine homogene Ideologie zu schaffen, die als Ausdruck eines spezifischen Mittelklassenbewusstseins gedeutet werden könnte. Im Gegenteil: ideologisch gesprochen sind die Mittelklassen in eine Unzahl von Gruppen gespalten, die den Eindruck einer geradezu extremen Heterogenität hervorrufen." (Heintz, 1968, S. 242; Bahrtdt, 1958, S. 130f; Braun & Fuhrmann, 1970, S. 459; Crozier, 1965, S. 37f).

Die neueren Studien über technische Angestellte haben für diese spezifische Gruppe von Angestellten ähnliche Ergebnisse erbracht: "Die Annahme, dass technische Angestellte in der Industrie gegenwärtig weder ein geschlossenes 'hierarchisches Gesellschaftsbild' als 'Arbeiter' besitzen, sondern gemäss ihrer vorgängigen Ausbildung und Berufserfahrung sowie ihrer gegenwärtigen betrieblichen Funktion und Stellung in der Betriebshierarchie unterschiedliche Vorstellungen über ihre betriebliche und gesellschaftliche Situation entwickeln, kann durch die vorgestellten Ergebnisse unserer Erhebung als bestätigt gelten." (Beckenbach u.a., 1975, S. 262; Roberts u.a., 1972, S. 320).

Die oft beobachtete Ambivalenz der technischen wie kaufmännischen Angestellten zwischen individualistischer und kollektiver Interessenorientierung bzw. zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstandpunkt wird speziell innerhalb der marxistischen Denkrichtung von ihrer besonderen gesamtgesellschaftlichen Funktion innerhalb der Produktion abgeleitet: die Angestellten werden als sozio-ökonomische Arbeitnehmergruppe angesehen, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise wohl teilweise kapitalistische Funktionen erfüllen, jedoch selbst nicht zur Klasse der Kapitalbesitzer gehören. "In many respects, therefore, the class situation of these unproductive workers parallels the class situation of productive workers. A major source of class ambiguity, however, lies in the fact that these workers, besides being agents of the capitalist function, are employed in activities which are peculiar to the capitalist mode of production." (Crompton, 1976, S. 418f; Urry, 1973, S. 182f; Carchedi, 1975, S. 51).

Wie schon H.P. Bahrtdt antönte, haben auch die historischen Entstehungsbedingungen mit zur oft diffusen und ambivalenten (mehr individualistisch geprägten) Orientierung vieler Angestelltengruppen beigetragen: "Die Angestellten sind ja erst spät zu einem Faktor in der industriellen Gesellschaft geworden. Sie fanden, als sie sich ihrer bewusst wurden, eine präformierte Gesellschaft vor. In ihr gab es zwar neue und neuartige Arbeitsplätze, aber in ideologischer Hinsicht waren gewissermassen alle Plätze vergeben." (Bahrtdt, 1958, S. 132; sowie Neuloh, 1966, S. 43f). Damit befand sich die Angestelltenschaft von Beginn an in einem ideologischen Spannungsfeld zwischen der organisierten Arbeiterschaft und der – die betriebliche Umwelt bestimmenden – Unternehmerschaft. In dieser ideologisch präformierten Situation war insbesondere für die Büroangestellten die Übernahme und Internalisierung der vorhandenen bürgerlichen Werte und Normen naheliegend, dies umso mehr, als zwischen bürgerlichen Normen und administrativ-verwaltenden Bürokratien eine ausgesprochene Affinität besteht. So "stellen nicht nur Wunsch und Erwartung eines sozialen Aufstiegs zwischen den Mittelklassen und der Bürokratie eine gewisse Affinität her. Diese Affinität besteht auch in bezug auf die grosse Bedeutung, die in beiden Gruppen dem sozialen Status beigemessen wird." (Heintz, 1968, S. 181; Girod, 1961, S. 138).

Verschiedentlich wurde erwartet, dass die erwähnte Zweideutigkeit und Unbestimmtheit des Angestelltenbewusstseins – vor allem auch als Folge der Rationalisierung und Umstrukturierung der Arbeitsplätze – allmählich verschwinden würde. Je nach sozialpolitischer Position wurde dabei die Entstehung einer

einheitlichen Mittelstandsideologie oder die Integration der Angestelltenschaft in die Arbeiterbewegung erwartet. Beides ist bisher nicht oder dann nur zum Teil eingetreten, was schon früher zu Diskussionen über die Diskrepanz von objektiver Lage als Arbeitnehmer und individualistischer oder unternehmerfreundlicher Interessenorientierung geführt hat. So stellte etwa H. Steiner in den 60er Jahren fest: "Entgegen der charakterisierten objektiven sozial-ökonomischen Position bleibt die subjektive Einsicht der Masse der Angestellten hinter den vor sich gegangenen Veränderungen in den Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen, in der sozialen Zukunft usw. zurück." (Steiner, 1967, S. 157). Die neueren Studien über technische Angestellte zeigen deutlich, dass die Gemeinsamkeit der Lohnabhängigkeit auch heute noch gegenüber den Besonderheiten der Ausbildung und betrieblichen Funktion in den Hintergrund tritt (Beckenbach u.a., 1975, S. 232f). Die Untersuchungen über technische Angestellte weisen allerdings durchaus auf – sich verstärkende – gewerkschaftliche Elemente hin, wobei nicht selten eine duale Strategie verfolgt wird, die auf der Kombination individueller und kollektiver Interessenorientierungen beruht (Roberts u.a., 1972, S. 49).

Während diesbezügliche Untersuchungen über (qualifizierte) technisch-wissenschaftliche Angestellte seit 1969 stark zugenommen haben, ist es um die kaufmännischen Angestellten bisher vergleichsweise ruhig geblieben (Fehrmann, Metzner, 1977, S. 21), obwohl diese Gruppe von Angestellten von den wirtschaftlichen und technischen Umstrukturierungen besonders stark berührt wird. Im folgenden werden einige Ergebnisse aus einer Befragung von Mitgliedern des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes – der grössten Interessenorganisation kaufmännischer Angestellter in der Schweiz – vorgestellt. Dabei stehen insbesondere zwei Fragestellungen im Vordergrund:

1. Welches ist die von den organisierten kaufmännischen Angestellten bevorzugte Interessenstrategie und inwiefern lässt sich innerhalb der organisierten Angestelltenschaft eine gewisse ideologische Polarisierung feststellen?
2. Welches sind soziale Determinanten für Unterschiede der Interessenorientierung der befragten kaufmännischen Angestellten (wobei neben Statusvariablen auch Arbeitszufriedenheit, Krisenbetroffenheit u.a.m. einbezogen werden)?

2. DER SCHWEIZERISCHE KAUFMÄNNISCHE VERBAND (SKV)

Die Situation in der Schweiz ist durch eine ausgeprägte Trennung der Interessenvertretung von Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft gekennzeichnet. Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland haben die grossen Gewerkschaftsverbände der Schweiz bisher kaum Privatangestellte rekrutiert. Rund 94% aller einer Arbeitnehmerorganisation angeschlossenen Angestellten der Privatwirtschaft sind – ausserhalb der Gewerkschaftsverbände – in eigenen, selbständigen Angestelltenverbänden organisiert. Mitgliedermässig weitaus grösster Angestelltenverband und einzig national anerkannte Interessenvertretung kaufmännischer Angestellter der Schweiz ist der 1861 gegründete Schweizerische Kaufmännische Verband (SKV), der rund 20% der kaufmännischen Angestellten der Schweiz re-

krutiert. (Der Organisationsgrad liegt bei den männlichen Angestellten bei rund 30%, gegen nur 7% bei den weiblichen Angestellten). Die Mitgliederzusammensetzung des SKV ist ausgesprochen heterogen, als er nicht nur Büroangestellte der verschiedensten Tätigkeitsbereiche und beruflichen Positionen (bis hin zu oberen Kademern), sondern auch aller Branchen umfasst. Die Aktivitäten des SKV liegen heute sowohl im Bereich der kollektiven Interessenvertretung (inklusive dem Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen) wie auch im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung (d.h. der kollektiven Organisation individueller Aufstiegschancen). In diesem Sinne lässt sich eine ausgesprochene Kombination von mehr berufspolitischen und gewerkschaftlichen Elementen der Interessenvertretung beobachten. Obwohl des SKV sein Tätigkeitsfeld im Verlaufe seiner Entwicklung, wie schon erwähnt, auch auf gewerkschaftliche Funktionen ausgeweitet hat, bilden die bildungsbezogenen Aktivitäten allerdings auch heute noch den eigentlichen Schwerpunkt der Verbandstätigkeit. Dabei kommt dem SKV im Bereich des gesamten kaufmännischen Bildungswesens eine zentrale Bedeutung zu, die weit über seinen Mitgliederkreis hinausreicht :

— erstens ist der SKV Träger des gesamten kaufmännischen Berufsschulwesens der Schweiz und übernimmt dabei zentrale öffentliche Funktionen, wie dies in vergleichbarem Ausmass bei keinem anderen Angestelltenverband zu beobachten ist;

— zweitens unterhält der SKV ein ausgebautes Angebot an Weiterbildungsinstitutionen (Kurse, höhere Fachprüfungen, höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschulen HWV).

Die enge Verbindung zwischen der kaufmännischen Berufs- und Weiterbildung und der Interessenorganisation der kaufmännischen Angestellten findet ihre Widerspiegelung darin, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder eine kaufmännische Lehre abgeschlossen hat, während die ungelernten Büroangestellten im Verband deutlich untervertreten sind (ein Muster, das in der Schweiz auch bei den anderen Angestelltenverbänden sichtbar wird). Die trotz solchen Einschränkungen ausgesprochene soziale wie auch ideologische Heterogenität der SKV-Mitgliedschaft erlaubt es, die Interessenorientierung verschiedener Gruppen von (gelernten) kaufmännischen Angestellten zu vergleichen.

Die nachfolgenden Daten basieren auf einer im Mai/Juni 1978 durchgeführten postalischen Befragung von 2 000 zufällig ausgewählten Mitgliedern des SKV. Von den angefragten SKV-Mitgliedern haben 51% den Fragebogen ausgefüllt zurückgeschickt. Der Vergleich der antwortenden Mitglieder mit der Grundgesamtheit zeigt eine gewisse Untervertretung der weiblichen Mitglieder (23% anstatt 27%) und der 51- bis 64- jährigen männlichen Mitglieder. Der Vergleich der Fragebogen nach dem Zeitpunkt ihres Eintreffens (Filion, 1975/6) weist darauf hin, dass aktive Mitglieder, Mitglieder mit Lehre, und mit ihrer Arbeit eher Unzufriedene leicht überrepräsentiert sein dürften.

3. ASPEKTE DER INTERESSENORIENTIERUNG

Versucht man das Verhältnis von Arbeitnehmer zur Interessenorganisation analytisch zu erfassen, bieten sich insbesondere drei allgemeine Fragestellungen an :

1. inwiefern werden die eigenen, individuellen Anstrengungen als genügend erachtet, um die eigenen beruflichen Interessen zu vertreten und durchzusetzen, oder inwiefern verlässt man sich mehr auf eine gemeinsame, kollektive Interessenvertretung? (Individuelle versus kollektive Interessenorientierung);

2. inwiefern werden Interessenunterschiede zu anderen sozialen Gruppen (hier insbesondere : den Arbeitgebern) wahrgenommen und inwiefern bevorzugt man kooperative bzw. konflikte Strategien zur Durchsetzung der eigenen Interessen? (Kooperative versus konflikte Interessenwahrnehmung);

3. inwiefern wird vom Interessenverband eine eigentliche gewerkschaftliche Interessenvertretung gefordert oder inwiefern zentrieren sich die Interessen der Mitglieder auf berufspolitische Zielsetzungen? (Gewerkschaftliche versus berufspolitische Interessenvertretung).

Die verschiedenen Aspekte der Interessenorientierung sind faktisch miteinander eng verknüpft (obwohl theoretisch verschiedene Kombinationen denkbar sind). Ebenso ist nicht auszuschliessen, dass die theoretisch vermuteten Gegensätze nicht in reiner Form auftreten, sondern dass in der sozialen Realität der kaufmännischen Angestellten gerade auch Mischformen dominieren können.

3.1. *Individuelle versus kollektive Interessenorientierung*

Da der Schweizerische Kaufmännische Verband durch den Ausbau individueller Dienstleistungen (insbesondere im Weiterbildungsbereich) einerseits und durch die Betonung des 'collective bargaining' andererseits, individuelle und kollektive Aspekte der Interessenvertretung kombiniert, umfasst der Verband Mitglieder mit zum Teil konträren Vorstellungen über die ideale Art der Interessenvertretung, wobei je nach beruflicher Stellung, Einkommen usw. mehr die individuelle oder auch mehr die kollektive Interessenorientierung dominieren dürfte. Dabei brauchen sich Elemente der individuellen und kollektiven Interessenorientierung allerdings nicht gegenseitig auszuschliessen, sondern sie lassen sich in oft komplexer Weise kombinieren. Darauf weist etwa eine Studie bei englischen Arbeitern und Angestellten, deren Autoren zu folgendem Schluss gelangten : "Whereas previous commentators have frequently regarded individualism and collectivism as alternative and mutually incompatible orientations, the evidence from our enquiry suggests that each type of attitude can exist along side the other. The same individual may, for example, endorse trade union action to improve the position of the occupational group to which he belongs, while simultaneously desiring individual promotion out of the group in question" (Cook, Clark et al., 1978, S. 243).

In der Befragung wurde unter anderem auch nach dem Mittel gefragt, das nach Ansicht des Befragten am besten geeignet sei, um die Interessen der Angestellten im Betrieb durchsetzen zu können. Als Antwortkategorien wurden angeführt :

- zum einen mehr individuelle Strategien der Interessenwahrung : persönliche Anstrengung jedes einzelnen Angestellten, ständige Aus- und Weiterbildung des einzelnen Angestellten;
- zum anderen mehr kollektiv-institutionelle Strategien der Interessenwahrung : Ausbau von Mitsprache- und Mitbestimmungsrechten, Organisierung in einem Angestelltenverband.

Die bei der gewählten Frageform möglichen 12 Antwortkombinationen wurden durch Zusammenlegen der Antworten auf vier Kombinationen reduziert, die als Stufen auf der Dimension individueller versus kollektiv-institutioneller Interessenorientierung interpretiert werden. (Zur Fragekonstruktion, siehe Anhang). Die Verteilung der Antworten zeigt, dass bei den befragten SKV-Mitgliedern insgesamt eher der Pol der individuellen Interessenorientierung dominiert : 47% der Befragten bevorzugten rein individuelle Formen der Interessenvertretung (Persönliche Anstrengung, Aus- und Weiterbildung), wogegen nur 17% eine rein kollektiv-institutionelle Interessenvertretung vorzogen. Bei einem guten Drittel der Befragten lässt sich eine Kombination individueller und kollektiv-institutioneller Interessenorientierung feststellen, indem z.B. als bestes Mittel der Interessenvertretung die ständige Weiterbildung, und als zweitbestes Mittel die Organisierung in einem Angestelltenverband genannt wurde.

Die Analyse der Daten zeigt, dass dabei deutliche Beziehungen mit den Statusvariablen (Stellung und Einkommen) zu beobachten sind. Die statushöheren Mitglieder bevorzugen tendenziell eher individuelle Formen der Interessenvertretung, während mit abnehmendem Status die kollektiv-institutionellen Formen der Interessenwahrung (Ausbau von Mitsprache- und Mitbestimmungsrechten, Organisierung in einem Angestelltenverband) häufiger angekreuzt werden (Tabelle 1).

Die den kaufmännischen Angestellten zugeschriebene "Individualität und Personalität der sozialen Orientierung" scheint heute in relativ reiner Form nur noch für statushohe Angestelltengruppen zuzutreffen. Demgegenüber scheinen bei den kaufmännischen Angestellten ohne Leitungsfunktionen eher Kombinationen individueller und kollektiver Interessenorientierung vorzufinden sein. Eine Verallgemeinerung der hier gefundenen Beziehung bedarf allerdings der Stützung durch breiter angelegte Untersuchungen.

Zusätzlich zu den objektiven beruflichen Merkmalen wie Einkommen und beruflicher Stellung sind auch mehr subjektive Aspekte der Berufssituation von Bedeutung, dies insofern als Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation eher zur Betonung individueller Formen der Interessenvertretung führt, während mit ihrer Arbeitssituation eher unzufriedene Befragte stärker zum kollektiv-institutionellen Pol neigen (Tabelle 2).

Die genauere Auswertung der Daten zeigt, dass bei den Befragten der unteren Einkommensgruppe mehr die Zufriedenheit mit dem Lohn und der Arbeitsautonomie die Interessenorientierung beeinflusst, während bei den Befragten mit hohem Einkommen vor allem auch die Zufriedenheit mit den Aufstiegschancen eine Rolle spielt.

Interessenorientierung

Tabelle 1.
Bevorzugte Art der Interessenvertretung, nach beruflicher Stellung und Einkommen.

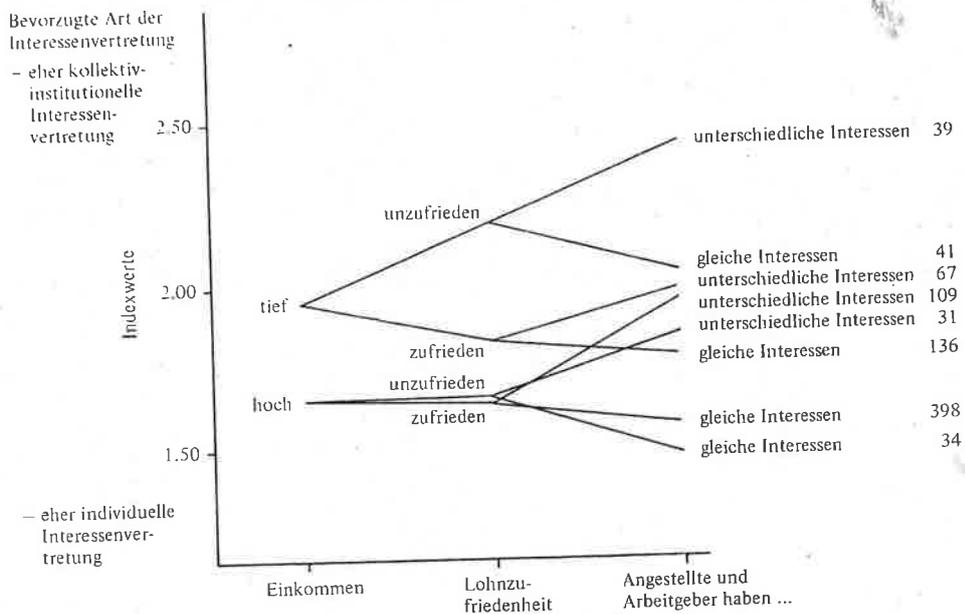
		Berufliche Stellung			
		keine Leitungs- funktion	Büro- Gruppen- chefs	Abteilungs- leiter	Geschäfts- leitung
N =		297	145	183	108
<hr/>					
Individuelle In- teressenvertretung bevorzugt	1	34 %	43 %	54 %	75 %
	2	23 %	21 %	22 %	11 %
Mischformen	3	19 %	18 %	12 %	7 %
Kollektiv-institu- tionelle Interessen- vertretung bevorzugt	4	25 %	19 %	13 %	7 %
Gamma : .34, sign. : .0000					
<hr/>					
		Monatseinkommen (in SFR)			
		bis 2000	2001- 4000	mehr als 4000	
N =		77	397	338	
<hr/>					
Individuelle In- teressenvertretung	1	30 %	40 %	60 %	
	2	31 %	22 %	17 %	
Mischformen	3	13 %	18 %	12 %	
Kollektiv-institu- tionelle Interessen- vertretung bevorzugt	4	26 %	20 %	12 %	
Gamma : .29, sign. : .0000					

Die Interessenorientierung der befragten kaufmännischen Angestellten ist erwartungsgemäss eng mit der Wahrnehmung von Interessenunterschieden zwischen Angestellten und Arbeitgebern verknüpft : diejenigen Angestellten, die von Interessenunterschieden zwischen beiden Gruppen ausgehen, bevorzugen tendenziell auch stärker kollektiv-institutionelle Formen der Interessenvertretung. Und umgekehrt verlassen sich die Angestellten, die zwischen Arbeitgebern und Angestellten eine weitgehende Interessenübereinstimmung wahrnehmen, mehr auf persönliche Anstrengungen und individuelle Weiterbildung als Mittel zu Interessendurchsetzung. Die genauere Datenauswertung lässt sichtbar werden, dass sich sowohl Einkommen, Lohnzufriedenheit wie auch die Wahrnehmung von Interessengegensätzen auf die Interessenorientierung von Angestellten auswirken (Darstellung 1).

Die stärkste kollektiv-institutionelle Interessenorientierung weisen die Befragten mit relativ tiefem Einkommen und geringer Lohnzufriedenheit auf, die

Tabelle 2.
Bevorzugte Art der Interessenvertretung, nach Arbeitszufriedenheit.

	Bevorzugte Art der Interessenvertretung				N =
	Individuell 1	Mischform 2 3	Kollektiv 4		
Mit Lohn/Verdienst					
– sehr zufrieden	62%	16%	8%	14%	135
– zufrieden	46%	21%	17%	16%	510
– eher unzufrieden	34%	26%	12%	28%	128
Gamma : .25, sign. : .0000					
Mit Aufstiegschancen					
– sehr zufrieden	73%	10%	7%	10%	81
– zufrieden	45%	22%	16%	17%	399
– eher unzufrieden	41%	23%	16%	20%	257
Gamma : .19, sign. : .0002					
Mit Selbständigkeit bei der Arbeit					
– sehr zufrieden	58%	19%	11%	12%	381
– zufrieden	39%	21%	19%	20%	331
– eher unzufrieden	23%	28%	17%	32%	60
Gamma : .33, sign. : .0000					
Mit Arbeitsinhalt					
– sehr zufrieden	57%	19%	11%	13%	327
– zufrieden	40%	21%	17%	21%	357
– eher unzufrieden	35%	24%	19%	22%	75
Gamma : .26, sign. : .0001					



Darstellung 1. Bevorzugte Art der Interessenvertretung, nach Einkommen, Lohnzufriedenheit und Wahrnehmung von Interessenunterschieden gegenüber Arbeitgebern.

zugleich auch ausgeprägte Interessenunterschiede gegenüber den Arbeitgebern wahrnehmen. Bei den Befragten mit höherem Einkommen wird die Interessenausrichtung weniger von der Lohnzufriedenheit als von der Wahrnehmung von Interessenunterschieden beeinflusst. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Unterschiede in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Interessenverhältnisse den Effekt der beruflichen Faktoren stark modifizieren können.

3.2. *Kooperative versus konflikte Interessenvertretung*

Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Zwischenstellung, aber auch aufgrund ihres zum Teil höheren beruflichen Status und ihrer betrieblichen Funktionen steht zu erwarten, dass (qualifizierte) kaufmännische Angestellte eher auf einen Ausgleich von Interessen tendieren und deshalb stärker kooperative Formen der Interessenwahrung bevorzugen als z.B. Arbeiter. "Verschiedene Untersuchungen haben übereinstimmend gezeigt, dass die Ideologie der Interessenharmonie bei Angestellten und selbst bei Angestelltenvertretern im Betriebsrat, vor allem im Handel, bei Banken und Versicherungen, eher ein offenes Ohr findet als bei Arbeitern." (Seidel, 1972, S. 85; Cook, Clark et al., 1975/76, S. 57).

Die Vorstellungen von Interessenharmonie und kooperativer Interessenvertretung können sowohl Ausdruck unterschiedlicher Schichtherkunft als auch Ausdruck der spezifischen beruflichen Stellung von kaufmännischen Angestellten sein. Die herkunftsbedingten Einstellungsunterschiede werden denn darin sichtbar, als Befragte, die aus höheren Sozialschichten oder aus dem "alten Mittelstand" stammen, tendenziell stärker von Harmonievorstellungen ausgehen. Erwartungsgemäss zeigen sich signifikante herkunftsbedingte Einstellungsunterschiede nur bei den jüngeren Angestellten (bis 40 Jahren), während sich demgegenüber die älteren Angestellten stärker von ihrem Herkunftskontext gelöst haben (Tabelle 3).

Die Wahl des Vorgehens (Ausgleich versus Durchsetzen der eigenen Interessen) ist auf den ersten Blick mit denselben beruflichen Variablen (Einkommen, berufliche Stellung) assoziiert wie die Art der Interessenorientierung und die Wahrnehmung von Interessengegensätzen. Die Aufgliederung der Befragten nach ihrer Geschlechtszugehörigkeit modifiziert allerdings das Bild: Während bei den männlichen Angestellten vor allem die statushöheren Befragten auf den Ausgleich der Interessen bedacht sind, bevorzugen bei den weiblichen Befragten eher die besser bezahlten, älteren berufstätigen Mitglieder eine härtere Interessenpolitik des Verbandes. Ganz allgemein scheint die (zahlenmässig geringe) Gruppe der älteren weiblichen Verbandsmitglieder eine stark gewerkschaftliche Interessenpolitik zu bevorzugen. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass sich bei dieser Gruppe berufstätiger Frauen die Probleme der geschlechtsspezifischen Diskriminierung am deutlichsten manifestieren und deshalb eine kollektive Interessenvertretung besonders aktuell wird.

Ebenso wie die Art der Interessenorientierung wird auch die Wahl der gewünschten Interessenpolitik von der Arbeitszufriedenheit beeinflusst: je geringer die Zufriedenheit der Befragten mit ihrem Lohn, ihren Aufstiegschancen oder ihrer Arbeit, desto häufiger wird ein härteres Vorgehen gewünscht. Der

Tabelle 3.
Bevorzugte Strategie, nach sozialer Herkunft.

Bei gegensätzlichen Interessen zwischen Angestellten und Arbeitgebern sollte der Verband :			
	einen Ausgleich der Interessen herbeiführen und Auseinandersetzungen vermeiden	die Interessen der Angestellten durchsetzen und Auseinandersetzungen riskieren	N =
<i>Alter : bis 40 Jahre</i>			
Beruf des Vaters :			
– Selbständig/Landwirtschaft	46%	54%	127
– Leitender Angestellter/Beamter	43%	57%	131
– Sonstiger Angestellter/Beamter	28%	72%	119
– Facharbeiter/Arbeiter	34%	66%	189
Differenzen : sign. 1%			
<i>Alter : mehr als 40 Jahre</i>			
Beruf des Vaters :			
– Selbständig/Landwirtschaft	57%	43%	111
– Leitender Angestellter/Beamter	42%	58%	72
– Sonstiger Angestellter/Beamter	43%	57%	79
– Facharbeiter/Arbeiter	44%	56%	126
Differenzen : nicht sign.			

Faktor der Arbeitszufriedenheit kommt allerdings in erster Linie bei den Befragten der höheren Einkommensgruppe ins Spiel, wogegen sich bei den Befragten der tieferen Einkommensgruppe keine statistisch bedeutsamen Beziehungen ergeben. (Tabelle 4).

Tabelle 4.
Bevorzugte Strategie, nach Arbeitszufriedenheit.

	Berufstätige Mitglieder	
	Einkommen bis SFR. 3000 N = 292	Einkommen mehr als SFR. 3000 N = 582
Ausgleich der Interessen herbeiführen	Gamma :	Gamma :
Zufriedenheit mit Lohn/Verdienst	.27	.28*
Aufstiegschancen	.17	.44*
Arbeitsinhalt	.14	.24*
Selbständigkeit	.05	.23*
Mitsprache	.07	.36*
Arbeitszeit	.22	.22*
Vorgesetzten	.07	.28*

* Beziehung sign. 1%

Die vorliegenden Daten zeigen zusätzlich, dass persönliche Erfahrungen mit der Wirtschaftskrise (Schwierigkeiten bei der Stellensuche, Lohnkürzung, Kurzarbeit usw.) mit zu einer gewissen Radikalisierung von Angestellten beitragen können: Diejenigen Befragten, die in den letzten Jahren von Krisenfolgen persönlich betroffen wurden, sehen das Interessenverhältnis den Arbeitgebern eher konfliktiv und sind weniger häufig auf den Ausgleich der Interessen bedacht (Tabelle 5).

Tabelle 5.

Wahrnehmung von Interessenunterschieden zu den Arbeitgebern und bevorzugte Strategie, nach Rezessionsbetroffenheit.

	Von der Wirtschaftskrise der letzten Jahre persönlich	
	betroffen N = 295	nicht betroffen N = 587
Arbeitgeber und Angestellte haben :		
– grundsätzlich gleiche Interessen	11%	14%
– vielfach gleiche Interessen	51%	61%
– ungleiche Interessen	38%	25%
Beziehung auf 1% signifikant		
Bei Interessengegensätzen mit den Arbeitgebern sollte der Verband :		
– Ausgleich herbeiführen und Auseinandersetzungen vermeiden	36%	44%
– Interessen durchsetzen und Auseinandersetzungen riskieren	64%	56%
Beziehung auf 5% signifikant		

3.3. Berufspolitische versus gewerkschaftliche Interessenvertretung

In der bisherigen Literatur wurden das berufspolitische und das gewerkschaftliche Modell der Interessenvertretung oft als eigentliche Gegensätze betrachtet. Faktisch hat es sich aber gezeigt, dass gerade Angestelltenverbände oft eine ausgesprochen hybride Struktur aufweisen und sich irgendwo im Spannungsfeld zwischen berufspolitischer und gewerkschaftlicher Orientierung bewegen. Insbesondere die Entwicklung der Verbände höherer technischer Angestellter bietet viele Beispiele für die Entstehung neuer Formen von Interessenorganisationen, bei denen sowohl gewerkschaftliche wie professionelle Elemente kombiniert werden (Hortleder, 1973, S. 124f). A. Kleingartner postuliert sogar "that hybrid organization – different from both traditional unions and traditional professional societies – will become increasingly important among the high status white-collar group." (Kleingartner, 1968, S. 84). Die Ergebnisse seiner Studie bei Technikern und Ingenieuren wies denn darauf hin, dass diese beiden Gruppen von Angestellten in erster Linie eine Interessenorganisation bevorzugten, die beide Elemente verbindet. Auch andere Studien (Lansbury, 1974; Lansbury, 1976, S. 14f) weisen darauf hin, dass gewerkschaftliche und professionelle Interessenvertretung weniger als

gegensätzliche denn als komplementäre Zielsetzungen einer Interessenorganisation angesehen werden können. Auch die Ergebnisse der SKV-Mitgliederbefragung zeigen, dass es sich momentan bei den berufspolitischen, bildungsbezogenen und den gewerkschaftlichen Zielsetzungen des Angestelltenverbandes um zwei relativ unabhängige Dimensionen der Interessenvertretung handelt, die sich im Urteil der befragten kaufmännischen Angestellten gegenseitig nicht ausschliessen: die Beziehungen zwischen der Bewertung der bildungsbezogenen und der gewerkschaftlichen Zielsetzungen sind nicht signifikant negativ. Erwartungsgemäss zeigen sich deutliche Beziehungen zwischen der Gewichtung der mehr gewerkschaftlichen Zielsetzungen (bessere Löhne, längere Ferien, Ausbau der Kollektivverträge usw.) und dem Einkommen sowie der beruflichen Stellung der befragten Angestellten: je geringer der berufliche Status, desto höher werden gewerkschaftliche Zielsetzungen gewertet, ohne dass aber gleichzeitig den berufspolitischen Zielen (Förderung von Aus- und Weiterbildung) weniger Gewicht beigemessen würde. Speziell bei den kaufmännischen Angestellten tieferen beruflichen Status lässt sich somit durchaus eine Kombination berufspolitischer und gewerkschaftlicher Orientierungen feststellen, was mit dem früheren Ergebnis übereinstimmt, wonach in dieser Gruppe von Angestellten Kombinationen individueller und kollektiver Interessenorientierung relativ häufig auftreten.

Zusätzlich zu den beruflichen Variablen (Einkommen und berufliche Stellung) wird die Gewichtung materiell-gewerkschaftlicher Interessenvertretung ebenso wie die Gewichtung immateriell-gewerkschaftlicher Zielsetzungen (Ausbau der Kollektivverträge, Zusammenarbeit mit Gewerkschaften) auch von der Wahrnehmung von Interessengegensätzen gegenüber den Arbeitgebern beeinflusst (Tabelle 6).

Dabei bleibt zu berücksichtigen, dass eine mehr gewerkschaftliche Interessenorientierung bei den befragten kaufmännischen Angestellten zumeist mit einer berufspolitischen Orientierung kombiniert wird. Der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wird dabei oft mehr der Charakter einer sekundären Strategie der Interessenvertretung zugeordnet, die in dem Masse an Bedeutung gewinnt, als die Durchsetzung der bildungsmässig abgestützten Ansprüche durch eine kollektive Interessenvertretung ergänzt werden muss, z.B. weil eine verschlechterte wirtschaftliche Lage dazu führt, dass individuelle Weiterbildungsanstrengungen nicht mehr ohne weiteres auch einen höheren Lohn oder bessere Aufstiegschancen garantieren (Roberts et al., 1972, S. 258f). In dieser Richtung lässt sich auch die beobachtete Beziehung zwischen einer mehr pessimistischen Einschätzung der Büroautomatisierung und der Betonung gewerkschaftlicher Zielsetzungen interpretieren (die auch bestehen bleibt, wenn die beruflichen Statusvariablen statistisch kontrolliert werden).

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Analyse einiger Aspekte der Interessenorientierung der befragten kaufmännischen Angestellten weist auf die auch in anderen Studien festgestellte

Interessenorientierung

Tabelle 6.
Gewichtung gewerkschaftlicher Zielsetzungen, nach beruflicher Situation und Wahrnehmung von Interessengegensätzen.

<i>Multiple Classification Analysis MCA</i>				
Bewertung materiell-gewerkschaftlicher Ziele (Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, längere Ferien)				
N = 916	DF	Eta	Beta	sign. (F-Test)
Einkommen	4	.31	.14	.03
Berufliche Stellung	4	.37	.23	.000
Perzeption von Interessen- unterschieden zu Arbeitge- bern	2	.25	.17	.000
Zufriedenheit mit Aufstiegs- chancen	3	.28	.10	.06
Multipl. R				.44
Erklärte Varianz				19%

Bewertung immateriell-gewerkschaftlicher Ziele (Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Ausbau der Mitbestimmung, Ausbau der Kollektivverträge)				
N = 916	DF	Eta	Beta	sign. (F-Test)
Einkommen	4	.34	.27	.000
Berufliche Stellung	4	.28	.13	.02
Perzeption von Interessen- unterschieden zu Arbeitge- bern	2	.21	.15	.000
Zufriedenheit mit Aufstiegs- chancen	3	.19	.05	.63
Multipl. R				.40
Erklärte Varianz				16%

Differenzierung der Interessenorientierung gemäss der beruflichen Stellung, wobei sich hier nicht nur deutliche Beziehungen mit dem Einkommen bzw. der beruflichen Position, sondern auch mit der Arbeitszufriedenheit und teilweise auch der Krisenbetroffenheit ergaben. Auch die schon bei anderen Studien für technische Angestellte nachgewiesene hybride Interessenorientierung fand in der Untersuchung eine zusätzliche Bestätigung. Ob es sich dabei um ein reines "Übergangsbewusstsein" handelt oder ob die Kombination individueller und kollektiver bzw. bildungspolitischer und gewerkschaftlicher Orientierungen bei einem Grossteil der befragten kaufmännischen Angestellten einem neuen 'modernen' Typus des Interessenorganisation von Angestellten entspricht, muss offen bleiben. Die Veränderungen der beruflichen Struktur der Angestelltenschaft durch die Büroautomatisierung lässt eine weitere Verstärkung der mehr kollektiven und gewerkschaftlichen Momente der Interessenorientierung als wahrscheinlich erscheinen (ohne dass aller-

dings damit automatisch etwa ein Abbau traditioneller bildungspolitischer Ansprüche verbunden sein muss).

ANHANG.

Index : Individuelle versus kollektiv-institutionelle Interessenorientierung

Frage : "Welche der folgenden Mittel ist Ihrer Ansicht nach am besten geeignet, um die Interessen der Angestellten im Betrieb durchsetzen zu können?"

	Am besten ist :	Am zweitbesten ist :
Persönliche Anstrengung jedes einzelnen Angestellten	A1	A2
Ständige Aus- und Weiterbildung des einzelnen Angestellten	B1	B2
Ausbau von Mitsprache- und Mitbestimmungsrechten	C1	C2
Organisierung in einem Angestelltenverband	D1	D2

Indexwerte :		
A1 + B2, B2 + A2	= 1	Individuelle Interessenorientierung
A1 + C2, A1 + D2, B1 + C2, B1 + D2	= 2	Mischformen
C1 + A2, C1 + B2, D1 + A2, D1 + B2	= 3	
C1 + D2, D1 + C2	= 4	Kollektiv-institutionelle Interessenorientierung.

BIBLIOGRAPHIE

- BAHRDT, H.P. (1958), "Industriebürokratie" (Stuttgart).
- BECKENBACH, N., *et al.* (1975), "Ingenieure und Techniker in der Industrie" (Frankfurt).
- BRAUN, S. und FUHRMANN, S. (1970), "Angestelltenmentalität" (Neuwied).
- CARCHEDI, G. (1975), On the Economic Identification of the New Middle Class, *Econ. & Soc.*, 4 (1975).
- COOK, F.G.; CLARK, S.C., *et al.* (1975/76), White and Blue Collar Attitudes to Trade Unionism and Social Class, *Ind. Relat.* (1975/76).
- COOK, F.G.; CLARK S.C., *et al.* (1978), Are White-Collar Trade Unionists Different? *Sociol. of Work & Occup.* (May 1978).
- CROMPTON, R. (1976), Approaches to the Study of White-Collar Unionism, *Sociology* (Sept. 1976).
- CROZIER, M. (1965), "Le monde des employés de bureau" (Paris).
- FEHRMANN, E. und METZNER U. (1977), "Angestellte in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Ein Literaturbericht" (Köln).
- FILION, F.L. (1975/76), Estimating Biases Due to Nonresponse in Mail Surveys, *Public Opin. Q.* (1975/76).
- GIROD, R. (1961), "Etudes sociologiques sur les couches salariées. Ouvriers et employés" (Paris).
- HEINTZ, P. (1968), "Einführung in die soziologische Theorie" (Stuttgart).
- HORTLEDER, G. (1973), "Ingenieure in der Industriegesellschaft" (Frankfurt).
- KLEINGARTNER, A. (1968), The Organization of White-Collar Workers, *Br. J. Ind. Relat.* (March 1968).

- LANSBURY, R. (1974), Professionalism and Unionization among Management Services Specialists, *Br. J. Ind. Relat.* (July 1974).
- LANSBURY, R. (1976), Career Orientations and Unionization among Technical Specialists, *J. Ind. Rel.* (March 1976).
- NEULOH, O. (1966), "Die weisse Automation. Die Zukunft der Angestelltenschaft" (Köln).
- ROBERTS, B.C.; LOVERIDGE, R. *et al.* (1972), "Reluctant Militants. A Study of Industrial Technicians" (London).
- SEIDEL, H. (1972), "Das Verhältnis der Angestellten zur Mitbestimmung" (Frankfurt).
- STEINER, H. (1967), "Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus" (Berlin).
- URRY, J. (1973), Towards a Structural Theory of the Middle Class, *Acta Sociol.* (1973) No 3.

ATELIER
Berufliche Probleme
und Chancen schweizerischer Soziologieabsolventen

Hans Geser

Soziologisches Institut der Universität Zürich

Zusammen mit der Höpflinger (1978)* resümierten Umfrage unter den SGS-Mitgliedern können die beiden folgenden Beiträge als erste – auf eine allerdings noch schmale empirische Basis gestützte – Ansätze zu einer *berufssoziologischen Selbstthematization der schweizerischen Soziologenschaft* betrachtet werden.

Zwischen beiden Arbeiten besteht insofern ein Verhältnis der Komplementarität, als

– *Zeugin* eine gesamtschweizerische Momentaufnahme der beruflichen Situation eines Absolventen-Jahrgangs liefert, wobei geringer Stichprobe, Einschränkung auf überaus standardisierte Indikatoren und Ausklammerung zeitlicher Mobilitätsmuster wohl mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet werden;

– *Levy/Ritschard* gleichzeitig eine qualitative Vertiefung und diachrone Erweiterung der Fragestellung anbieten, andererseits aber die naheliegende Frage nach der Extrapolierbarkeit zürcherischer Verhältnisse auf die Studienabgänger anderer Universitäten unberücksichtigt lassen müssen.

Durch solche Beschränkungen machen die beiden Untersuchungen wenigstens implizit die aussergewöhnlichen Schwierigkeiten im Zugang zu der von ihnen anvisierten Forschungsthematik deutlich: Probleme, die nicht allein mit der geringen absoluten Anzahl schweizerischer Soziologieabsolventen und der geringen Dauer ihrer bisherigen Karriere zusammenhängen, sondern mit zwei Korrelaten der geringen gesamtgesellschaftlichen Institutionalisierung und Professionalisierung der schweizerischen Soziologie:

1. *makrosoziologisch* mit der hohen Variabilität struktureller Berufschancen, die in einer hohen Abhängigkeit der individuelle Mobilitätstrajektorie von den beim Karriereeintritt herrschenden gesamtgesellschaftlichen Nachfragebedingungen und dem jeweiligen Entwicklungsstand der soziologischen Berufsgruppe (z.B. infolge des Vorangehens älterer Absolventen) zum Ausdruck kommt;

2. *mikrosoziologisch* mit der hohen Inhomogenität, Diffusität und Intransparenz individueller Mobilitätsprozesse, die sich sehr selten als ein stufenweises Durchlaufen präformierter Statuspositionen und Arbeitsrollen vollziehen, sondern häufiger in der Form komplexer sozialer Lern- und Aushandlungsprozesse, in deren Verlauf neuartige und höchst partikuläre Berufsrollen erst entstehen und

*Vgl. F. Höpflinger, Schweizer Soziologen und ihre aktuelle Tätigkeit, *Schweiz. Z. Soziol.*, 4 (1978) No. 2, 197-202.

zusätzliche (wiederum mit weiteren Mobilitätschancen rückgekoppelte) Qualifikationen erworben werden.

Unabhängig von solchen, einerseits eine Historisierung der Perspektive und andererseits den Einbezug äusserst differenzierter qualitativer Erhebungstechniken nahelegenden Forschungsproblemen muss freilich auf den hohen eigenständigen Aussagewert der beiden nachfolgenden Analysen hingewiesen werden, deren Ergebnisse, Argumentationen und praktische Handlungsempfehlungen für das individuelle Verhalten des Einzelsoziologen und für die Erarbeitung kollektiver, berufspolitischer Strategien in gleich hohem Masse bedeutsam sind.

Soziologie – ein Studium mit schlechten Berufschancen?

Peter Zeugin

Institut für praxisorientierte Sozialforschung, Zürich

Im Sommer 1977 wurde von der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Akademische Berufs- und Studienberatung (AGAB) eine gesamtschweizerische und alle Studienrichtungen umfassende Erhebung über die Beschäftigungssituation der Neuabsolventen der schweizerischen Hochschulen durchgeführt. Unter dem Titel "Untersuchung über die Beschäftigungssituation der Neuabsolventen der Schweizer Hochschulen" wurden die Ergebnisse dieser Studie als Beiheft Nr. 16 zur *Wissenschaftspolitik* veröffentlicht. Die Resultate basieren auf einer Befragung von insgesamt 3 969 Examensabsolventen des Jahres 1976, worunter sich auch 40 neuabsolvierte Soziologen befanden. Die unten aufgeführten Daten stammen aus einer Zusatzauswertung der Angaben dieser 40 Soziologie-Absolventen.

Bevor wir uns den Fragen über Berufstätigkeit und Nachdiplomausbildung zuwenden, sollen zunächst einige allgemeine Angaben über die Zusammensetzung dieser 40 Studienabgänger im Fachbereich Soziologie gemacht werden: Der weitest grösste Teil (35 oder 88%) hat als Abschluss das Lizentiat vorzuweisen; 10% (4) haben mit dem Doktorat abgeschlossen, 3 davon am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Der Anteil der weiblichen Absolventen ist im Fachbereich Soziologie etwas grösser als im Gesamtdurchschnitt aller Studienrichtungen (20%): 1976 haben 11 Frauen (28%) ein Studium der Soziologie erfolgreich abgeschlossen. Grosse regionale Unterschiede lassen sich aufgrund der kleinen Zahlenbasis nicht eruieren. Immerhin muss festgehalten werden, dass in Basel doppelt so viele Studentinnen (4) als Studenten (2) ihr Studium beendet haben, während in Bern alle vier Absolventen männlichen Geschlechts sind. Der Anteil der ausländischen Studienabgänger liegt bei den Soziologen mit 15% (6) rund 6% über dem Gesamtdurchschnitt. Nach Hochschulen geordnet verteilen sich die Neuabsolventen wie folgt: Zürich 13, Genf 7, Basel 6, Bern 4, Lausanne 4 und Neuenburg 2; vier Befragte haben hierzu keine Angaben gemacht. 8 (20%) waren zum Zeitpunkt des Studienabschlusses noch keine 25 Jahre alt, 23 (58%) waren zwischen 26 und 31 Jahren und 5 (13%) waren älter (vier machten auch hierzu keine Angaben). Auf-

fällig ist, dass in Zürich – wo an und für sich am meisten Studienabschlüsse zu verzeichnen sind – keiner der Neuabsolventen unter 26 Jahre alt war.

In der Erhebung wurden auch zwei Variablen über die soziale Herkunft der Studenten berücksichtigt. Die Ergebnisse der entsprechenden Fragen zeigen, dass die – reüssierten – Soziologen, entsprechend der landesüblichen Meinung, eher noch höheren sozialen Schichten als die übrigen Studenten entstammen.

Tabelle 1. Herkunft bzw. Beruf des Vaters.

Schichtzugehörigkeit *	Neuabsolventen insgesamt		Soziologen	
	absolut	%	absolut	%
Grundschicht	432	11.0	3	7.5
Untere Mittelschicht	1 104	28.0	8	20.0
Obere Mittelschicht	879	22.0	12	30.0
Oberschicht	1 458	36.5	5	35.0
nicht entscheidbar (incl. keine Antwort)	96	2.5	3	7.5
Total	3 969	100.0	40	100.0

*Umschreibung der Schichten : *Grundschicht* : Arbeiter oder Hilfsarbeiter mit oder ohne Vorgesetztenfunktion; *Untere Mittelschicht* : Selbständige in der Landwirtschaft oder im Detailhandel, Gewerbe oder Handwerk, Beamte und Angestellte ohne Vorgesetztenfunktion; *Obere Mittelschicht* : Gehobene Beamte oder Angestellte, Primar- bzw. Sekundarlehrer; *Oberschicht* : Unternehmer, Angehörige freier Berufe, Hochschuldozenten, Mittelschullehrer, Pfarrer, Direktoren und Chefbeamte.

Tabelle 2. Bildungsstand des Vaters.

	absolut	%
Volksschule	8	20
Berufslehre	3	8
Meister	5	13
Technikum	2	5
Mittelschule	7	18
Hochschule	14	35
keine Antwort	1	3
Total	40	102

Auch ein anderes Vorurteil, wonach nämlich Soziologie-Studenten häufig Studienwechsler sind, wird durch die Untersuchung bestätigt. Zwar liegen (bei einer Befragung von Absolventen notgedrungen) keine Daten über Abströme vor,

sondern nur solche über die Karriere der befragten Neuabsolventen. Dennoch ergeben sich einige interessante Tatsachen : 40% (16) der Neuabsolventen haben vor dem Soziologiestudium ein anderes Studium begonnen; 15% (6) haben ein Vollstudium absolviert und 25% (10) haben von einem anderen Fach zur Soziologie gewechselt. Ferner ist festzuhalten, dass 23% (9) der Soziologiestudenten eine Berufsausbildung hinter sich haben, 10% (4) irgendwann ein Praktikum absolvierten und 40% (16) anderweitig berufliche Erfahrungen sammeln konnten; ein Drittel jedoch (13) hatte zum Zeitpunkt des Studienabschlusses noch keinerlei Berufserfahrung.

Die Befragung wurde durchschnittlich ein Jahr nach dem Studienabschluss durchgeführt. Es konnte also nicht erwartet werden, dass zu diesem Zeitpunkt alle oder auch nur ein grosser Teil der befragten Soziologen schon voll ins Berufsleben integriert sein würden. Vielmehr musste davon ausgegangen werden, dass die Nachdiplomausbildung (beispielsweise ein angestrebtes Doktorat) noch einen breiten Raum einnimmt. So erstaunt es nicht, dass von den erfassten Soziologen im Durchschnitt jeder Zweite in irgendeiner Form eine Nachdiplomausbildung betreibt. Welcher Art diese ist, kann der Tabelle 3 entnommen werden :

Tabelle 3. Nachdiplomstudium.

	Soziologen	Neuabsolventen insgesamt
– Doktorat vollamtlich	3	
– Doktorat im Rahmen einer bezahlten Forschungstätigkeit	3	
– Doktorat neben voll- oder nebenamtlicher Berufstätigkeit	5	
<i>Doktoranden</i>	11 (27.5%)	27.5%
– Weiteres Vollstudium	3	
– Andere Post-Graduate-Ausbildung an einer Hochschule	4	
– Andere Nachdiplom-Ausbildung	3	
<i>Andere Ausbildung insgesamt</i>	10 (25.0%)	22.0%
<i>Nachdiplom-Ausbildung total</i>	21 (52.5%)	49.5%
Keine oder lediglich innerbetriebliche Ausbildung	9	
– Keine Antwort	10	47.5%
Gesamttotal	40 (100%)	

Wieviele der befragten Soziologen sind nun aber berufstätig, wieviele verzichten aus eigenem Entschluss darauf, entweder um sich ganz der Nachdiplomausbildung zu widmen oder aus anderen (z.B. familiären) Gründen, und wieviele

schliesslich sind nicht berufstätig, weil sie keine Stelle gefunden haben. Auskunft darüber gibt die die Zusammenstellung der Tabelle 4.

Tabelle 4. Berufstätigkeit.

<i>Berufstätigkeit</i> (d.h. Frage: "Sind Sie zur Zeit berufstätig?")	<i>Soziologen</i>		<i>Alle Studien- abgänger des Jahres 1976</i>
	absolut	in Prozent	
- <i>Ja</i> , im gewünschten zeitlichen Ausmass	26	65%	74%
- <i>Ja</i> , aber nicht im gewünschten zeitlichen Ausmass	4	10%	7%
- <i>Nein</i> , und zwar aus eigenem Entschluss	2	5%	12%
- <i>Nein</i> , vor allem wegen Arbeitsmarktschwierigkeiten Zwischenlösung getroffen	4	10%	3%
- <i>Nein</i> , weil noch kein Arbeitsplatz gefunden	3	8%	2%
- <i>Nein</i> , aber definitiv eine Stelle zugesichert	1	2%	2%
Total	40	100%	100%

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Arbeitsmarktsituation bei den Soziologen nicht gerade als günstig bezeichnet werden kann. Zwar gehen insgesamt 75% (30) der Soziologie-Absolventen einer Berufstätigkeit nach, aber fast jeder Dritte (30%/12) ist nach dem Abschluss des Studiums – entgegen seiner Absicht – nicht oder nicht im gewünschten Ausmass berufstätig. Die Zahl derer, die im gewünschten zeitlichen Ausmass berufstätig sind, liegt somit bei den Soziologen um fast 10% tiefer als beim Gesamtdurchschnitt. Allerdings ist auch die Zahl der freiwillig nicht Berufstätigen (5%) wesentlich kleiner als diejenige beim Durchschnitt aller Studienabgänger des Jahres 1976 (12%).

In einem gewissen Widerspruch zu den obigen Resultaten steht die Tatsache, dass fast jedem zweiten Soziologiestudenten (47,5%) kurz vor oder nach dem Studienabschluss ohne eigenes Zutun eine Stelle angeboten wurde. Dies mag im Zusammenhang stehen mit einem Befund, der sich bei einer Absolventenbefragung am Soziologischen Institut der Universität Zürich ergab, und der besagt, dass ein grosser Teil (die Hälfte) der Soziologen ihre berufliche Laufbahn als Assistenten oder sonstige Hochschulmitarbeiter beginnen. Auch bei der Befragung der AGAB hat sich gezeigt, dass über die Hälfte aller berufstätigen Neuabsolventen schon während des Studiums Kontakte zum späteren Berufsfeld hatten; 1 im Rahmen eines durch das Studienreglement vorgeschriebenen Praktikums, 19 aus eigener Initiative und 3 durch die Vermittlung von Bekannten – 15 allerdings hatten keinerlei solche Kontakte.

Hilfe bei der Stellensuche haben die Soziologie-Absolventen des Jahrgangs 1976 hauptsächlich von Bekannten (44%) oder ihrer Hochschule (25%) erhalten. Beratungsstellen und Beratungsschriften dagegen sind von geringer Bedeutung. Erstaunlich gross, nämlich rund 33%, ist der Anteil derjenigen Studenten, die ohne jegliche fremde Hilfe auskam bzw. auskommen musste. Zur Stellensuche ist zudem zu bemerken, dass *Zusatzkenntnisse* von einiger Bedeutung sind. Die Erhebung hat gezeigt, dass Absolventen, die keinerlei Berufserfahrung vorweisen können, tatsächlich mehr Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Auch während des Studiums erworbene berufliche Qualifikationen oder absolvierte Praktika können sich später als von grossem Nutzen erweisen. Besonders häufig wurden von den Soziologie-Absolventen Kenntnisse in folgenden Bereichen genannt: gute Sprachkenntnisse (88%), Schreibmaschinenkenntnisse (50%), elektronische Datenverarbeitung (35%), Jugendarbeit (33%) und Politik (30%); kaufmännische (20%) und im Militär (10%) erworbene Kenntnisse sind bei den Soziologen eher von untergeordneter Bedeutung. Die Tabelle 5 zeigt, an welchen Hochschulen die erwähnten Qualifikationen jeweils die meisten Nennungen erhielten:

Tabelle 5. Fachfremde Qualifikationen nach Hochschulen.

Zusatzfähigkeiten	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Neuenburg	Zürich
gute Sprachkenntnisse		*	*	*		
Schreibmaschine		*				
EDV						*
Jugendarbeit					*	*
Politik						*
Kaufmännische Kenntnisse					*	
Militär			*			

Die Bedeutung zusätzlicher Qualifikationen wird auch dann deutlich, wenn man nach den Motiven für die Annahme der zum Befragungszeitpunkt innegehabten Stelle fragt, wobei die "Möglichkeit zum Erwerb zusätzlicher Qualifikationen" an der Spitze aller Gründe steht. Im übrigen präsentierten sich die Annahmemotivationen in folgender Rangfolge:

1. Möglichkeit zum Erwerb zusätzlicher Qualifikationen
2. Forschungsmöglichkeit
3. Vielseitigkeit, Unabhängigkeit
4. Soziale Kontaktmöglichkeiten
5. Aufstiegschancen.

Bezüglich der Tätigkeitsgebiete der neu absolvierten berufstätigen Soziologen ergibt sich folgendes Bild (Tab. 6):

Lediglich 35% (11) der frisch berufstätigen Soziologen – gegenüber 48% beim Gesamtdurchschnitt – haben eine feste Vollstelle (Ganztagesstelle); 16% (5)

Tabelle 6. Tätigkeitsgebiete.

Bereich	absolut	in %
Hochschule und Forschung	12	38%
Schuldienst	7	22%
Öffentliche Verwaltung	5	16%
Publizistik	3	9%
Spital/ Sozialarbeit	3	9%
Verbände/ Soz.-Kirchl. Organisationen	2	6%
Total	32	99%
Nicht berufstätig oder keine Antwort	8	
Gesamttotal	40	

haben eine feste Teilzeitstelle, 13% (4) eine befristete Voll- und 23% (7) eine befristete Teil-Stelle; 13% (4) sind selbständig erwerbstätig. Allerdings kann die Bindung an den Arbeitsplatz ein Jahr nach dem Studienabschluss naturgemäss noch nicht allzu gross sein. Etwas mehr als ein Drittel (37%) gibt deshalb in der Befragung an, dass ein Stellenwechsel unmittelbar bevorsteht bzw. sie intensiv eine neue Stelle suchen oder nur auf eine passende Gelegenheit warten. Die eher schlechte Arbeitsmarktsituation für Soziologen könnte dafür verantwortlich sein, dass auf der anderen Seite fast die Hälfte (47%) der befragten Neuabsolventen lange auf der jetzigen Stelle verweilen möchten bzw. keinen Wechsel in absehbarer Zeit voraussehen. Es passt in dieses Bild, dass auf die Frage: "Inwieweit stimmt Ihre jetzige Tätigkeit mit Ihren Interessen überein?" 63% (20) der heute berufstätigen Soziologieabsolventen des befragten Jahrgangs mit "vollständig" oder "weitgehend" antworteten. Bezüglich der persönlichen Fähigkeiten betrug der entsprechende Anteil ebenfalls 63%. Ein weniger positives Bild ergibt sich bezüglich der Adäquatheit der Hochschulausbildung für die heute ausgeübte Berufstätigkeit: Zwar geben 78% (25) der Neuabsolventen an, dass für ihre jetzige Berufstätigkeit ein Hochschulstudium "unerlässlich" oder "nützlich" ist, nur die Hälfte ist allerdings der Meinung, dass sie "praktisch alles" (16%) oder "den grössten Teil" (35%) von dem, was man im Fachstudium gelernt hat, aus der Sicht des Berufstätigen in der Praxis auch anwenden könne.

Abschliessend noch einige Bemerkungen zu den Löhnen.¹ Dabei zeigt sich, dass die Löhne der Soziologen erheblich unter denen anderer Sozialwissenschaftler (beispielsweise Betriebs- und Volkswirtschaftler) liegen. Lizienten (Diplomanden) verdienen im Durchschnitt 2 700 Franken pro Monat, Doktoren rund

¹ Die in der Folge aufgeführten Durchschnittseinkommen beziehen sich jeweils auf eine normale Vollzeitbeschäftigung (44 Std./Woche); sie sind auf 100 Franken genau auf- und abgerundet.

3 300 Franken.² In der Forschung tätige Doktoranden kommen im Schnitt auf 2 800 Franken und berufstätige Doktoranden auf 3 100 Franken. Eine Aufgliederung nach Tätigkeitsgebieten ist aufgrund der kleinen Zahlenbasis nur beschränkt möglich und erbringt lediglich folgende drei Resultate : Das Durchschnittseinkommen aller berufstätigen Neuabsolventen der Soziologie liegt bei 2 700 Franken; an der Hochschule und in der Forschung Tätige erhalten im Durchschnitt 2 800 Franken, Angestellte im Öffentlichen Dienst im Schnitt 3 000 Franken. Wesentliche Lohnunterschiede nach Landesregion (Welsch- und Deutschschweiz) sind nicht festzustellen, dafür liegt das Durchschnittseinkommen der Soziologinnen mit 2 300 Franken rund 400 Franken unter dem ihrer männlichen Kollegen.

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Situation der neuabsolvierten Soziologen zwar nicht gerade günstig, aber auch nicht alarmierend schlecht ist. Allerdings müssen auch einige Vorbehalte zu den Resultaten gemacht werden : die ganze Untersuchung basierte auf einem vollstandardisierten Fragebogen, welcher der Situation von Studienabgängern nur sehr beschränkt gerecht werden kann. Da insgesamt über 6 000 Neuabsolventen angeschrieben wurden, konnte zwar kein anderes Forschungsinstrument verwendet werden, doch ist zu vermuten, dass qualitative und tiefer reichende Untersuchungen noch einiges an Material erbringen können. Zum zweiten erlauben die vorliegenden Ergebnisse – ebenfalls wegen der quantitativen Ausrichtung und als Folge der kleinen Stichprobengrösse – keine detaillierte Analyse von Unterschieden in der Situation der Neuabsolventen der verschiedenen schweizerischen Hochschulen; es können also nicht mehr Hinweise als oben aufgeführt zu den Auswirkungen unterschiedlicher Studienpläne gemacht werden. Schliesslich ist drittens noch zu bemerken, dass die Untersuchung zwar aufschlussreiche Informationen und Hinweise (Trends) zu geben vermag, dass aber aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Situation auch mit einer globalen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker gerechnet werden muss. In diesem Zusammenhang können vielleicht die Ergebnisse der geplanten Absolventenbefragung 1978, die mit dem gleichen Instrument durchgeführt wurde, neue Einschätzungen liefern.

² Bei den Doktoren wirkt sich die Tatsache aus, dass diese den Dokortitel oft erst nach mehrjähriger Berufsausübung (berufsbegleitend) erwerben, was auf die Einkommenshöhe einen erheblichen Einfluss haben kann.

Hauptresultate der Absolventenbefragung am Soziologischen Institut der Universität Zürich

R. Levy und R. Ritschard

Soziologisches Institut der Universität Zürich

Im Frühjahr 1978 beschloss die Assistentenvereinigung am Soziologischen Institut Zürich, eine Pilotbefragung der Absolventen des Instituts durchzuführen, um ein erstes Bild der Arbeits- und Arbeitsmarktsituation zu gewinnen, mit der

die Assistenten selbst und auch, früher oder später, die von ihnen betreuten Studenten konfrontiert sein würden. Bisher waren Annahmen über diese Verhältnisse lediglich auf informelle Vermutungen abzustützen, die sich aus persönlichen Erfahrungen und Informationen ergaben. Im folgenden teilen wir die wichtigsten Resultate dieser Befragung mit, wobei das praktische Interesse wegleitend bleibt, das bereits den Anstoss zur Untersuchung gab.

Mittels eines schriftlich auszufüllenden Fragebogens wurden alle Absolventen des Institutes befragt, ebenso alle Studenten, die das Studium der Soziologie vor einem Abschluss abbrachen, aber im Institut für längere Zeit eingeschrieben waren. Von 90 angeschriebenen Personen antworteten 65. Die Rücklaufquote beträgt somit 72%. Bei 35% der Antwortenden war der Status als Haupt- oder Nebenfachstudent nicht identifizierbar; 80% der übrigen waren Hauptfachstudenten. Ueber mögliche Auswahlverzerrungen kann man nur spekulieren. Vor allem ist anzunehmen, dass die Assistenten vollständiger geantwortet haben als andere Absolventen, weil sie für uns direkter erreichbar waren. Umgekehrt liegt die Vermutung nahe, dass Absolventen, die dem Institut oder der Soziologie völlig den Rücken gekehrt haben, zu einer Antwort weniger motiviert waren als die übrigen. Unter den 28% der Absolventen, die zur perfekten Vollerhebung fehlen, dürften also besonders viele "Ausgestiegene" und besonders wenig noch an der Hochschule Tätige sein.¹

Drei Informationsbereiche wurden vom Fragebogen abgedeckt: die gegenwärtige berufliche Situation, die allfällige Arbeits- bzw. Stellensuche, und frühere Erfahrungen bei der Stellensuche (d.h. beim Finden bereits innegehabter Stellen).

Aktuelle berufliche Situation

Die überwiegende Mehrzahl der Befragten hat gegenwärtig eine Stelle, 8% erklären sich als arbeitslos. Dies dürfte einigermassen der gegenwärtigen Arbeitslosenrate in der Schweiz entsprechen, wenn man die exportierte Arbeitslosigkeit mitberücksichtigt (welche Soziologen kaum betroffen haben dürfte).

Die meisten der befragten Absolventen hatten bis zum Befragungszeitpunkt (Sommer 1978) eine oder zwei Stellen (33 bzw. 30%), aber auch drei oder vier Stellen kommen nicht selten vor (11 bzw. 14%). Diese Stellenzahlen erscheinen als hoch, wenn man berücksichtigt, dass die ersten Abschlüsse am Zürcher Institut erst acht Jahre vor der Befragung stattgefunden haben. Andererseits mag die reine Stellenzahl über die mittlere Verweildauer täuschen, da Teilzeitarbeit relativ häu-

¹ In der *Schweiz. Z. Soziol.*, 4 (1978) No 2, 197-202, hat F. Höpflinger über "Schweizer Soziologen und ihre aktuelle Tätigkeit" berichtet. Seine Auswertung stützt sich auf den Personenfragebogen der Erhebung laufender Forschungsprojekte. Die beiden Erhebungen sind wegen ihrer unterschiedlichen Grundgesamtheiten praktisch nicht vergleichbar: einerseits Absolventen des Zürcher Instituts, andererseits Mitglieder der SGS, die mit Forschung befasst sind. Insbesondere fehlen deshalb in unserer Befragung ältere Jahrgänge, Absolventen anderen, auch ausländischer Institute, während keine Auswahl-Präferenz für Forscher gesetzt wurde. Dies zeigt sich denn auch in der anderen Verteilung der Berufspositionen der Befragten beider Erhebungen. Ein genauere Vergleich der Resultate lohnt sich deshalb nicht.

fig vorkommt und nicht wenige Absolventen zwei Teilstellen nebeneinander haben. Je länger man jedoch beschäftigt ist, desto zahlreicher werden die Stellen, an denen man beschäftigt war. Ein Drittel der Absolventen, die länger als drei Jahre beschäftigt sind, haben vier oder fünf Stellen besetzt, und auch bei denjenigen, die weniger als drei Jahre arbeiten, beträgt der Anteil der Beschäftigten mit zwei oder mehr besetzten Stellen ca. 50%.

Die *Art der ersten Stelle* weist auf eine recht hohe Eigenrekrutierungsquote der Bildungsinstitution bei den Soziologen hin : 23 % begannen ihre Laufbahn als Assistenten, weitere 30% als sonstige Hochschulmitarbeiter (wissenschaftliche Mitarbeiter, Projektmitarbeiter usw.), also zusammen gut die Hälfte der Erststellen. Ausserdem arbeiteten 16% zuerst als Lehrer (verschiedener Schulniveaus), wobei allerdings anzunehmen ist, dass ein Teil dieser Gruppe lediglich während des Studiums oder der Abschlussphase ihren früheren Lehrerberuf nochmals ausübten (Tab. 1). Dieselben Schwerpunktbildungen ergeben sich, wenn man anstelle der Erststellen alle genannten Stellen zusammenfasst.

Tabelle 1.

Art der ersten Stelle	%
Assistent (Soziologisches Institut)	23
Sonstige Hochschulstellen	30
Lehrer	16
Andere (Journalisten, Selbständige, andere qualifizierte Stellen)	31
Total/(N)	100/(61)

Diesem Resultat entspricht auch die Aufgliederung nach dem *Arbeitgeber*. Im Hochschulbereich befanden sich 40% der innegehabten Stellen, 22% in der öffentlichen Verwaltung und 18% in der Privatwirtschaft. Dies entspricht nicht ganz dem gängigen Stereotyp der ausschliesslichen "Universitätstauglichkeit" von Soziologen bzw. des völligen Fehlens ausseruniversitärer Soziologenstellen. Einschränkend ist allerdings anzufügen, dass im ausseruniversitären Bereich häufiger Stellen besetzt werden (müssen?), an denen Soziologenqualifikationen nur partiell gefragt sind. Die Verhältnisse verschieben sich teilweise, wenn man die gegenwärtige Stelle betrachtet (Tab. 2).

Das Arbeitsplatzangebot der Bildungsinstitutionen ist vor allem nach dem Abschluss des Studiums für die Absolventen von Bedeutung; so sind ca. 60% derjenigen Absolventen, die weniger als drei Jahre berufstätig sind, im Hochschulbereich beschäftigt. Dieser ist aber kein definitiver "Aufenthaltort": die Erststellen liegen zu 38% im Hochschulbereich (vermutlich sind bei den übrigen noch etliche studien- oder abschlussbegleitende hochschulexterne Tätigkeiten enthalten), bei den Zweit- und Drittstellen steigt die Quote auf 50%, um in späteren Phasen der Laufbahn wieder abzusinken. Jene Absolventen, die nie am Soziologischen Institut

Tabelle 2. Arbeitgeber (gegenwärtige Stelle)

Arbeitgeber	Arbeitsort			Total %
	hochschul- intern ¹ %	hochschul- extern ² %	hochschul- intern und hochschul- extern %	
Soziologisches Institut	40	0	31	26
sonstige Hochschule (inkl. SNF)	60	0	16	20
öffentliche Verwaltung	0	12	16	11
Privatwirt- schaft	0	38	16	16
andere (Schule, gemeinnützige Institutionen, Journalismus)	0	50	21	27
Total/(N)	100/(20)	100/(16)	100/(19)	100/(55)

¹ Personen, die während ihrer beruflichen Tätigkeit ausschliesslich in Hochschulen beschäftigt waren.

² Personen, die während ihrer beruflichen Tätigkeit ausschliesslich ausserhalb von Hochschulen beschäftigt waren.

oder an der Hochschule beschäftigt waren, sind im Zeitpunkt der Befragung vor allem in der Privatwirtschaft beschäftigt; gleichzeitig sind aber auch andere Institutionen und Organisationen als Arbeitgeber wichtig. Die relativ grosse Bedeutung des Soziologischen Instituts als Arbeitgeber zeigt sich auch bei jenen Berufstätigen, die zeitweise im Hochschulbereich, zeitweise auch ausserhalb des Hochschulbereichs Arbeit gefunden haben. Bezogen auf alle Befragten befand sich ein Fünftel aller verfügbaren Stellen am Institut, wobei interessanterweise dieser Prozentsatz bei den Erststellen tiefer liegt (17%) als bei den Zweitstellen (25%), allerdings mit geringfügiger Differenz.

Wie aus der Zahl innegehabter Stellen zu vermuten ist, sind die *Verweildauern* auffallend kurz. Lässt man die 35% noch an ihrer ersten Stelle Beschäftigten ausser Betracht, so haben drei viertel der Befragten höchstens zwei Jahre an ihrer ersten Stelle gearbeitet, die Hälfte sogar nur maximal ein Jahr. Die Erststellen scheinen also ausgesprochen Uebergangscharakter zu haben. Dennoch arbeitet die Mehrzahl der Erstangestellten als Soziologen: bei 64% der Erststellen waren Soziologiekenntnisse erforderlich, bei 4% teilweise, aber immerhin bei 33% nicht.

Die Umsetzung von soziologischen Kenntnissen in die Berufspraxis ist bei jenen Stellen am geringsten, die nicht im Hochschulbereich besetzt werden. Je

nach Stelle verändern sich zudem die Erfordernisse zur Umsetzung von soziologischem Wissen. Vergleichen wir beispielsweise die erste Stelle und die zweite Stelle nach dem Hochschulabschluss, so zeigen sich deutliche Differenzen: während bei den Erststellen im hochschulexternen Bereich für 57% der Absolventen Soziologiekenntnisse ohne Bedeutung waren, konnten bei den Zweitstellen 70% der Befragten Soziologiekenntnisse nicht in die Berufspraxis umsetzen.

Viele Soziologen sind nur *teilzeitbeschäftigt*, mehr oder weniger unabhängig davon, ob sie an der Hochschule beschäftigt sind oder nicht (Tab. 3).

Tabelle 3.

Arbeitsweise	Arbeitsorte			Total %
	hochschul- intern %	hochschul- extern %	hochschul- intern und hochschul- extern %	
ganztags	25	56	42	40
Teilzeit	45	44	58	49
kombiniert, anderes	30	0	0	11
Total/(N)	100/(20)	100/(16)	34.5/(19)	100/(55)

Es scheint, dass die Hochschule weniger Ganztagsstellen anbietet als Arbeitgeber im hochschulexternen Bereich. Auf ein volles Pensum kommt man hier nur dann, wenn man an zwei oder mehreren Stellen arbeitet, was erfahrungsgemäss mehr Arbeitsinvestitionen mit sich bringt. Welche Stelleninhaber nur Teilzeitbeschäftigung gesucht haben, welche sich an Arbeitsmarktbedingungen anpassen, die vor allem im Hochschulbereich Ueberinvestitionen erforderlich machen (Termin- druck von Projektabschlüssen, neue Projekteingaben, Stellenunsicherheit in der Zukunft), kann aufgrund der vorliegenden Ergebnisse nicht entschieden werden. Immerhin zeigen individuelle Erfahrungen, dass die zweite Interpretation recht oft die richtige sein dürfte.

Die wenigsten Stellen, die von Absolventen des Instituts eingenommen wurden, sind aufgrund ihrer *eigenen Initiative* entstanden. Allerdings dürfte dieser Sachverhalt nur zu einem kleineren Teil auf den Mangel an Initiative zurückgehen, und zu einem grösseren auf fehlende Möglichkeiten. Immerhin gingen rund 20% der Stellen wenigstens partiell auf die Initiative ihrer Inhaber zurück – mangels Vergleichszahlen für andere Sparten nichtselbständiger Tätigkeit (die Selbständigen- quote ist unter Soziologen sehr gering) kann man nur vermuten, dass diese Zahl doch relativ hoch liegt.

Die an den Stellen vorhandene *Selbständigkeit* erscheint wohl als beschränkt,

ist aber im Vergleich zu anderen Stabsstellen, besonders im ausseruniversitären Bereich, vermutlich doch noch beträchtlich : zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Stellen erlauben die selbständige Aufstellung des Pflichtenhefts, rund die Hälfte wenigstens die selbständige Formulierung der Aufgabenstellung. Gelegentlich gibt es Einschränkungen dieser Selbständigkeit, besonders derart, dass die Zielsetzung vorgegeben ist, aber das Vorgehen selbständig gewählt werden kann. Ueberhaupt keine Selbständigkeit auf der Ebene der Aufgabenstellung kommt bei keinem der Befragten vor.

Viele Soziologen arbeiten oder arbeiteten als erste Stelleninhaber : fast die Hälfte gibt an, keinen Vorgänger zu haben. Auch dies deutet auf einen gewissen Spielraum zur Eigenstrukturierung hin. Ob sich diesbezüglich die Situation ändern wird, ist schwer abzuschätzen, eine gewisse Abnahme ist aber wohl zu erwarten.

Nur ein Viertel der Stellen sind eindeutige *Soziologenstellen*. Am direktesten bzw. häufigsten konkurrieren die Soziologen mit Sozialpsychologen, danach werden andere Sozialwissenschaftler erwähnt, vor allem Pädagogen.

Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, in der Arbeit zumindest teilweise Vermittlungsprobleme mit "ihrer" Soziologie zu haben, ein Viertel sogar ganz ausgesprochen. (Diese Zahlen erscheinen um so höher, als hier auch die im universitären Bereich, inkl. Soziologisches Institut, Tätigen inbegriffen sind). Man muss sich angesichts dieser hohen Zahlen fragen, ob nicht in diesem Bereich eine zu grosse Ausbildungs- oder zumindest "Trainings" -Lücke besteht. Umgekehrt : wie kann man wirksam "Aussenkontakte" in die Soziologenausbildung einbauen ?

Die Stellensuche hängt selbstverständlich mit der *Zeitperspektive* zusammen. So ist unter Assistenten der höchste Anteil Stellensuchender zu finden (39%), bei den übrigen Stelleninhabern liegt der Anteil relativ homogen bei 28%. Vermutlich hängt teilweise auch damit die weitere Differenz zusammen, dass 17% der voll Beschäftigten, aber 43% der Teilzeitbeschäftigten eine Stelle suchen. Es ist demnach anzunehmen, dass eine grössere Zahl der Teilzeitstellen von ihren Inhabern lediglich als Übergangslösungen gesehen werden. Vermutlich treffen hier die Unsicherheiten der Stellensuchenden und ihre Abneigung, sich bereits voll auf eine Tätigkeit festzulegen (vgl. weiter unten) in nicht problemloser Weise mit den Effizienzinteressen der Arbeitgeber zusammen, die davon profitieren, dass zwei Halbtagsangestellte mehr leisten als ein Vollangestellter. Dabei ist, wie eben gezeigt, zu berücksichtigen, dass sich das Gros der Teilzeitstellen für Soziologen an Hochschulinstituten befindet. Dementsprechend scheinen die *Dauerstellen* eher in der öffentlichen Verwaltung oder der Privatwirtschaft vorhanden zu sein, hier wird am seltensten von den bereits Beschäftigten gesucht (0 bzw. 8%).

Allerdings scheinen Dauerstellen nicht sehr gefragt zu sein. 80% der Stellensuchenden interessieren sich für *mittelfristige Stellen*; dabei ist eine deutliche Häufigkeit bei zwei bis drei Jahren festzustellen (25 und 20%), eine zweite bei fünf Jahren (35%). Die Zeitperspektive verlängert sich auch mit der bereits geleisteten Anstellungszeit (Tab. 4).

Es wurde bereits angedeutet, dass es voreilig wäre, in diesem Wunsch nach einer mittelfristigen Stelle nur eine Anpassung an den Arbeitsmarkt zu sehen.

Tabelle 4.

gewünschte Dauer einer neuen Stelle	Dauer der Beschäftigung		Total %
	weniger als 2 Jahre beschäftigt %	mehr als 2 Jahre beschäftigt %	
2 Jahre	71	0	25
3 Jahre	14	23	20
4 Jahre	0	15	10
5 Jahre	14	46	35
10 Jahre	0	15	10
Total/(N)	99/(7)	99/(13)	100/(20)

Vermutlich hängt diese Mittelfristigkeit der Zeitperspektive bzw. des persönlichen Planungshorizontes vor allem bei jüngeren Soziologen damit zusammen, dass sie am Beginn ihrer Berufslaufbahn stehen und noch verschiedene Möglichkeiten ausprobieren möchten. Ob allerdings die weiter oben konstatierte Häufigkeit der Stellenwechsel, der Wunsch nach einer mittelfristigen Stelle im festgestellten Ausmass positiv gewollt ist oder eine (teilweise resignative) Anpassung an die wahrgenommene Arbeitsmarktsituation reflektiert, kann aufgrund der Resultate nur indirekt erschlossen werden.

Ein beträchtlicher Teil der Stellensuchenden möchte nämlich eine Stelle, an der sie während etwa fünf Jahren beschäftigt sein könnten. Bekanntlich sind die Beschäftigungsmöglichkeiten an den Universitäten, einem der wichtigsten Arbeitgeber vor allem zu Beginn der Berufstätigkeit, üblicherweise auf ein bis drei Jahre beschränkt. Es scheint also, dass diesbezügliche Wünsche nach einer bestimmten Fristigkeit der Stellen nur für jüngere Soziologen im Hochschulbereich erfüllt werden können, während die anderen ausserhalb des Hochschulbereiches eine längerfristige Stelle suchen müssen. Wunsch und Wirklichkeit decken sich hier also nicht voll. Vier Fünftel aller angegebenen Stellen dauerte weniger als drei Jahre. Wir müssen also annehmen, dass die tatsächliche Häufigkeit der Stellenwechsel leicht grösser ist als subjektiv gewollt.

Man kann hier allerdings auch einen approach-avoidance-Konflikt vermuten: einerseits bietet die Hochschule Stellen, die relativ viel Befriedigung versprechen, aber nur kurzfristig sind, andererseits sind im ausseruniversitären Bereich eher langfristige Stellen zu finden, aber man befürchtet Entfremdung und "Prostitution". (Hierzu wäre zu überlegen, ob nicht verstärkt Erfahrungsberichte von ausseruniversitär tätigen Soziologen den kommenden Absolventen zugänglich gemacht werden sollten, damit dieser Konflikt realistischer konzipiert werden kann).

Als Ausdruck von Anpassungsbereitschaft an die Arbeitsmarktsituation

kann die Tatsache interpretiert werden, dass mehr als die Hälfte der Stellensuchenden allenfalls auch eine Nichtsoziologenstelle annehmen würde. Mit zunehmender Beschäftigungsdauer wächst allerdings der Wunsch nach einer Soziologenstelle (Tab. 5):

Tabelle 5.

Art der gewünschten Beschäftigung	Dauer der Beschäftigung		Total %
	weniger als 2 Jahre beschäftigt %	mehr als 2 Jahre beschäftigt %	
Wunsch nach Soziologenstelle	11	53	38
kann auch etwas anderes sein	8.9	35	54
will nicht mehr als Soziologie arbeiten	0	12	8
Total/(N)	100/(9)	100/(17)	100/(26)

Zwei Interpretation sind möglich :

1. Absolventen, die erst vor kurzem ihr Hochschulstudium abgeschlossen haben, perzipieren einen geringen Bedarf an Soziologenstellen, oder sie meinen, dass sie aufgrund ihrer geringen Berufserfahrung keine Chancen auf solche Stellen haben und deshalb auf Stellen ausweichen wollen, die keine soziologischen Kenntnisse erfordern. Mit zunehmender Dauer der Beschäftigung, als Soziologe oder als Nichtsoziologe, wächst aufgrund der erworbenen Berufserfahrung das Bedürfnis nach einer Soziologenstelle, und diese Soziologen perzipieren vermutlich auch zunehmende Chancen für eine Soziologenstelle. Möglicherweise wird dabei die objektiv existierende Arbeitsmarktsituation vor allem von jüngeren Soziologen falsch und zu pessimistisch eingeschätzt.

2. Soziologen, die schon längere Zeit berufstätig sind, haben aufgrund ihrer Berufserfahrung die grösseren Chancen für die wenigen Soziologenstellen, die angeboten werden, als Soziologen mit geringerer Berufserfahrung. Der objektiv existierende Flaschenhals auf dem Arbeitsmarkt der Soziologen zeigt sich deshalb im Bewusstsein der jüngeren Stellensuchenden, die aus diesem Grund bereit sind, auch auf nichtsoziologische Stellen auszuweichen. Ob diese Einschätzung der objektiven Arbeitsmarktsituation richtig ist, könnte nur aufgrund einer Untersuchung von Stellenangeboten und -nachfragen befriedigend beantwortet werden. Subjektive Erfahrungen zeigen vor allem, dass Angebot und Nachfrage oft asynchron, also in einem zeitlichen Ungleichgewicht sind : oft würde man gerne eine

Stelle übernehmen, ist aber noch mit einem anderen Projekt beschäftigt, wenn jedoch das Projekt abgeschlossen ist, sind keine Stellen vorhanden. Die Arbeitslosenquote von 8% und der vermutete beträchtliche Anteil derjenigen, die ungewollt eine Stelle als Nichtsoziologen angenommen haben, zeigen, dass der Arbeitsmarkt für Soziologen gestört ist.

Frühere Stellensuche

Eine Mehrheit der Stellen, die von Soziologieabsolventen innegehabt wurden, war nicht ausgeschrieben, jedenfalls nicht für Soziologen. Dies deutet bereits daraufhin, dass das Finden von Stellen ein Problem besonderer Art ist.

61% der Befragten nennen *informelle Kanäle* (persönliche Beziehungen, Kontakte, die sich aus früherer Arbeit oder auch aus anderweitiger Tätigkeit ergeben haben), dagegen nur 17% *formalisierte Kanäle* (Zeitungsinserate, andere offizielle Ausschreibungen usw.). Die dritthäufigste Nennung (13%) hat das *Anschlagbrett am Institut*, welches hier weder als formal noch als informell gezählt wurde. Angesichts seiner relativen Wichtigkeit erscheint es als problematisch, dass dieses Medium de facto nur den Institutsmitgliedern zur Verfügung steht, da nur sie ohne weiteres dort vorbeigehen.

Tabelle 6.

Zugang zu Stellen über	Arbeitsort			Total %
	hochschul-intern %	hochschul-extern %	hochschul-intern und hochschul-extern %	
formalisierte Kanäle	0	40	15	17
informelle Kanäle	77	40	62	61
Aushang am Soziologischen Institut	19	8	10	13
Andere	3	12	13	9
Total/(N)	99/(31)	100/(25)	100/(39)	100/(95)

Die Art der Kenntnisnahme bzw. der *Informationsquellen über Stellen* hängt mit dem Arbeitskontext zusammen. Informelle Kanäle werden von 77% der an universitären Stellen, dagegen von 40% der an ausseruniversitären Stellen Tätigen genannt. Informelle Beziehungen sind also nicht nur allgemein sehr wichtig, sondern ganz besonders zur Erlangung universitärer Stellen. Am soziologischen Institut wird die partikularistischste Variante, "persönliche Beziehungen", weitaus am

häufigsten genannt (56%). Unterschiede in Einzelheiten zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung bestehen darin, dass Zeitungsinserate für Stellen in der Privatwirtschaft wichtiger als für solche in der öffentlichen Verwaltung sind, während es sich für die Bedeutung von Beziehungen, die im Rahmen ausseruniversitärer und nicht unbedingt an die Berufstätigkeit gebundener Aktivitäten aufgebaut wurden, umgekehrt verhält.

Interessant ist schliesslich, dass trotz des überaus hohen Gewichts partikularistischer *Zugangswege* zu den gefundenen Stellen universalistische Selektionskriterien sehr häufig genannt werden (zwei Drittel), dagegen nur in einem Sechstel der Fälle klar partikularistische. Stellen findet man zwar hauptsächlich partikularistisch, aber man bekommt sie doch vorwiegend aufgrund fachlicher Qualifikation. Man mag darin Tendenzen zur Legitimation und Dissonanzreduktion sehen, aber angesichts der Unstrukturiertheit des allgemeinen Berufsbildes und der in Frage kommenden Stellen scheint die Betonung fachlicher Aspekte doch plausibel. In diese Richtung der fachlichen Legitimation deutet auch die Tatsache, dass immerhin von einem Viertel der Befragten unbezahlte Vorleistungen als Input in die später erhaltene Stelle bzw. Tätigkeit genannt wurde.

Tabelle 7.

Unbezahlte Arbeit	Arbeitsort			Total %
	Soziologisches Institut %	ausserhalb des Soziol. Instituts %	Soziol. Institut und instituts-extern %	
ja	40	8	37	28
nein	60	82	63	72
Total/(N)	100/(10)	100/(28)	100/(16)	100/(54)

Mit diesem Ergebnis wird auch die weiter oben formulierte Hypothese gestützt, wonach im Hochschulbereich oft Überinvestitionen notwendig sind. Je länger die Soziologen beschäftigt sind, desto grösser wird auch der Anteil derjenigen, die unbezahlte Vorleistungen erbringen: Um an neuen Projekten beteiligt zu werden, sind solche Vorleistungen, zum Teil zumindest, notwendig und üblich...

Praxisrelevanz des Fachwissens

Können die Kenntnisse und Fähigkeiten, die man sich während des Soziologiestudiums erworben hat, auch in einer Berufspraxis umgesetzt werden, die nicht mehr viel mit Soziologie zu tun hat? Viele Stellensuchende bewerben sich ja – als Folge der Arbeitsmarktsituation – für Stellen, bei denen kaum mehr Soziologische Qualifikationen verlangt werden.

Wir haben versucht, nur jene Antworten zu berücksichtigen, die sich eindeu-

tig auf nichtsoziologische Stellen bezogen. Von den eingegangenen Fragebogen enthielten ca. 30% keine Antwort, vermutlich vor allem deshalb, weil darüber keine Erfahrungen vorhanden waren. (Frage offen, Auswertung qualitativ.)

Wenn wir davon ausgehen, dass das Soziologiestudium einerseits *spezifische soziologische Kenntnisse* (soziologisches Fachwissen, "Bindestrich-Soziologien") und andererseits *allgemeines soziologisches Wissen* (Theorien, "Alltagstheorien", etc.) vermittelt (oder vermitteln sollte), so stellen wir fest, dass auch in einer soziologieentfernteren Berufspraxis diese beiden Formen von (soziologischem) Wissen eingesetzt werden :

1. Es scheint, dass relativ viele Soziologen in *Stabsstellen* als Generalisten mit einem allgemeinen (soziologischen) Wissen beschäftigt sind (oder waren) : Planungs- und Konzeptualisierungsaufgaben in den verschiedensten Bereichen (z.B. Schulversuche, Lehrerfortbildung, Siedlungsplanung, Arbeiten für politische Gremien), institutionell-organisationelle Fragen, Klinikkonzeptionen), anschließende Durchführung und Evaluation von solchen Plänen und Versuchen, Beratungs- und Expertenfunktionen, etc.

Das Soziologiestudium vermittelt daneben aber auch sehr *allgemeine Qualifikationen*, die wohl nicht nur mit dem Soziologiestudium erlangt werden könnten : analytisches, "strukturelles" Denken, selbständiges Arbeiten, Fähigkeit zu Problemformulierungen, Dateninterpretationen, Konzeptualisierungen, Kenntnisse von Forschungsmethoden – Kenntnisse, die für solche Tätigkeiten ebenfalls nützlich sind.

2. Daneben gibt es verschiedene Berufsbereiche, wo soziologische Kenntnisse mehr oder weniger direkt gebraucht werden können :

– In der *Lehre* (auf verschiedenen Stufen), so z.B. Unterricht in pädagogischer Soziologie, Methodologie; als Lehrer in einem Erziehungsheim, als Pädagogiklehrer für Heimerzieher, in der Berufsbildung.

– In der *Sozialarbeit*, so z.B. in der offenen Jugendarbeit (Sozialisations-theorien, Rollentheorie, Kleingruppenforschung, Informationstheorie, Freizeitsoziologie), Gruppendynamik (?).

– In *anderen Berufen*, so z.B. als Redaktor, als journalistischer Berichterstatter in den verschiedensten Bereichen, in der Dokumentation.

– In *anderen Fachbereichen* (vermutlich an der Universität), so z.B. in der Ethnologie, Politologie, Rechtswissenschaften.

Folgende *Bindestrich-Soziologien* wurden zusätzlich genannt : Gemeindesoziologie, politische Soziologie, Soziologie des Alters, Kommunikationssoziologie (inkl. Marketing), Betriebssoziologie, Wirtschaftssoziologie, Pädagogische Soziologie, Organisationssoziologie.

Auch methodische Kenntnisse können z.T. umgesetzt werden. Allerdings haben nur wenige Antwortende von einer solchen Umsetzung berichtet. Kaum genannt wurde auch die Brauchbarkeit der Soziologie für die politische Arbeit : Nur eine Person erwähnte Frauen-, Mieter- und Städtebaufragen, wo soziologische Kenntnisse benützt werden konnten. Das mag teilweise mit der nicht immer frei-

willigen Trennung von beruflicher und politischer Arbeit zusammenhängen.

Wir haben auch nach den *Berufsfeldern* gefragt, die für Soziologen geeignet sein könnten. Folgende Berufsbereiche wurden genannt :

- Entwicklungshilfe
- Unterricht, Ausbildung (staatlich und privat, auf allen Stufen)
- Verwaltung (Bund, Kanton, Gemeinde, z.B. in statistischen Ämtern)
- Organisationsberatung, z.B. in Heimen und Gefängnissen
- Markt- und Meinungsforschung als Wirtschafts-, Betriebssoziologe, Marktforscher
- Verbände, z.B. in Gewerkschaften
- Massenmedien als Redaktor, Journalist
- Tourismus (Alternativtourismus)
- PR (Öffentlichkeitsarbeit, staatlich und privat).

Relativ oft wurde erwähnt und auch empfohlen, dass Soziologen sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen betätigen sollten, relativ unabhängig von soziologischem Spezialwissen. Bewerben solle man sich auch für (Stabs-) Stellen, die für Juristen, Ökonomen, Historiker ausgeschrieben sind, sofern kein entsprechendes Fachwissen verlangt werde. Vielfach ist die Besetzung von Stellen mit relativ unspezifischem Allgemeinwissen abhängig von den Einsichten, Urteilen und Vorurteilen der Personen, die solche Stellen zu besetzen haben.

Ratschläge für Stellensuchende

Recht viele Antworten kamen auch auf die Frage nach Ratschlägen für Stellensuchende aufgrund der eigenen Erfahrungen; fast die Hälfte der Befragten haben dazu etwas mitgeteilt. Diese Tips, Hinweise und Erfahrungen fallen mit wenigen Ausnahmen in vier Kategorien : sie betreffen die persönliche Qualifikation der Soziologen, die kurzfristige Taktik bei der Stellensuche selbst, die längerfristige Strategie, die u.a. auch für die Stellensuche wichtig ist, und kollektive bzw. institutionelle Massnahmen. Zusammen treten dabei vor allem Bemerkungen zur persönlichen Strategie und zur Qualifikation auf, da viele der Strategievorschläge die Erwerbung spezifischer Fähigkeiten betreffen.

Unter den *persönlichen Qualifikationen* werden vor allem zwei Dimensionen hervorgehoben : praktische Erfahrungen in bestimmten Anwendungsgebieten als Ergänzung zur wissenschaftlichen Ausbildung (einmal wird sogar pointiert auf negative Erfahrungen bei der Stellenbewerbung mit vorwiegender Betonung der Wissenschaftlichkeit hingewiesen), und "Generalistentum" (weite Interessensfelder pflegen, Mehrfachqualifikationen usw.). Beide sind offenbar wichtige Aktivpunkte, besonders für Bewerbungen in der Privatwirtschaft, wo laut einer Antwort die Selektion rationaler und universalistischer vor sich gehe als in staatlichen Organisationen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Jemand schrieb : "Ich glaube, dass man nach einem Nur-Studium in Soziologie etwas Mühe hat, eine Stelle zu finden. Ich habe von meinem System (1/2 Studium, 1/2 Arbeit in relativ qualifizierten Positionen) eher profitiert (Nachteil : lange Studienzeit). Allerdings verzichtet man

damit auf eine Karriere als Soziologie, aber als Redaktor, PR-Mann etc. sind die Chancen sehr gut." Soll man daraus entnehmen, dass andere als wissenschaftliche Qualifikationen notwendig aus der Soziologie hinausführen? Vielleicht bekommt man so auch einfach andere Gelüste? Betreffend die Taktik, d.h. das *konkrete Vorgehen bei Stellensuche und Bewerbung*, sind offenbar die Erfahrungen unterschiedlich und dementsprechend auch die Tips. Teils in Dur, teils in Moll tendieren aber die meisten Hinweise dahin, grosse Eigenaktivität, Kreativität und vor allem auch Identifikation mit der Situation des Stellensuchenden zu empfehlen. Beispiel für Moll: "Soziologen sollten etwas bescheidener auftreten. Merke: man hat nicht auf sie gewartet. Sie müssen selber aufzeigen, dass und was sie beitragen können". Trotz gelegentlicher Dämpfer überwiegen Empfehlungen von Selbstbewusstsein, sicherem Auftreten bei gleichzeitiger Fähigkeit zu Kompromissen, aktive Bewerbungspolitik auch in Bereichen, für die zunächst beispielsweise Juristen und Ökonomen gesucht wurden – wir bewegen uns, das wird hier deutlich und muss sicher von allen gut verdaut werden, nicht in einem Schonraum (wie ihn die Uni trotz allem noch darstellt), sondern in einem umkämpften Arbeitsmarkt, und wer nicht die radikale Maxime von C.R. befolgen will ("Soziologiestudium abbrechen. Denken lernen."), muss sich aktiv mit dieser Sachlage auseinandersetzen. Dass die Situation dabei nicht hoffnungslos ist, äussert sich u.a. in der Bemerkung eines Befragten, der Stellen zu verteilen hat: "Persönlich habe ich einige Mühe, Stellen für methodisch Ausgebildete, Erfahrung heischende Stellen zu besetzen, trotz jetzt guten Konditionen, nicht zuletzt – wie mir scheint – weil Soziologen nicht gelernt haben, sich zu verkaufen oder weil sie sich nicht verkaufen wollen". Stellensuche, Bewerbung, Werbung für sich selbst als Qualifikationsdefizit von Soziologen?

Neben den Vorschlägen für das Verhalten bei der Bewerbung sind die *längerfristigen, strategisch ausgerichteten Hinweise* sehr wichtig und häufig. Sie stimmen auch weitgehend mit den Antworten auf andere Fragen über das Finden von Stellen überein, indem sie praktisch ausnahmslos von einer Situation informeller, partikularistischer Stellenverteilung ausgehen. Typische Antworten: "An möglichst vielen Konferenzen, Seminaren teilnehmen, Papers lesen, um Kontakte zu schaffen". – "Aufbau eines Interaktionsnetzes mit potentiellen Arbeitgebern während des Studiums via Übernahme von kleinen Projektaufträgen." – "Längere, praktische, vielfältige Tätigkeit in einem Bereich". Und wieder taucht die Vorstellung einer starken Trennung von universitärer und ausseruniversitärer Tätigkeit auf: "Relativ rasch entscheiden, ob jemand innerhalb oder ausserhalb der Uni tätig sein will. Für letzteres in einer Organisation einsteigen, bei der soziologisches Wissen von Bedeutung ist oder wird, um dann später eine Praxis nachweisen zu können". Also nicht als Taxifahrer, Programmierer usw. Studiengeld verdienen!

Relativ selten tauchen Ideen über *kollektive und institutionelle Möglichkeiten* auf, die Stellenfindung leichter zu machen, wobei gleich nochmals die universalistische Suche via Bulletins usw. in Frage gestellt wird ("Für Stellen in der Privatwirtschaft, z.B. Meinungsforschung u.a., sind Stellensuchanzeigen, z.B. im Bulletin der SGS, völlig nutzlos. Stellensuchende werden zum vornherein als relativ

schlecht qualifiziert betrachtet"). Konkrete Ideen bewegen sich vorwiegend auf institutionellem Niveau : aktive Berufsbildpropaganda bei Behörden, Medien usw., die Anlage eines Adress- und Informationspools für Stellen, Stiftungen, Fonds usw., Anlegen von Karteien in den soziologischen Instituten, "wo sich jeder Absolvent resp. Stellensuchende periodisch eintragen könnte, um gegebenenfalls bei externen kurz- und mittelfristigen Projekten seitens SNF, Institutionen berücksichtigt zu werden". Neben solchen Massnahmen, die direkt die Stellensuche erleichtern könnten, wird auch der Aufbau komplementärer Interaktionsnetze empfohlen, damit der Einzelne nicht allein kämpft, aber auch, weil die meisten zu findenden Arbeitsplätze im Vergleich mit jenen anderer Berufstätiger wohl zu den interessanten gehören, aber doch selten den Wünschen nach Engagement, die man/frau gelegentlich noch hat, genügend Realisierungsmöglichkeiten bieten. Also : "sich organisieren, z.B. in der Assistentenvereinigung oder Gewerkschaft" oder politischer : "endlich notwendig, eine ausserberufliche Rückgratorganisation zu bilden, um nicht völlig korrumpiert zu werden durch die Bedingungen am Arbeitsplatz" — eben weil man, nach demselben Antwortenden, "von Anfang an keine Illusionen haben (soll) über 'kritische' Möglichkeiten am Arbeitsplatz". Könnte man dazu nicht die SGS einsetzen ?

Hauptresultate

Im Überblick erscheinen uns drei Feststellungen als besonders wichtig, die man nach Durchsicht unserer Resultate treffen kann :

1. Es bestehen beträchtliche objektive Schwierigkeiten, denen Soziologen auf der Stellensuche begegnen. Sie bestehen nicht nur im Fehlen von genügend Stellen, sondern auch in einer ungenügenden "Vermittlung" zwischen angebotenen und gesuchten Stellen.
2. Die Kanäle der Stellenfindung sind vorwiegend partikularistisch, weshalb man mit anderen Mitteln nur beschränkte Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Soziologen hat. Zusätzlich ist das Stellenangebot insofern unklar, als nicht für alle Stellen, die sinnvoll durch Soziologen besetzt werden können, solche gesucht werden.
3. Ein unklares berufliches Selbstbild der Soziologen scheint auf unklare Erwartungen seitens der möglichen Arbeitgeber zu treffen. Aus den unklaren Erwartungen an die Soziologen ergeben sich z.T. erhebliche Möglichkeiten zur Eigenstrukturierung, die allerdings grosse Initiative erfordern und offenbar nur beschränkt ausgeschöpft werden.

Konsequenzen

Eine Reihe von konkreten Massnahmen, die mit wenig Aufwand realisiert werden können, drängen sich aufgrund der mit unserer Umfrage gemachten Erfahrungen auf. Wir führen hier eine kleine Liste an als Diskussionseinstieg, vielleicht ziehen andere Soziologen andere Konsequenzen aus den Resultaten, und ihre Vorschläge sind sicher ebenso prüfenswert. Um Reaktion wird gebeten !

– Schaffung eines Stellenpools, beispielsweise als Separatbulletins des Institutes mit kleinem Abonnement (viele Stellen-Ausschreibungen kommen ans Institut, die in allgemein zugänglichen Medien gar nicht publiziert werden oder leicht untergehen).

– Dieser Vorschlag, kurzfristig nur auf der Ebene eines Institutes zu realisieren, müsste möglichst bald gesamtschweizerisch angegangen werden. Hier ist eine Marktlücke für die SGS!

– Mit der Zeit eine Liste von Institutionen und Publikationen öffnen, wo Stellen zu finden sind, und sie den Stellensuchenden zur Verfügung stellen; ebenso für andere Geldquellen (Stiftungen, Fonds im In- und Ausland).

– Erfahrungsaustausch bzw. -weitergabe hinsichtlich Bewerbungen, schriftlich in Form von Erfahrungsberichten, Beispiele usw., oder persönlich in Veranstaltungen mit "Erfahrenen".

– Ausarbeitung einer von den Instituten und der SGS zu führenden aktiven Berufsbildpolitik.

– Verbesserung der Informationsgrundlage: Wiederholung unserer Erhebung in verbesserter Form auf gesamtschweizerischer Ebene (z.B. als Projekt der SGS); vielleicht gibt es institutsspezifische Unterschiede der Probleme, die uns entgehen mussten und die so zum Vorschein kommen.

– Beginn einer Berufsfeldforschung für Soziologen.

BUCHBESPRECHUNGEN BIBLIOGRAPHIE CRITIQUE

Alkohol in der Schweiz :

Kulturelle Gebrauchsmuster und Definitionen – Peter Wüthrich

Reihe «Soziologie in der Schweiz», Band 7, Huber, Frauenfeld und Stuttgart, 1979
(Richard Müller, Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme, Lausanne)

Die Sozialepidemiologie gehört in der Schweiz zweifelsohne nicht zu den etablierten Wissenschaften – schon gar nicht die Epidemiologie von Alkoholkonsum und Alkoholproblemen – dies, obgleich kaum bestritten werden kann, dass die Folgen des exzessiven Konsums, aber auch des zum unrichtigen Zeitpunkt eingenommenen Alkohols zu den grossen sozialmedizinischen Problemen in unserer Gesellschaft gezählt werden müssen. Die Statistiken etwa der Akut- und psychiatrischen Spitäler belegen diesen Sachverhalt eindrücklich. Es ist von epistemologischem Interesse, dass in den Vereinigten Staaten und den skandinavischen Ländern dagegen eine über 20 jährige sozialwissenschaftlich orientierte Forschungstradition auf dem Gebiete der Alkoholologie besteht, obschon in diesen Ländern die Bedeutung des Alkohols in der Gesellschaft ungleich geringer ist als in der Schweiz. Allerdings ist in neuester Zeit auch in der Schweiz, vor allem in den Massenmedien, ein Prozess zu beobachten, der den exzessiven Konsum von Alkohol zunehmend als soziales Problem definiert. Wüthrichs Buch ist deshalb zum richtigen Zeitpunkt erschienen, gibt es doch eine objektive Vergleichsbasis für die viel fachanekdotischen Artikel in den Massenmedien, die zudem häufig nur den Alkoholkonsum von gesellschaftlichen Randgruppen problematisieren und damit eine Voraussetzung für die positive Absetzung der trinkenden Majorität schaffen. Wüthrich Arbeit setzt dazu einen wohltuenden Kontrapunkt, der geeignet ist, Vorurteile abzubauen denn sein Buch ist eine sorgfältige und durchdachte Arbeit.

Zwar hat A.N. Whithead mit seinem berühmten Diktum wahrscheinlich recht, dass eine Wissenschaft, die zögert, ihre Gründer zu verlassen, verloren sei, doch hat man beim Durchlesen neuerer soziologischer Arbeiten vielfach den Eindruck, als seien alles Kolumbusse am Werk, als ob nicht eine – wenigstens periodische – Akkumulativität der Wissenschaft bestünde. In diesen Fehler verfällt indessen Wüthrich nicht; vielmehr stellt er seiner Survey-Untersuchung zu den kulturellen Gebrauchsmustern des Alkohols in der Schweiz eine Erörterung der wichtigsten Ansätze der sozialwissenschaftlich orientierten Alkoholologie voran. Zu fehlen scheint mir allerdings eine Diskussion ethnographischer Ansätze, ein Mangel deshalb, weil wahrscheinlich kaum ein anderes in konvivaler Form gebrauchtes Gut so stark in kulturelle Bedeutungszusammenhänge eingebettet ist wie das Gut "Alkohol". Auch die Behandlung des für das Phänomen des Alkoholismus zentralen theoretischen Ansatzes des "Labellings" ist zwar kritisch, doch verkürzt wiedergegeben. Ueberdies deutet der Autor an, dass Erweiterungen dieses Ansatzes wohl möglich wären, ohne aber diese zu explizieren.

Der zweite rein deskriptiv ausgerichtete Abschnitt ist der am wenigsten glückte Teil der Arbeit. Nicht dass Deskription sinnlos wäre – im Gegenteil – sie bildet nicht nur eine notwendige Voraussetzung zur analytischen Epidemiologie,

sondern sie hat bei einer Kategorie von Verhalten, die so stark im Ideologischen verknüpft ist wie dem Trinken von Alkohol, eine eigentlich "aufklärerische" Funktion. Doch Wüthrich wiedergibt seine empirischen Befunde über die Zusammenhänge zwischen Trinkmenge bzw. -typen und sozialstrukturellen Merkmalen, ohne diese Zusammenhänge zu hinterfragen oder sie in einen breiteren Rahmen zu setzen. So lässt Wüthrich es etwa bei der Feststellung bewenden, was aus der Alltagsbeobachtung unmittelbar einsichtig ist, nämlich, dass Frauen sowohl häufigkeits- als auch mengenmässig weniger Alkohol trinken als Männer, ohne die kulturellen Mechanismen aufzuzeigen, welche die Zugänglichkeit zu alkoholischen Getränken geschlechtsspezifisch regulieren und ohne auf die Möglichkeit von zu Alkohol funktionalen Äquivalenten wie den Konsum von Arzneimitteln hinzuweisen. Auch die multivariate Analyse scheint mir zu summarisch behandelt: Wenn schon multiple Determinationskoeffizienten berechnet werden, warum wird dann nicht der zusätzliche varianzerklärende Beitrag der einzelnen sozialstrukturellen Merkmale angeführt?

Entschädigt für den zu kurz ausgefallenen zweiten Teil von Wüthrich Monographie wird man durch den dritten und vierten Teil. Wüthrich geht in diesen Abschnitten einerseits der Frage nach, in welchen konkreten sozialen Settings Alkohol getrunken wird und andererseits welche normativen Orientierungen das Trinkverhalten regulieren. Die erste Frage mündet in einer für den Praktiker wichtigen Synthese des für den starken Alkoholkonsumenten typischen situationalen Kontextes der Alkoholeinnahme. In der Beantwortung der zweiten Frage belegt Wüthrich anhand von den Befragten vorgelegten konkreten Beispielen, wie sehr kulturelle Definitionen die Situationen bestimmen, innerhalb derer der Konsum von Alkohol einen sinnvollen Verhaltensakt darstellt. Dabei wird auch deutlich, dass Trinkakte stets auf die sozialen Charakteristika der Handelnden codiert werden.

Kernstück der Wüthrichschen Arbeit ist sicherlich sein Kapitel über die "Sinnzuschreibungen an den Alkohol". Ausgehend von Berger und Luckmann versucht Wüthrich hier die dem Objekt Alkohol zugeschriebenen Sinnhaftigkeiten und ihre Integration in die allgemeine gesellschaftliche Wertordnung zu explizieren. So zeigt er beispielsweise, dass sowohl Abstinente als auch starke Konsumenten ihr Verhalten innerhalb einer umfassenden symbolischen Sinnwelt lokalisieren; ihr Verhalten ist nicht isoliert, sondern drückt wesentliche Aspekte der eigenen Weltsicht aus (S. 114). Schwache Konsumenten hingegen verbinden Alkoholkonsum selten mit umfassenderen Sinnbereichen, auch verfügt diese Bevölkerungsgruppe im geringsten Masse über objektive Informationen zur Alkoholfrage. Kritisierbar in diesem Abschnitt ist die nicht strikt durchgehaltene deduktive Orientierung des Ansatzes, was sich auch in der verwendeten Methode spiegelt. Die Diskriminanzanalyse ist eine vorwiegend induktiv gebrauchte Methode, die ex post stets Interpretationen der gefundenen diskriminierenden Funktionen erlaubt.

Den letzten Abschnitt seines Buches widmet Wüthrich der gesellschaftlichen Perzeption des Alkoholismus. Der Autor geht vor allem davon aus, dass die Gesellschaft den Alkoholismus bzw. den Alkoholiker in typisierter Weise konzeptualisiert, die Vorstellungen über angepasstes Rollenverhalten, aber auch solche über die Aetiologie des Alkoholismus beinhaltet. Er vermag dabei zu zeigen, dass je umfassender das eigene Trinkverhalten in die symbolische Sinnwelt integriert ist und je mehr die Entstehung des Alkoholismus in moralisch-charakterlichen Kategorien gefasst wird, desto grösser ist die Interventionsbereitschaft gegenüber deviantem Alkoholkonsum. Dieses letzte Kapitel der Monographie ist äusserst informativ; eine bessere Einbettung der Aussagen in die Theorie würde den Wert des Kapitels allerdings noch gesteigert haben.

Im ganzen ist Wüthrichs Buch eine gut geschriebene, methodisch saubere und interessante Arbeit in einem Gebiet, dem zu wünschen wäre, dass die Schulsoziologie ihm mehr Beachtung schenkte.

Les ergothérapeutes, problèmes des professions paramédicales

– Michèle Dubochet et Jean-Pierre Fragnière

Editions Delta, Vevey, 1979

(Werner Fischer, Centre psychosocial universitaire, Genève)

Le titre de l'ouvrage "Les ergothérapeutes, problèmes des professions paramédicales" indique d'emblée les deux axes majeurs d'exploration et d'analyse "du petit monde défini par la notion d'ergothérapie" (p. 11) : d'une part la fonction paradigmatique de l'étude de l'ergothérapie pour l'ensemble des professions paramédicales et d'autre part les rapports de concurrence entre ces dernières sur le marché des soins et des prestations de différentes sortes dans le système médical et social.

Et c'est bien l'étude de ces enjeux que les auteurs proposent de réaliser en dépassant les frontières étroites et précaires de l'ergothérapie, "cette petite profession marginale" dont l'analyse constitue "un excellent révélateur des problèmes qui se posent actuellement dans les secteurs de la médecine et des divers appareils de distribution des soins". Mais ce n'est là que le premier contexte auquel il faut rapporter la naissance et le développement de l'ergothérapie en Suisse. Le deuxième fait partie de l'instance politique plus déterminante : "... ce projet nous conduit à affronter toute une série de problèmes qui relèvent de ce qu'on appelle la politique sociale avec ses multiples organismes chargés de gérer nombre d'agents de la reproduction de la force de travail" (p. 12).

Malgré l'imprécision inévitable de la notion de politique sociale qui sera davantage circonscrite tout au long de l'ouvrage, ce double cadrage permet de mettre parfaitement en évidence les aspects saillants de la profession d'ergothérapeute, les séquences de son instauration et les éléments significatifs qui la définissent actuellement.

C'est en référence à ce balisage que les auteurs font le panorama des définitions multiples des différentes formes d'ergothérapie et parcourent ensuite, en se basant sur des documents variés, les principales étapes de l'instauration de l'ergothérapie comme pratique d'un corps professionnel. Ces chapitres, ainsi que celui consacré "à la recherche d'un statut", fournissent des informations très précieuses sur des domaines aussi différents que les champs d'activités des ergothérapeutes, les diverses formes de l'ergothérapie elle-même et réunissent très utilement des renseignements sur les bases législatives très récentes de la reconnaissance du statut professionnel, les organismes tels que la Croix Rouge Suisse, l'OFIAMT, l'Assurance-Invalidité, les caisses-maladies, etc.

Ce n'est pas un des moindres mérites des auteurs que d'avoir réuni et clarifié les sphères de compétences et les attributions de ces diverses instances en les mettant en rapport avec les enjeux et les débats de la profession d'ergothérapeute et en dessinant les répercussions et les déterminants des différents acquis obtenus par les représentants de la profession.

L'analyse claire et minutieuse de la "jungle des conventions et accords tarifaires" est une première contribution importante pour combler une des lacunes les plus béantes des statistiques sanitaires suisses. Cet apport n'est en plus pleinement appréciable que si l'on sait, par l'expérience concrète de la recherche, à quel point il est difficile de décortiquer les mécanismes de la formation des prix des soins et

prestations en matière de santé. A cet égard, l'ouvrage, tout en allant au-delà des faits abstraitement économiques, s'inscrit dans la ligne des analyses du système de santé suisse, telles qu'elles ont été effectuées par P. Tschopp, P. Gygi et H. Haenny. Qui ne souhaiterait que de telles études soient entreprises à propos d'autres catégories professionnelles du système de santé et poursuivent en outre l'approche laissée en friche jusque là quant au rendement économique des diverses prestations se situant à l'intersection de la médecine et du champ socio-économique, ou plus précisément, contribuant à l'accomplissement des fonctions sociales et économiques de la médecine en tant que champ de réparation des dégâts, des usures et des déviations.

* * *

“Si nous avons constitué ce dossier qui fait l'objet de ce livre, c'est essentiellement pour permettre aux débats en cours de se développer sur une base mieux documentée et en fonction d'une problématique qui envisage les problèmes dans un contexte suffisamment vaste pour que les questions aient un sens” (p. 12).

“Conclusion : on ne conclut pas, on agit ! ” (p. 254).

Ces deux citations, l'une au début et l'autre à la fin du livre, illustrent mieux l'objectif assigné à l'ouvrage que ne pourraient le faire de longs développements, à savoir le combat contre l'indexation médicale de l'ergothérapie, telle qu'elle a été opérée durant la phase d'implantation de la nouvelle profession et la pratique d'autres solutions qui passent par des changements fondamentaux de la médecine et par des transformations sociales profondes. Les auteurs mettent en effet en évidence des clivages importants qui traversent le corps professionnel des ergothérapeutes et qui concernent les multiples aspects des conditions de travail, des rôles et des mandats de l'ergothérapie, de la formation professionnelle, des positions hiérarchiques, des classes salariales, etc. Il est en outre très intéressant de suivre pas à pas les hésitations et les incertitudes des représentants des ergothérapeutes suisses quant aux stratégies à utiliser pour la reconnaissance de la profession (cf. chapitre 5, “A la recherche d'un statut”), voire pour l'indexation ou l'appareillement de celle-ci à un champ donné. On pourrait longuement énumérer les raisons de la quasi-unanimité concernant l'identité paramédicale de la profession ergothérapeutique — les auteurs montrent bien l'arbitraire de cette solution au moment de son adoption — il n'en reste pas moins qu'elle semble être, actuellement, fortement fixée à une position particulière du champ médical. L'observation des tentatives de modification de ce statut fournira sans doute des faits complémentaires riches en enseignement. Mais il aurait été nécessaire de préciser selon quelles lignes et dans quelle logique les transformations de la médecine et du système social doivent intervenir, qui assigneront un autre statut à l'ergothérapie. Sur ce plan, différentes questions plus strictement sociologiques se posent. Les stratégies professionnelles varieront selon les réponses qui leur seront données.

* * *

Tout au long de leur ouvrage, les auteurs se réfèrent à l'ergothérapie et aux ergothérapeutes compris comme un corps professionnel homogène, comme une unité en vertu de l'identité professionnelle. Les divergences, les contradictions, voire les crises apparaissent à travers l'extension et la diversification de la profession.

Mais on peut se demander — et l'ouvrage fournit beaucoup d'indices à ce sujet — si les ergothérapeutes ne sont pas les représentants de l'une de ces professions récentes qui se définissent davantage par le lieu de leur implantation et les postes

qu'elles pourvoient que par une identité générale conférée par la place dans une division du travail techniquement cohérente et par le fait de détenir une spécificité semblable à un quasi-monopole. Que certains groupes de la profession soient dans cette situation ne fait pas de doute. Mais peuvent-ils être tenus comme des exemples typiques et généralisables? Les mêmes problèmes surgissent en rapport avec la question de l'"autonomie d'action" et du "champ spécifique d'intervention". M. Dubochet et J.-P. Fragnière soulignent tout au long de l'ouvrage les limites et les cadrages actuellement mis en place contre une telle indépendance, d'autant plus que les rapports de concurrence entre les divers corps professionnels paramédicaux et les rapports de force sur le plan de la politique médicale et sanitaire relèguent les ergothérapeutes à une position largement dominée. Un autre volet de la problématique pourrait appartenir à une étude complémentaire future, qui serait centrée plus spécifiquement sur les clients des prestations ergothérapeutiques et sur les pratiques effectives de la profession. Il est fort probable que les différenciations internes à la discipline, ainsi que les relations aux autres professionnels du système sanitaire pourront être précisées et référées à un champ qui est moins fortement structuré par la couverture médicale proprement dite.

Frauen in der Emigration – Katharina Ley

Reihe «Soziologie in der Schweiz», Huber Frauenfeld und Stuttgart, 1979.
(*Marlis Buchmann, Soziologisches Institut der Universität, Zürich*)

Wie lässt sich die Lebens- und Arbeitssituation italienischer Emigrantinnen – einer im doppelten Sinn diskriminierten Gruppe: Frau und Emigrantin – beschreiben und analysieren ohne durch den Forschungsprozess die gleichen Strukturen und Mechanismen zu reproduzieren, denen diese Minderheitengruppe in ihrem Alltag ausgesetzt ist?

Die Antwort auf diese Frage, die Wahl des Forschungsvorgehens, ist das Hervorstechende dieser Publikation. Leitgedanke ist dabei, die Erkenntnisproduktion mittels der wissenschaftlichen Analyse und die praktische Arbeit zielorientierter Veränderung gesellschaftlicher Realität zu verbinden. Es ist ein Versuch, die in der traditionellen Sozialforschung weitgehende Arbeitsteilung zwischen Wissensproduktion und Wissensverwertung (Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis) tendenziell aufzuheben, indem die eigentlichen Akteure, die Betroffenen, in den Forschungsprozess einbezogen werden.

Dieser Anspruch der gegenseitigen Vermittlung und Befruchtung von Theorie und Praxis wirft Fragen auf, die den Kern traditionellen sozialwissenschaftlichen Forschungsverständnisses treffen. Auf diese Fragen geht die Autorin in der Darstellung von Aktions-/ Partizipationsforschungsstrategien ein, da sie ihr eigenes Forschungsvorgehen als einen Typ von Aktionsforschung versteht. Als die wichtigsten Merkmale dieses neuen Forschungstyps werden die gleichwertige – nicht gleichartige – Stellung zwischen Forschern und Betroffenen, die Orientierung der Problemauswahl an den Bedürfnissen der in die Untersuchung einbezogenen Gruppen und die Intentionen zu praktisch verändernden Eingriffen in die gesellschaftlichen Zusammenhänge als weiteres Forschungsziel hervorgehoben.

In gemeinsamen Diskussionen zwischen Forschern und Betroffenen wurde dem forschungsstrategischen Leitgedanken entsprechend eine doppelte Zielsetzung entworfen. Sie umfasst als theoretisch-analytische Komponente "die Analyse und Erklärung der Situation einer Minderheitengruppe unter Einbezug ihrer gelebten Realität" (S.17) und als konkret-praktische Komponente "die Ermöglichung der

Entwicklung einer Wahrnehmungs-, Erklärungs-, und Handlungsperspektive für die Betroffenen, die deren Situation letztlich verbessern soll" (S.17).

Die Berufstätigkeit in der Emigration, das zentrale Moment der Lebensveränderung für die emigrierte Frau, ist der Bezugspunkt für die konkrete Fragestellung der Untersuchung. Das Interesse konzentriert sich dabei auf die Berufstätigkeit als Möglichkeit zur Verbesserung der strukturellen (Stellung in Familie und Gesellschaft) und kulturellen (Erweiterung des Erfahrungs- und Orientierungshorizontes) Position der emigrierten Frau.

Mit dieser Zielsetzung und Fragestellung wurden 400 italienische Emigrantinnen in gross- und kleinstädtischem Kontext befragt. Alle Interviewerinnen waren ebenfalls emigrierte Frauen.

Wie wird nun dieser doppelte Anspruch eingelöst?

Die Diskussion über die Voraussetzungen und Implikationen des gewählten Forschungsvorgehens, die Ausführungen zu den Schwierigkeiten, Problemen und Erfolgen im Forschungsprozess tragen zu dessen Transparenz – und damit berprüfbarkeit – bei, ein Moment, das vielfach in Forschungsberichten vermisst wird.

Wichtige Indikatoren für die Realisierung des konkret-praktischen Anspruches sind die in unmittel- und mittelbaren Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt entstandenen Aktivitäten unter den Betroffenen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe: Beratungsstellen für emigrierte Frauen, Frauengruppen, Kursangebote und Tagungen. Der theoretisch-analytische Anspruch kommt im reflektierten Verhältnis zur Aktions-/Partizipationsforschung zum Ausdruck, indem die Autorin auf die Gefahren und ungelösten methodischen Probleme dieses Forschungstyps hinweist. Weiter zeigt er sich in dem Versuch einer Theoriebildung, die zur Erklärung der strukturellen und kulturellen Position der emigrierten Frau beitragen soll.

Insgesamt liegt ein Forschungsbericht vor, der sehr reichhaltiges und anschauliches Material aus vielen verschiedenen Quellen verarbeitet: zu Vergleichen mit der eigenen Befragung und Gesprächen werden häufig weitere empirische Untersuchungen und theoretische Arbeiten zur Situation der emigrierten Frau, statistisches Material und Zeitungsberichte herangezogen.

Im 1. und 2. Kapitel elaboriert die Autorin die theoretischen Elemente für die Analyse der Lebens- und Arbeitssituation der Frauen in der Emigration. Zentraler Begriff ist die weibliche Alltagsstruktur, deren Charakteristika und Ausprägungen weitgehend durch die vorherrschende gesellschaftliche Produktionsweise bestimmt werden. Der Bedingungs-zusammenhang zwischen der Produktionsweise fortgeschrittener Warenproduktion – so wird unsere gegenwärtige tauschwertorientierte Gesellschaft begrifflich erfasst – und der Alltagsstruktur beruht auf einer zunehmenden Vereinnahmung des Alltagslebens in den Tauschwert- bzw. Verwertungszusammenhang. Diese Funktionalisierung oder Kapitalisierung des Alltags beinhaltet Fremdbestimmung, Parzellisierung/Zerstüchelung und – spezifisch für Frauen – strukturelle Zweideutigkeit des Alltagslebens. Dieser letztere Begriff verweist auf die Tatsache, dass vor allem der Alltag der berufstätigen Frau den strukturellen Spannungen zwischen zwei sehr unterschiedlichen Arbeitsformen – der Hausarbeit und Berufsarbeit – ausgesetzt ist. Da sich die Peripherie – und Zentrumsgebiete der Gesellschaften fortgeschrittener Warenproduktion stark durch den Funktionalisierungsgrad des Alltagslebens unterscheiden, lässt sich die Emigration der Frauen als abrupter Wechsel ihrer Alltagsstruktur begreifen, der sich in der Erfahrung von Fremdbestimmung, Zerstückelung und struktureller Zweideutigkeit manifestiert.

Die Darstellung der empirischen Ergebnisse in den folgenden Kapiteln bezieht sich vor allem auf die Situation der berufstätigen Emigrantinnen, gilt doch das primäre Interesse der Untersuchung der Frage, ob und inwiefern die Berufstätig-

keit eine Chance für die emigrierte Frau bedeuten kann. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf der Verknüpfung der strukturellen Aspekte des Alltagslebens mit der kulturellen – bewusstseinsmässigen – Situation dieser Frauen.

Die Autorin beschäftigt sich im 3. Kapitel mit der Arbeitsmarkt- und Berufssituation sowie der Berufsorientierung der Emigrantinnen. Das statistische Material zur Entwicklung ihrer Beschäftigung belegen – leider – von neuem ihre Eingliederung in die untersten Ränge der Beschäftigungsstruktur. Deshalb überrascht es nicht, dass ein beträchtlicher Teil ihren Arbeitsplatz aufgeben möchte, wenn es möglich wäre. Dieses Resultat drückt weniger die traditionelle Orientierung der emigrierten Frau an der Gattin-Hausfrau-Mutter-Rolle aus als die in hohem Masse widersprüchliche Situation, der diese Frauen ausgesetzt sind. Die Aufgabe der Berufstätigkeit wird zum einen mit der Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat assoziiert und zum anderen widerspiegelt sie die Ablehnung der aktuellen Art der Arbeit und des Arbeitsplatzes. Der positive Zusammenhang zwischen Bildung, Berufsstellung und Berufsbindung unterstützt diese Annahme.

Das 4. Kapitel ist der Struktur der Emigrantenfamilie gewidmet. Soziodemographische Merkmale, die Machtstruktur und Arbeitsteilung werden dargestellt; einen breiten Raum beanspruchen die Orientierungen und Einstellungen der emigrierten Frau zum weiblichen Rollenverhalten, den Frauennormen, und die Wahrnehmung frauenspezifischer Diskriminierung, der Frauenprotest. In diesem Handlungsbereich zeigen sich die Diskrepanzen zwischen Vorstellung und faktischem Verhalten, zwischen Norm und Realität sehr deutlich; ein Ergebnis, das sich praktisch durch alle Lebensbereiche hindurchzieht.

Freizeitgestaltung, Aktivitäten im öffentlichen Bereich und ausserfamiliäre soziale Beziehungen stellen für Frauen aus dem mediterranen Kulturraum einen völlig neuen Lebensbereich dar. Die Autorin analysiert ihn im 5. Kapitel mit der Fragestellung, inwiefern dieser Handlungsbereich zur Wahrnehmung neuer Möglichkeiten und zum Aufdecken von Beschränktheiten beitragen kann. Die Verteilung der Aktivitäten auf passiv-konsumierende und aktiv-strukturierende Teilnahme an der Öffentlichkeit zeigt, dass die erstere die vorherrschende Gestaltungsform darstellt. Auch hier kommt wieder die Diskrepanz zwischen Vorstellungen, Bedürfnissen und faktischem Verhalten zum Vorschein, äussern doch viele Frauen den Wunsch der Teilnahme an Frauengruppen, Weiterbildungskursen, etc.

Der Leitgedanke, der das ganze Buch getragen hat, ob die Emigration eher zur Förderung oder Behinderung der Entfaltungsmöglichkeiten emigrierter Frauen beiträgt, wird nun zum eigentlichen Thema des 6. und letzten Kapitels. Zusammenfassend charakterisiert die Autorin die Situation der emigrierten Frau als "zwischen zwei Welten" – einen doppelten Bezug in Orientierung und Verhalten am Heimatland wie auch am Emigrationskontext, der sich in grossen Schwierigkeiten zur Erhaltung einer autonomen Identität niederschlägt. Dieser "strukturelle Doublebind" (S.135) führt zu einer allgemeinen Verunsicherung: eine bedrohliche Situation mit hoher psychischer Belastung, die meistens individuell ausgetragen wird.

Und wo zeichnen sich die Chancen für die emigrierte Frau ab? Die Autorin weist in ihrer Untersuchung nach, dass zentrale Orientierungs- und Einstellungsmuster emigrierter Frauen (Berufsbindung, Frauennormen, Frauenprotest) stark mit der formalen Bildung, Berufstätigkeit, Berufsstellung und Sprachkenntnissen verknüpft sind – alles Faktoren, die im Prinzip veränderbar sind. Darin sieht die Autorin die spezifischen Chancen für die emigrierte Frau.

Gemessen am Stellenwert, den der Praxisaspekt wissenschaftlicher Analyse in dieser Untersuchung einnimmt, wird den Voraussetzungen und Bedingungen für die Möglichkeit der Emigration als Chance in diesem abschliessenden Kapitel relativ wenig Gewicht eingeräumt. Ebenso hätte eine ausführlichere Diskussion des Ein-

flusses von Aktionsforschungsstrategien auf die Theoriebildung, des Verhältnisses zu den Methoden traditioneller Sozialforschung wie auch der Reichweite bzw. Anwendungsmöglichkeiten erlaubt, die Bedeutung dieses neuen Forschungstyps einzuschätzen.

Es bleibt diesem Buch zu wünschen, dass es ebenso viele Diskussionen und Anregungen unter Sozialwissenschaftlern hervorrufen wird wie diese Forschung Aktivitäten unter den Betroffenen ausgelöst hat.

Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse – Thomas Held

Soziologische Texte (Neue Folge) Bd. 110, Luchterhand, Darmstadt/Neuwied, 1978
(Robert Hettlage, Basel)

Macht ist zweifellos eine Zentralkategorie soziologischer Analyse. Umso erstaunlicher ist es, dass eine eigentliche Machttheorie in der Soziologie höchstens ansatzweise vorhanden ist. Offenbar verhindert gerade die Alltäglichkeit des Phänomens dessen klare konzeptionelle Fassung: die Analyse ihrer tatsächlichen Formen, sozialen Verankerungen, Umformungen, ihrer Art und ihres Ausmasses, ihres Gebrauchs und Missbrauchs.

Kein Wunder also, dass auch eine Theorie familiärer Machtbeziehungen noch kaum zum gesicherten Bestand der Familiensoziologie gehört. Hierzu will Th. Held mit seinem Buch einen Beitrag leisten.

Im Kern wendet er sich gegen die heute vielfach vertretene Nivellierungsthese, wonach ein direkter Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Differenzierung und zunehmender Partnerschaftlichkeit in der Ehe angenommen wird (Lupri 1970, Rodman 1967). Sein *strukturtheoretischer Ansatz* will vielmehr zeigen, dass nur unter sehr restriktiven Bedingungen eine eheliche Machtbalance zu erwarten ist. Schon ein Blick auf die klassischen sozialhistorischen Untersuchungen von Engels, Morgan, Thurnwald, Wittfogel und E. Manheim zeigt ihm die Universalität von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, Prestigedifferenzierung zugunsten der Männer und männlicher Dominanz im öffentlichen Bereich (dies in vollem Gegensatz zu neueren feministischen Thesen!). Matriarchalische Gesellschaften scheinen kaum je existiert zu haben (S.31) oder erwiesen sich zumindest als "strukturell instabil" (S.37). Am höchsten war der Status der Frau immer da, wo der häusliche Bereich Lebenszentrum und der ausserhäusliche Bereich schwach differenziert blieb. Hauslich-familiäre konnte kaum in öffentlich-gesellschaftliche Macht verwandelt werden (S.43). Hiermit hat der Autor einen Ansatzpunkt für seine eigene Analyse gefunden.

Zuvor aber wendet er sich dem Machtbegriff (Kap.2) seiner Operationalisierung (Kap.3) und den Machttheorien zu. Dabei will er zeigen, welche Dimensionen bisher gerade nicht in die Analyse eingingen (S.61). Sein Hauptanliegen ist es dabei, den interaktionistischen, auf andermenschliche Verhaltenssteuerung ausgerichteten Machtbegriff Weber von einem strukturellen, auf Kontrolle oder Besitz von zentralen, knappen (materiellen oder immateriellen) Gütern beruhenden Konzept zu unterscheiden, wobei den sozioökonomischen Ressourcen eine herausragende Stellung zukommt (S.66). "Strukturell ist diese Macht insofern, als sie einerseits ihre Basis in der ungleichen Verteilung (machthaltiger) Güter und nicht in den Intentionen oder Akten "mächtiger" Akteure hat, und andererseits diese Ausübung erfolgt, ohne dass der Machtärtger und der Machtadressat miteinander zu interagieren... brauchen" (S.65).

In der Familiensoziologie scheint dieser Ansatz besonders zum Tragen zu kommen, da in der Ehe Macht tendentiell offenbar mehr über "non-decision"

(Bachrach/Baratz 1963), über "ererbte" Regeln oder implizit ausgehandelte Normen (Broderick 1975) ausgeübt wird. Zudem kann der Autor so einen Zusammenhang zwischen Aussen- und Binnensystem der Ehe im Rahmen einer allgemeinen Statustheorie (S.81) und unter dem Gesichtspunkt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entwickeln.

Dazu führt er vorerst kritisch die bisherigen Theorien ehelicher Machtstrukturen vor. Vornehmlich konzentriert er sich dabei auf die *Ressourcentheorie* (Blodd/Wolfe 1960), ihre Vorläufer, ihre späteren Modifikationen (Rodman 1967, 1970) und ihre Kritiker. Diese Theorie hat dem Autor zufolge den Vorteil, nicht von der gängigen Vorstellung kultureller Machtbestimmung ausgehen zu müssen, sondern die Machtfrage (power of decision) mit der Position von Mann und Frau im ausserfamiliären Bereich (division of labor) verknüpfen zu können. Ihr Ergebnis ist, dass Macht, als Entscheidung über den Austausch mit dem Aussensystem verstanden, zugunsten jenes Partners verteilt wird, der die grössten Ressourcen zur Ehe beisteuert.

Rodmans Einwand, dass sich die Machtstruktur aus einem Zusammenspiel von Ressourcen und Normen bestimmt, das den Ressourcenaspekt allein aus den Angeln heben könne, lässt Held nicht gelten, da für ihn Normen in Abhängigkeit von Struktur determinanten zu sehen sind (S.115). Auch Safilios' Vorschlag, nicht nur sozioökonomische, sondern auch expressive u.a. Leistungen als Ressourcen zu betrachten, scheint H. nicht ausreichend, da die Aussenabhängigkeit des Familiensystems dem entgegensteht (S.118, S.131). Daher bindet er die Möglichkeit der "power equalization" überwiegend an den materiellen Ressourcenbeitrag der Ehepartner (S.126). Dennoch besteht er zu, dass Ressourcen keinen absoluten Stellenwert besitzen, sondern im Zusammenhang mit einer als normal definierten Ressourcenmenge (S.132) zu sehen sind.

Nach diesen konzeptionellen Vorentscheidungen geht der Autor daran, seine Strukturtheorie aufzubauen (Kap.5-7). Als Ausgangspunkt wählt er die auf gesamtgesellschaftlicher, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beruhende *traditionelle Familie* und deren Wirkungen auf das eheliche Machtverhältnis. Dieser Familientypus wird in den westlich-hochentwickelten Ländern noch überwiegend für normal erachtet (Held/Levy 1974). Die darin implizierte "Insulation" des Binnensystems Familie, verbunden mit der Ernährer- und "Aussenminister"- Rolle des Mannes (S.142), lässt sich sowohl an der beruflichen und politischen Untervertretung der Frauen ablesen, als auch daran, dass die Männer typisch häusliche Arbeiten selbst bei vermehrter familienexterner Aktivität der Frauen kaum zu übernehmen bereit sind (Oakley 1974, Clark et al 1978, Pross 1978). Dabei steht immer im Hintergrund, dass die Rollenbeziehungen nicht nur komplementär sind, sondern sich auch ein als äquivalent gedeutetes Austauschverhältnis einstellt (*Reziprozität*) (Gouldner 1960).

Schichtspezifisch gesehen scheint nun die Rollenperformanz der Frau keinen so grossen Variationsbereich zu haben wie die des Mannes, so dass bei zu grosser oder zu geringer Rollenperformanz des Mannes die als normal angesehene Reziprozität in der Ehe verletzt wird und es entweder zur Domination oder Ausbeutung des Mannes dommt. Verantwortlich dafür ist

- die grössere Machtgeladenheit der vom Mann produzierten Güter;
- die schichtabhängigen Variationen der Rollenerfüllung, denengemäss man in der Oberschicht viele mit Statusvorsprung des Mannes findet;
- der familiäre Lebenszyklus (Alter, Aufgabe der Erwerbstätigkeit, Vegzug der Kinder): hier zeigen die Ergebnisse, dass ausgeglichene Kompetenz am ehesten bei Jungverheirateten, Alten und der Mittelschicht vorherrscht (S.163);
- schliesslich erfahren Performanz und Reziprozität auch subkulturelle Dif-

ferenzierungen wie die Beispiele des Männlichkeitskults und seines Pendants, des Attraktivitätskults der Frauen, als Balancierungstechniken zeigen.

Nun kann vom Statusverhältnis nicht direkt auf das eheliche Machtverhältnis geschlossen werden. Dieser Schluss ist Held erst möglich durch eine zusätzliche Annahme. Seine zentrale These ist nämlich, dass Statusunterschiede, die die traditionelle Reziprozitätsnorm verletzen, zu einem Interessenkonflikt unter den Partnern führen und somit den Überlegenen zur Verteidigung, den Unterlegenen zur Bekämpfung des Ungleichgewichts veranlassen. Annahme ist also ein "*rationales Akteurmodell*" (S.174) bzw eine generelle Tendenz zur Maximierung des Status, der Macht und des Ertrags aus dem Tausch ehelicher Ressourcen. Da der Frau nicht daran gelegen sein kann, den Status des Mannes zu verringern, da dies auch ihren eigenen Status vermindern würde, bleiben folgende drei Strategien, die sich zugleich in jeweils verschiedenen ehelichen Machtverhältnissen niederschlagen :

1. die Veränderung der Reziprozitätsnorm im Sinn des Überlegenen (= *patriarchalische bzw. matriarchalische Machtverhältnisse*) oder eine Veränderung der Bewertung geschlechtsspezifischer Ressourcen im Sinne des Unterlegenen. Bei Statusvorsprung des Mannes würde das eine Aufwertung der Frauenvolle bedingen (= *Familismus als Machtverhältnis*), bei dessen Statusdefizit eine Aufwertung der männlichen und eine Abwertung der weiblichen Rolle; da ein tiefer männlicher Status allein kaum aufzuwerten ist, muss die weibliche Selbstverleugnung hinzutreten (S.184)(= *Machismo-Typ ehelicher Machtverhältnisse*).

2. Eine andere Strategie zielt auf die Vergrößerung oder Verringerung geschlechtsspezifischer Güter, indem die Partner

– entweder auf Mobilität innerhalb der jeweiligen Rollenkonfigurationen abzielen (berufliche Leistungssteigerung des Mannes bzw "Weiblichkeitswahn" (B. Friedan);

– oder indem die (Oberschicht-)Frauen den von den Männern abgeleiteten externen Status betonen (= "*pseudoegalitäres*" *Machtverhältnis*);

– oder schliesslich indem die Frauen die traditionellen Rollenkonfigurationen durchbrechen (z.B. durch eigene Erwerbstätigkeit) und so den Statusvorsprung des Mannes ohne entsprechende Reduktion weiblicher Rollenperformanz ("Doppelrolle") aufheben (= "*tendentiell egalitäres*" *Machtverhältnis*). Die Übernahme weiblicher Rollenelemente durch den Mann scheint dem Autor hingegen vorort nur von peripherer Bedeutung.

3. Als dritte Strategie ist schliesslich denkbar, dass die jeweilige Machtposition der Partner durch eine Vergrößerung der Unabhängigkeit voneinander erstrebt wird (auch hier z.B. durch Berufstätigkeit der Frau).

– Bei Statusdefizit des Mannes führt dies zu einer weiteren Zurückdrängung des Mannes als Erwerbperson (= "*matrifokale*" *Familie als Machtverhältnis*), wie dies O. Lewis am Beispiel der Karibik treffend beschrieben hat (female headed family).

– Bei Statusvorsprung des Mannes bietet sich als Gegenstück an, dass sich der Mann seinen nicht-materiellen Familienleistungen entzieht und der Frau einen scheinbar grösseren Entscheidungsspielraum zugesteht (= "*pseudomatrifokale*" *Familie als Machtverhältnis*).

Diese idealtypische Darstellung familiärer Machtverhältnisse führt Held zum Schluss, dass egalitäre Machtverhältnisse nur unter sehr restriktiven Bedingungen zu erwarten sind (S.200). Sie hängen nicht nur von Persönlichkeitsmerkmalen, sondern auch von kontextuellen Entwicklungen wie Schichtung, Familienzyklus u.ä. ab. Er plädiert deswegen auch für all die Strategien, die auf eine Veränderung

der Berufstätigkeit der Frauen (in den mittleren und oberen Schichtungsbereichen) hinwirken, während er sich von der Aufwertung der traditionellen Frauenrolle keine Tendenz zu egalitären Machtverhältnissen verspricht (S.203).

Held hat mit diesem Buch zweifellos einen interessanten und lesenswerten (aber leider oft nur schwer lesbaren) Beitrag zur Soziologie der Familie und der Geschlechtsrollen geschrieben. Dennoch lässt er mich in manchen Punkten unbefriedigt:

1. Held tritt, wie auch schon sein Einstieg bei der sozialgeschichtlichen Literatur zeigt, mit dem Anspruch auf, eine allgemeingültige Theorie ehelicher Machtbeziehungen vorzulegen. Wie immer ist dies in der Soziologie ein gefährliches Unterfangen, sofern man sich nicht auf einen ausgiebigen interkulturellen Vergleich stützen kann. Die herangezogene und verfügbare Literatur ist jedoch viel zu kulturspezifisch, um einen solchen Anspruch erfüllen zu können. Dies war dem Autor auch wohl bewusst (Vgl. S.111 f, 124). Aus diesem Grund beschränkt er sich im späteren denn auch überwiegend auf die westlich-industrialisierten Gesellschaften und deren traditionelle, "bürgerliche" Familie. Von daher ist es dann nicht ganz verständlich, warum verschiedene Ehe- und Machtverhältnisse (Matriarchalismus, Familismus) als Resultat von Bewertungsstrategien ausgehend von der traditionellen Ehe erscheinen. Ohne diesen westlich-modernen "bias" wären vielleicht ganz andere Folgerungen angebracht. Es ist schwer vorstellbar, wie der "amoral familism" (Banfield 1967) mediterraner Gesellschaften etwa in dieses theoretische Raster eingereiht werden sollte. Hier muss wohl kultursoziologisch weiter ausgeholt werden.

2. Held hebt richtig hervor, dass die Gegner der Ressourcentheorie oft die Wichtigkeit struktureller Elemente herunterspielen (S.130). Mein Eindruck ist jedoch, dass sein struktureller Ansatz hingegen die Wichtigkeit sozioökonomischer Ressourcen überbetont und die Versuche, alternative Ressourcen in das Konzept einzufügen, die mit den "affektiven Gütern" verbunden sind, in ihrer realen Bedeutung nicht genügend würdigt. Ist es wirklich so, wie der Autor behauptet, dass solche "ressourcen" von der Frau gar nicht ausreichend als Machtfaktor einsetzbar sind, und zwar wegen der generellen Abhängigkeit der Familie von der umgebenden Gesellschaft? (S.118). Vermutlich würden viele, die in Beratungsberufen tätig sind, andere Gewichtungen setzen. Überhaupt kommt der Intentionalitäts- und Perzeptionsaspekt der Machtverhältnisse zu kurz, wie er im interaktionistischen Machtbegriff anklingt. Ob ein nicht-intentionales Machtkonzept soziologisch genügend Aussagekraft besitzt, wäre immerhin noch zu diskutieren. Zwar möchte Held eine Verbindung zwischen struktureller und interaktionistischer Sicht vorschlagen (S.135), doch sehe ich nicht, wie "die Perzeptionsunterschiede zwischen Familienmitgliedern in Funktion ihrer gesellschaftlichen und familiären Position" in die Arbeit konkret eingegangen sind (S.79). Das liegt wohl daran, dass sie im Grunde über zu einfaches Verhaltensschema "gleichgeschaltet" werden. Gemeint ist das zugrundegelegte "rationale Akteurmodell" (S.174 f.).

3. Diese allgemein unterstellte Tendenz der Ehepartner zu "rationalen, Macht und Nutzen maximierenden" Verhaltensweisen schließt zwar nach Meinung des Autors keineswegs aus, dass die Akteure auch gegen ihre zweck-"rationalen" Interessen handeln können (worunter u.a. so "periphere" Dinge wie die Erhaltung der Familie bzw. Liebe fallen !!), jedoch gibt er dem offenbar von der Ökonomie inspirierten Modellentwurf den Vorzug (S.174). Hier ist schon zu fragen, ob man um der Stimmigkeit des Modells willen nicht in vielen Belangen an der Realität vorbeizieht. Das ist besonders verwunderlich, wo doch dem Autor sicherlich nicht entgangen sein kann, dass das Nutzens-Maximierungsmodell innerhalb der Wirtschaftswissenschaften selbst immer heftiger angefeindet wird. A for-

tiori dürfte das gelten, wenn man es als sozialwissenschaftliches Paradigma generell verwenden will. Nicht umsonst hat sich Schütz geweigert, vom homo oeconomicus zu sprechen. Für ihn war er nur ein "homunculus", der allein solche Interessen entwickeln kann, die ihm der Sozialwissenschaftler zugesteht. Wie "de-sensibilisierend" ein solcher Begriff ist (in Anlehnung an Blumer) wird dann schlaglichtartig auch an manchen Bewertungen des Autors deutlich (vgl. z.B. S.182).

4. Auffällig und nach meiner Bewertung schade ist es, dass Held nach so eingehender und behrender theoretischer Vorarbeit auf die eigentlichen Ergebnisse seiner Bemühungen nur so kurz zu sprechen kommt (S.186-203). Über die einzelnen Machtverhältnisse selbst (und insbesondere über das egalitäre Machtverhältnis, wie es dem Autor vorschwebt) wird nur wenig ausgesagt; sie werden dem Leser als Skelett hingeworfen. Ich halte das für bedauerlich, weil gerade hier bei der Darstellung der einzelnen Ehe-Typen (Familismus, Machismo-Typ, Patriarchalismus, Matriarchalismus, matrifokale egalitäre und pseudoegalitäre Familie) das eigentliche "Fleisch" hätte zu finden sein können, von dem der Leser sich gerne genährt hätte.

Histoire d'un autre socialisme : l'Ecole Colinsienne 1840-1940

— Ivo Rens et William Ossipov

avec la collaboration de Michel Brélaz et d'Ivan Müller

Collection «Langages», Baconnière, Neuchâtel, 1979
(Georges Lefranc, Antony, France)

A l'automne 1964, Ivo Rens, aujourd'hui professeur à la Faculté de droit de l'Université de Genève, entreprenait, dans le cadre de l'Institut belge de science politique, des recherches sur les origines doctrinales du socialisme belge. Elles attirèrent son attention sur la place qu'y tenaient Colins et ses disciples, pratiquement tombés dans l'oubli depuis cinquante ans ¹.

Commençait alors une lente et patiente exhumation qui lui a demandé quinze ans de recherches et qui aujourd'hui arrive à son terme, avec la publication du dernier volume d'une trilogie. Le premier, paru en 1968, s'intitulait "*Introduction au socialisme rationnel de Colins*". Deux ans plus tard paraissait une "*Anthologie socialiste colinsienne*". Enfin voici, étendue sur un siècle, *L'histoire de l'Ecole (1840-1940)*.

1. Qui est Colins ? Le premier chapitre de ce nouvel ouvrage le rappelle en quelques pages. Né en 1783, mort en 1859, il a été, dans la première partie de sa vie, contemporain des grands "socialistes utopiques" : Saint Simon, Fourier, Cabet; dans la seconde partie, contemporain de Marx et de Proudhon, qui lui ont tous les deux survécu.

Né à Bruxelles, fils (apparemment naturel) du baron de Ham (mort en 1790) il a d'abord — jusqu'en 1801, vu confier son éducation à un Jésuite; mais, très vite, il a subi l'influence de Condorcet, de Rousseau et surtout de Condilac. Volontaire de l'armée française en 1801, il termine, en 1815, sa carrière militaire comme aide de camp du général Exelmans avec le titre de chef d'escadron dans la vieille garde, décoré de la Légion d'Honneur.

¹ Cf. Jean Maitron, "*Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français*", tome I, (Editions Ouvrières, Paris), p. 440. "*L'Encyclopédie socialiste*" du Compère Morel (Quillet) n'en parle pas. Mea culpa ! Je n'en ai pas parlé non plus dans mon "*Histoire des doctrines sociales dans l'Europe contemporaine*", (Aubier-Montaigne, Paris, 1966), ni dans la première ni dans la seconde édition.

Sa curiosité intellectuelle l'a déjà porté hors de la carrière militaire, dans diverses directions : sciences naturelles, hippiatrice, médecine; il reste bonapartiste et songe à délivrer Napoléon Ier captif à Sainte Hélène, grâce à un aérostat... Puis il part pour les Etats Unis en mai 1818; de là il gagne Cuba où il fait fortune comme planteur de café. Il s'y marie en 1820 et il a plusieurs enfants. La Révolution Française de Juillet 1830, qui renverse Charles X, le décide brusquement à tout abandonner, femme, enfants, plantation : il rentre en France pour essayer d'établir sur le trône avec Joseph Bonaparte, le duc de Reichstadt, alors héritier de Napoléon Ier. Mais "l'Aiglon" meurt. L'horizon intellectuel de Colins s'élargit au spectacle de la misère populaire, par la fréquentation des milieux républicains et par la lecture de Saint Simon et de Fourier.

En 1835, il devient auteur, en publiant anonymement, les deux premiers tomes d'un ouvrage intitulé : "Du parti social et de la liberté considérés comme complément moral de l'homme". *L'originalité de ce livre est d'avoir été l'un des premiers, au 19e siècle, à préconiser une réorganisation globale de la société sur une base qui se voulait rationnelle, avec comme aboutissement l'appropriation collective du sol et plus généralement de tout ce qui peut ne pas être approprié individuellement sans dommage pour la production* (p. 15). Désormais il sera souvent considéré comme l'inventeur du collectivisme. Il rompt avec Joseph Bonaparte; estimant à 51 ans que sa formation est incomplète, il suit les cours des Facultés des Sciences, des lettres, de théologie, de droit, de l'Ecole de Médecine, de l'Observatoire, du Muséum, du Conservatoire des Arts et Métiers, du Collège de France. Cette boulimie du savoir était alors fréquente chez les socialistes, elle se maintiendra tout le long du 19e siècle chez certains, de Saint Simon à Proudhon et à Sémabat.

En vingt ans (1839-1859), il va rédiger une oeuvre considérable : *la Science sociale* où, en 19 volumes, il expose méthodiquement sa doctrine et divers ouvrages critiques sur la société nouvelle et l'Economie politique. Il rassemble autour de lui des disciples, le Belge Louis de Potter (1786-1859), le Cubain Ramon de la Sagra, Agathon de Potter (1827-1906), fils du premier qui, à la fin du siècle, deviendra le chef de l'Ecole.

Il est sans illusion sur l'issue de la Révolution française de Février 48, dont, comme dit Proudhon, "personne n'a le mot". Arrêté aux journées de Juin 48, relâché au début de 49, il est intellectuellement et moralement soutenu par sa fille Caroline; il va vivre encore dix ans, mais la grande époque est passée.

Est-il possible de résumer en quelques lignes une doctrine dont la mort l'a empêché de donner un exposé définitif ? Son point de départ — inattendu, il faut le dire — consiste à nier la sensibilité des animaux. Il reprend la théorie cartésienne de l'animal-machine. *Il part de bases inverses de celles de Marx qu'il paraît avoir ignoré.* La raison se fonde sur l'absolu de l'âme immatérielle. Celle-ci est éternelle; mais l'éternité n'est pas dans la personnalité temporelle. La souffrance vient de ce que dans cette vie ou dans une vie antérieure, l'âme a fait un usage irrationnel de la liberté, en sacrifiant les *tendances de la raison aux tendances de la passion*. Socialement toute évolution naît du pouvoir spirituel ou de ce qui en tient lieu. Le "socialisme rationnel" se résume en trois exigences :

(1) — *Il faut confier à la société le monopole de la formation de la jeunesse* afin de développer aussi également que possible la diversité naturelle des talents, mais toujours dans l'optique du socialisme rationnel qui seul démontre l'identité entre l'intérêt bien compris et la morale.

(2) — *Il faut collectiviser le sol et la majeure partie des capitaux mobiliers accumulés par les générations passées et affermer la terre divisée rationnellement en lots agricoles et industriels, éventuellement à des associations de travailleurs.* Néophysiocratie, a-t-on pu dire.

(3) – *Il faut interdire radicalement toute association de capitaux* afin de maintenir une concurrence fondée sur la raison et non sur la force.

Politiquement, Colins reprend la vieille théorie de Socrate et de Platon : “le pouvoir doit se justifier par le savoir”. Quand les rois seront philosophes ou les philosophes rois... la République sera bien gouvernée.

2. Un disciple illustre, Louis de Potter, suivi d'un autre qui l'était moins, Ramon de la Sagra, commencera à diffuser en Belgique la philosophie nouvelle, prise ensuite en main par Agathon de Potter. Les idées de Colins se propagent lentement parmi un petit groupe de jeunes bourgeois libres penseurs, pauvres et travailleurs. César de Paepe, l'un des pionniers du socialisme belge, accepte les idées sociales de Colins, mais rejette sa métaphysique.

En 1875, commence à paraître, grâce à Frédéric Borde, la *Philosophie de l'avenir – Revue du socialisme rationnel* qui va être éditée jusqu'en 1914 (“deux mètres de rayonnement !”). Il s'agit de présenter les idées de Colins à une époque où, en France notamment, le marxisme n'est encore que fort peu et fort sommairement connu. Au contraire, *Progress and Poverty* d'Henry George obtient un grand succès. Marx attaque Colins “officier de hussard” qu'il accuse de “laisser persister le travail rétribué et, par conséquent, la production capitaliste (*sic*) en faisant croire au monde que tous les désagréments de la production capitaliste disparaîtront d'eux-mêmes par suite de la transformation des rentes foncières en impôts à l'Etat.” (Cf. Son jugement du 20 Juin 1881 sur Henry George dans une lettre à Sorge).

Suit une phase de malaise (les colinsiens semblent en désaccord sur l'aspect métaphysique de la doctrine); certains sont tentés de rallier des sympathisants autour du terme “collectivisme”. Mais Agathon de Potter réagit contre cette tentative d'ouverture. Les colinsiens retournent à l'isolement. Tel d'entre eux, Frédéric Borde, subit la tentation antisémite; d'autres sont attirés par l'anarchie. Jules Brouez et son fils Fernand, tentent à nouveau de sortir du “ghetto”. Peine perdue.

C'est avec la *Ligue pour la nationalisation du sol* que le Colinsisme va s'acheminer vers son apogée. L'idée en fut connue vers 1898. “Pourquoi “nationalisation” et non “collectivisation” ? Peut-être pour faciliter l'ouverture. La ligue est formée en 1900 avec des fouriéristes qui ne sont pas toujours pleinement d'accord.

En 1905, on a enregistré l'adhésion de personnalités non colinsiennes comme Alfred Naguez², et Georges Renard³ (France), Louis Bertrand, Hector Denis, Emile Vandervelde (Belgique), Werner Sombart et Edouard Bernstein (Allemagne), Anton Menger (Suède), Tolstoï (Russie). L'activité de la Ligue ne se prolongera guère après 1906. *L'esprit néo physiocratique qui l'animait la plaçait à contre-courant de l'histoire*. Elle ne pouvait répondre aux besoins ni des ouvriers, ni des paysans, ni des intellectuels.

C'est pourtant dans les années qui précèdent la première guerre mondiale, en 1905 et 1914, que nos deux auteurs placent l'apogée de l'Ecole Colinsienne.

Peu d'adeptes certes, mais la plupart sont d'ardents propagandistes. On compte des foyers épars (classés par ordre chronologique d'apparition) à Mons,

² Surtout connu pour son action législative (loi sur le divorce) et son action en faveur du boulangisme.

³ Bien oublié aujourd'hui, sans doute injustement; alors que j'étais élève en classe de Philosophie au Lycée d'Alençon, (1921-1922) c'est dans un petit livre de Georges Renard, publié chez Alcan qui se trouvait dans la Bibliothèque de classe, que j'ai lu le premier exposé méthodique du système socialiste. Elève à l'Ecole Normale Supérieure, je l'ai connu quelques années plus tard président de la Société des amis de la Révolution de 1848.

Paris, Bruxelles, Pau, Nîmes, Verviers. Malgré cette "diaspora", on peut toujours parler d'une école colinsienne, unie par sa réserve (le mot est faible) à l'égard du marxisme et par l'irréductibilité de la "Weltanschauung" des disciples. En cette période, le principal des porte-parole du "socialisme rationnel" en France est Elie Soubeyran, semble-t-il d'origine cévenole et protestante, né 80 ans, jour pour jour, après Colins. Deux de ses articles sont publiés en volume (1907-1910) sous les titres "Le collectivisme rationnel" et "Etudes sur la souveraineté du travail", parus à Bruxelles. En 1904, un ouvrier autodidacte de Verviers, fondateur d'une société d'enseignement mutuelle, Remacle Leduc, devient propagandiste des idées de Colins, mort en 1912, il est relayé par un syndicaliste Jacques Delrez qui crée en septembre 1913 le plus ouvrier de tous les cercles colinsiens.

Cette époque est marquée de nombreuses polémiques. A aucun moment, les colinsiens n'essaient de faire comprendre à leurs interlocuteurs que, pour l'Ecole, la collectivisation du sol s'inscrivait dans la perspective plus large d'une "société nouvelle", où les individus, régénérés par la connaissance de la Vérité religieuse et communiant sous la souveraineté de la Raison, auraient instauré un processus de production fondé sur de petites unités, familiales ou coopératives, à l'exclusion de toute association de capitaux et ce, dans une économie de marché, dont le sens aurait été inversé puisqu'elle consacrerait désormais la prédominance du travail sur le capital, "grâce aux épousailles de l'humanité avec la terre, dont chaque génération n'est qu'usufruitière, puisque de sa conservation dépend la vie des générations à venir". (p. 120).

Lorsque sont découverts les gisements charbonniers du Limbourg et les gisements ferrugineux de Lorraine, Albert Thomas, député S.F.I.O de la Seine, futur Ministre et futur directeur du Bureau International du Travail, mène campagne en faveur de la nationalisation. Elie Soubeyran, président du groupe de Nîmes de la Ligue pour la Nationalisation du sol lui écrit. Dans l'*Humanité* du 14 mai 1907, Albert Thomas lui répond, avec une bienveillance légèrement condescendante, "En France les Colinsiens faisaient figure en 1907 de fossiles du socialisme utopique, ou peu s'en faut, alors qu'en Belgique, l'année suivante, dans son livre *Le socialisme agraire* Emile Vandervelde étudiait le collectivisme du sol en se référant tant au colinsisme qu'au marxisme et à ces deux doctrines seulement".

La guerre de 1914 porte à la *Revue du socialisme rationnel*, à la *Société nouvelle* et au socialisme rationnel en tant que mouvement de pensée, un coup fatal... Colins et ses idées retombent à l'obscurité. Seules quelques personnalités plus ou moins isolées maintiendront la flamme — au premier desquels en France, Marguerite Tuffery, née dans le Cantal le 27 juillet 1887, d'un maître charpentier ayant accompli son Tour de France et d'une mère issue d'une famille de paysans aisés. Par Paule Dupuy et Jeanne Martin⁴ des contacts s'établissent cependant avec le mouvement syndical parisien. Mais le centre de gravité du colinsisme se déplace vers le Midi. Entre les deux guerres une loge colinsienne se crée à Mexico. Elle ne survit pas à son fondateur Victor Lafosse, disparu en 1942. La conclusion tombe, comme un couperet : "Il est... plausible et même vraisemblable que des colinsiens

⁴ Apportons ici un fait intéressant pour l'histoire de l'Ecole. Lorsque, dans le grand raz de marée syndical de l'été 1936, la C.G.T. se préoccupe de former les nouveaux adhérents par l'édition d'une "Petite bibliothèque du militant syndicaliste" et édite une brochure (tome 3 de la collection) pour les aider à élaborer les conventions collectives, c'est le texte élaboré et signé le 29 juin 1936 par le syndicat des ouvriers et ouvrières de la Confection pour dames et la Chambre patronale correspondante, qui est publié, comme type. Or l'auteur en est Jeanne Martin, qui me l'avait soumis. Jouhaux l'avait approuvé. Quelques mois plus tard, Jeanne Martin était éliminée du Secrétariat du Syndicat par une majorité "ex-unitaire" (Préface de Jouhaux).

plus ou moins orthodoxes subsistent dans le Nouveau Monde comme dans l'Ancien. Mais on peut affirmer que, en tout cas, depuis l'éclatement de la Deuxième guerre mondiale, il ne s'agit que d'isolés dont l'action publique est pratiquement nulle" (p. 155).

3. Ce grand effort poursuivi — dans un certain désordre pendant un siècle par les disciples de Colins (rien qui ressemble à la Première Internationale) se solde donc par un échec. Colins lui-même recensa quatre vingt seize "principaux" obstacles qui s'opposaient à sa diffusion. Ivo Rens et William Ossipow n'hésitent pas à parler de "fiasco" (p. 159). A ce fiasco, il trouvent trois raisons principales :

(1) "Incompatibilité du socialisme rationnel non seulement avec les préjugés, mais avec toute "l'épistémologie" d'une époque qui est pour l'essentiel la nôtre" (p. 159). Témoin l'affirmation de l'insensibilité des bêtes d'où partit la doctrine.

(2) "L'apparente exclusion de l'affectivité ou plus exactement l'inaptitude à l'utiliser contre un ennemi bien déterminé" (p. 161). Un ensemble de théorèmes n'est pas mobilisateur de l'agressivité.

(3) L'Ecole du socialisme rationnel, dans son néo physionolisme, ne veut que des unités économiques de taille restreinte.

Bref, dans trois domaines, la doctrine de Colins, à la différence de celle de Marx est à contre-courant. L'histoire qui se fait se détourne de celle-là alors qu'elle porte celle-ci. Le primat de l'efficacité l'emporte que le primat éthique.

Il reste à Yvo Rens et à William Ossipov le mérite immense d'avoir, en explorant une "terra incognita" exhumé un courant de pensée original qui, en face du matérialisme marxiste affirme, avec Lavrov (qui n'est pas cité, Jaurès et de Man)⁵ l'importance des idées et du spirituel. L'autre socialisme ce n'est pas seulement celui de Colins, c'est celui de tout un courant hétérogène et confus qui n'a jamais trouvé son unité et qui ne pouvait guère la trouver. Certes l'importance qu'ont prise aujourd'hui les forces irrationnelles allant au-delà du marxisme et de la matière, dépasse le socialisme qui a triomphé pendant un siècle autant que le socialisme rationnel qu'il avait vaincu. Mais la problématique écologique remet en question parmi les jeunes générations, la croyance dans le progrès indéfini. Ce n'est pas dans cette direction que Colins avait cherché "sa vérité"⁶. Soit.

⁵ Ivo Rens a été avec ses collaborateurs le grand organisateur du colloque sur la pensée d'Henri de Man dont les rapports et débats ont été publiés.

⁶ L'ouvrage se clot par des lettres inédites d'Agathon Potter et par un Index fort utile.

SUMMARIES IN ENGLISH

Editorial

W. Fischer (page 323)

The Educational Action of Punishment :
An Interpretation of the Swiss Penal Code from a Historical Perspective

J.-P. Garbade

The starting point of the present study is the prison which, with the progressive system it embodies, is seen as the means established to attain the objective of punishment: the fight against criminality using educative action. This is an ambiguous notion as it can lead to different results according to the concepts which motivate man and the evolution of the world. A concept, which may be described as static, has resulted in an educational policy tending to familiarize the prisoner with a behaviour conforming to certain "bourgeois" values so that he may avoid conflicts. Another concept, called dynamic, has established a policy tending to reinforce the personality, to make it more apt to resolve conflicts. An analysis of the mechanisms of the prison reveals that a static concept has determined its educative policy and is consolidated by its structure. It is seen that the prison has elevated its structure to the level of an objective and has therefore alienated the initial educative objective. This is followed by a description of the scientific bases of a dynamic concept which justifies a more historically adequate policy and appears to be the only one which conforms to the objectives of penal criminology. Such a policy will be based upon certain attitudes of the staff of the prison system and on social therapy in which certain methods are seen as essential. (page 335)

Multi-Dimensional Analysis of Categorical Data : Log-Linear Models :
An Introduction and an Example from the Epidemiology of Drug Addiction

J. Binder

The method known as "analysis of log-linear models" developed by Leo Goodman is shown to be effective in identifying correlations and interactions at a higher level and also in the determination of their relative functional weights. The article explains this method in a simple manner. For this purpose analogies with multi-factorial analysis are presented and the method is applied to data from the epidemiology of drug addiction and the results shown on a six-entry table. (page 365)

Nursing Practices in Psychiatry : A Sociological Approach

L. Gillioz

The sociological approach concerning psychiatric nurses stands against the official view of a humanitarian profession with the vocational aim of providing specific medical care to a special category of patients.

The theoretical framework which would account for nursing practices must be sought within the institutional and social context where the profession is found. The social control functions of psychiatry, the totalitarian nature of mental hospital staff are described. It is then shown that it is not so much medical or therapeutic criteria which determine the functions of a psychiatric nurse as it is the demands of the functioning of an institution which takes responsibility for deviants and normalizes their behaviour. (page 381)

Motivation of Commercial Employees

F. Höpflinger

Within the framework of ongoing research on the structure and function of salaried employees in Switzerland a survey was made in 1978 amongst the members of the Swiss Society of Commercial Employees. The investigation shows a definite relationship between the occupational situation and the orientation of the interests of commercial employees. Thus it clearly appears that the spread of interests among the trade unionists does not only vary with the occupational position and income but also, in part, according to aspects of satisfaction with work and the perception of different social interests. In addition, the study confirms recent research done abroad which has revealed the hybrid orientation of salaried workers and established that the individual and collective aspects of the interests of employees are not mutually exclusive. (page 399)

WORKSHOP

Professional Problems and Prospects of Graduates in Sociology in Switzerland

(page 415)

Introduction

H. Geser

Sociology – a Career with Poor Prospects

P. Zeugin

Results of an Enquiry among Graduates of the Sociological Institute of the University of Zürich

R. Levy and R. Ritschard

INDEX VOL. 5 (1979)

Artikel / Articles	Heft Nr. Numéro	Seiten Pages
ABPLANALP, P.A., Bericht zum 73. Jahreskongress der American Sociological Association in San Francisco	1	115-117
AMOS, J., Les inégalités de formation dans un système d'enseignement postobligatoire généralisé	2	153-175
BINDER, J., Multidimensionale Analyse von kategorialen Daten: log-lineare Modelle	3	365-380
BUCHMANN, M. & HELD, T., Zur Strukturblindheit der heutigen Devianzsoziologie	1	5-19
BUCHMANN, M. & TECKLENBURG, U., Sterben und töten: eine Frage der Vorstellungen oder ein Problem sozialer Macht und ihrer Legitimation?	2	279-283
COENEN-HUTHER, J., Professionnalisation de la sociologie et recherche appliquée	1	21-34
DESCHAMPS, J.-C., Psychosociologie des relations entre groupes et différenciation catégorielle	2	177-199
FISCHER, W., Figures et défigurements du meurtre	2	291-294
GARBADE, J.-P., L'action éducative de la peine	3	335-364
GESER, H., Berufliche Probleme und Chancen schweizerischer Soziologieabsolventen (Einleitung)	3	415-416
GILLIOZ, L., L'infirmier(ère) dans la division du travail psychiatrique	3	381-397
GIORDANO, Ch., Sozialisierter Akteur oder soziale Identität? Die Diskussion um die Normkonformität aus ethnosozilogischer Sicht	2	201-220
GOTTRAUX, M., L'analyste meurtre	2	283-285
GURNY, R., Eine Typologie nationalistischer Ideologien	1	35-52
HETTLAGE, R., Primärmobilisierung. Zur Rekonstruktion eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms	2	221-245
HÖPFLINGER, F., Zur Interessenorientierung kaufmännischer Angestellter. Ergebnisse einer Befragung von Mitgliedern des Schweizerischen kaufmännischen Vereins	3	399-413
LEVY, R. & RITSCHARD, R., Hauptresultate der Absolventenbefragung am soziologischen Institut der Universität Zürich	3	422-436
MAJASTRE, J.-O., L'art de l'esquive	2	286-288
MEYER-FEHR, P., Technologieabhängigkeit und Wirtschaftswachstum	1	79-96
MICHEL, B., Figures et métamorphoses du meurtre	2	267-278
STAUB, S., "Soziale Abweichung" als Gegenstand der Sozialarbeit – Kritische Anmerkungen zur "Devianz"-Kategorie	2	247-265
THOMAS, L.-V., Réflexions sans titre autour d'une théorie du meurtre	2	294-297
VUILLE, M., Faut-il tuer Durkheim?	2	288-291
WEISS, P., De la détermination de l'influence de la mobilité sociale sur les attitudes politiques	1	53-78
WILLENER, A. & PIDOUX, J.-Y., Pour une sociologie pauvre	1	97-114
ZEUGIN, P., Soziologie – ein Studium mit schlechten Berufschancen?	3	416-422
Atelier		
Bericht zum 73. Jahreskongress der American Sociological Association in San Francisco (P.A. Abplanalp)	1	115-117

Figures et métamorphoses du meurtre. Réponses, commentaires et critiques (B. Michel; M. Buchmann & U. Tecklenburg; M. Gottraux; J.-O. Majastre; M. Vuille; W. Fischer; L.-V. Thomas)	2	267-278
Berufliche Probleme und Chancen schweizerischer Soziologieabsolventen: Einleitung (H. Geser) – Soziologie – ein Studium mit schlechten Berufschancen? (P. Zeugin) – Hauptresultate der Absolventenbefragung am soziologischen Institut der Universität Zürich (R. Levy & R. Ritschard)	3	415-436
 Bibliographies critiques/Buchbesprechungen		
ABPLANALP, P.A. (1978), "Marktkommunikation und Konsumentenverhalten", Reihe Social Strategies, Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik, Vol. 7, Paul Trappe, Basel (R. Hettlage).	1	119-122
SOZIOLOG. INST. UNIV. ZÜRICH (1978), "Almanach der Schweiz. Daten und Kommentare zu Bevölkerung, Gesellschaft und Politik". (R. Meyer).	1	122-124
DELLEY, J.-D. (1978), "L'initiative populaire en Suisse: Mythe et réalité de la démocratie directe", L'Age d'Homme, Lausanne (W. Ossipov).	1	127-128
DOISE, W.; DESCHAMPS, J.-C. & MUGNY, G. (1978), "Psychologie sociale expérimentale", Armand Colin, Paris (G. Lemaine).	2	310-311
DUBOCHET, N. & FRAGNIÈRE, J.-P., "Les ergothérapeutes, problèmes des professions paramédicales" Delta, Vevey, 1979 (W. Fischer).	3	439-441
GIROD, R. et al. (1978), "Effets économiques et sociaux de l'éducation", Collection Sociologie en Suisse, Delta, Vevey (P. Weiss).	1	128-135
HELD, T. (1978), "Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse" Soziologische Text, Neue Folge, Bd. 110, Luchterhand, Darmstadt/Neuwied (R. Hettlage).	3	444-448
de LAUBIER, P. (1978), "L'âge de la politique sociale", Editions techniques et économiques, Paris (R. Girod).	1	125-127
de LAUBIER, P. (1978), "Une alternative sociologique Aristote-Marx", Editions Universitaires, Fribourg (A. de Muralt).	2	303-309
LEY, K. (1979), "Frauen in der Emigration", Reihe "Soziologie in der Schweiz", Huber, Frauenfeld und Stuttgart (M. Buchmann).	3	441-444
MASNATA-RUBATTEL, C. & F. (1978), "Le pouvoir suisse, séduction démocratique ou répression suave", Christian Bourgois, Paris (M. Vuille).	1	136-140
OSSIPOV, W. (1979), "La transformation du discours politique dans l'Eglise", Collection "Pratiques des Sciences de l'Homme", L'Age d'Homme, Lausanne (G. de Rham).	2	311-314
RENS, I. & OSSIPOV, W. (1979), "Histoire d'un autre socialisme: l'Ecole Colinsienne 1840-1940", Collection "Langages", Baconnière, Neuchâtel, 1979 (G. Lefranc).	3	448-452
RIST, G. (1978), "Image des autres, image de soi? Comment les Suisses voient le Tiers-Monde", Georgi, Saint-Saphorin (P. Dominicé)	1	140-142
WINDISCH, U. et al. (1978), "Xénophobie? Logique de la pensée populaire. Analyse sociologique du discours des partisans et des adversaires des mouvement xénophobes", Collection "Pratiques des Sciences de l'Homme", L'Age d'Homme, Lausanne (A. Saurma).	2	315-317
WÜTHRICH, P. (1979), "Alkohol in der Schweiz: Kulturelle Gebrauchsmuster und Definitionen, Reihe "Soziologie in der Schweiz", Band 7, Huber, Frauenfeld und Stuttgart (R. Müller).	3	437-439
ZIEGLER, J. (1978), "Main basse sur l'Afrique", Collection "Combats", Ed. du Seuil, Paris (P. Arnold).	1	143-147